

Stenographisches Protokoll

16. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 12. Jänner 1995

Inhalt

Fragestunde (S. 1094)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 238-1/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die finanzielle Situation der Gemeinden

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1110)

Zur Dringlichkeit: Dr. Ambrozy (S. 1111), Dr. Hofer (S. 1112), Stangl (S. 1114), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 1115), Krenn (S. 1116), Schiller (S. 1116), Mag. Grilc (S. 1117), Schwager (S. 1117), Pistotnig (S. 1118)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1119)

Zuweisung: Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik (S. 1119)

2. Ldtgs.Zl. 237-1/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die Anerkennung Kärntner Gemeinden als Ziel-2-Gebiet

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 1119)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 1120), Dr. Ambrozy (S. 1121), Mitterer (S. 1123), Pistotnig (S. 1123), Stangl (S. 1124), Dipl.-Ing. Gallo (S. 1125)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1125)

Zuweisung: Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik (S. 1125)

3. Ldtgs.Zl. 177-23/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend das Budget 1995

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 1126)

Zur Dringlichkeit: Dkfm. Scheucher (S. 1127), Dr. Ambrozy (S. 1128), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 1129), Ing. Pfeifenberger (S. 1130), Dr. Hofer (S. 1130), Schretter (S. 1131), Ramsbacher (S. 1132)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1133)

Zuweisung: Finanz- und Wirtschaftsausschuß (S. 1133)

4. Ldtgs.Zl. 16-2/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ein Solidarpaket für die Landwirtschaft

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Pfeifenberger (S. 1133)

Zur Dringlichkeit: Ing. Rohr (S. 1135), Ramsbacher (S. 1136), Dipl.-Ing. Gallo (S. 1137), Pistotnig (S. 1139)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 1139)

Zuweisung: Land- und Forstwirtschaftsausschuß (S. 1139)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 1139)

Beginn: Donnerstag, 12.1.1995, 10.05 Uhr

Ende: Donnerstag, 12.1.1995, 13.41 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Unterrieder**

A n w e s e n d : 35 Abgeordnete

Entschuldigt: Abgeordneter **Dipl.-Ing. Dr. Traußnig**

Mitglieder des Bundesrates:
Dr. Harring, Ing. Eberhard

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser**, Landesrat **Dr. Haller**, Landesrätin **Dr. Sickl**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**; Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

Schriftführer: **Dr. Gerold Glantschnig**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Sie zur 16. Sitzung des Kärntner Landtages recht herzlich begrüßen. Ich begrüße die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie und ich darf auch die Damen und Herren der Presse recht herzlich begrüßen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung ist eine Fragestunde abzuhalten.

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 125/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Zu Beginn der 90er Jahre hat es im Raum Klagenfurt eine Reihe von Firmenzusammenbrüchen bei metallverarbeitenden Betrieben gegeben. Darauf hin hat der Vorstand des Vereines Förderung von Kärntner Arbeitsstiftungen ein Konzept der Metallstiftung im Kärntner Zentralraum der Kärntner Landesregierung vorgelegt. In der 93. Sitzung der Kärntner Landesregierung am 14. 9. 1993 wurde dann diese Metallstiftung für den Klagenfurter Zentralraum beschlossen.

Herr Landeshauptmann, ich möchte jetzt von Ihnen als Finanzreferent wissen: Welche konkreten Maßnahmen wurden aufgrund dieses Regierungsvortrages bis jetzt getätigt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie von Ihnen, Herr Abgeordneter, bereits erwähnt, sind in der 84. Regierungssitzung am 23. 3. 1993 Beschlüsse dahingehend herbeigeführt worden, daß

das Land Kärnten dem Verein zur Förderung von Kärntner Arbeitsstiftungen beiträgt. Weitere ordentliche Mitglieder dieses Vereines sind neben dem Land Kärnten die Kammer der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftskammer), die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten, der Österreichische Gewerkschaftsbund, Landesexekutive Kärnten und die Vereinigung Österreichischer Industrieller, Landesgruppe Kärnten. Die Mittelaufbringung für den Verein erfolgt durch Beiträge der Mitglieder, durch sonstige Zuwendungen und durch Zuwendungen des Landes Kärnten zur Finanzierung von Maßnahmen zur Herstellung der formalen und inhaltlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Arbeitsstiftung im konkreten Einzelfall sowie zur Durchführung einer vom Landesarbeitsamt Kärnten (nunmehr Arbeitsmarktservice) anerkannten Arbeitsstiftung.

Seitens des Vorstandes des Vereines Förderung von Kärntner Arbeitsstiftungen wurde ein Konzept der Metallstiftung im Klagenfurter Zentralraum erarbeitet und auch in weiterer Folge vom Kollegium der Kärntner Landesregierung in der 93. Sitzung am 14. 9. 1993 zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wurde auch einer finanziellen Beitragsleistung des Landes Kärnten, wonach das Land sämtliche über den Arbeitslosenbezug, welcher durch die Arbeitsmarktverwaltung getragen wird, hinausgehenden Kosten trägt, zugestimmt. Eine Erweiterung der Metall-

Dr. Zernatto

stiftung auf zusätzliche freigesetzte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Betriebe KESTAG, Hutter & Schrantz und Mikropräzis erfolgte aufgrund des Beschlusses der Kärntner Landesregierung in der 98. Sitzung am 23. 11. 1993. Des weiteren wurde auch im Rahmen dieses Beschlusses die Möglichkeit der Teilnahme an der Metallstiftung für ehemalige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Plastikwerkes Pölling im Bezirk St. Veit an der Glan geschaffen.

Das bereits zitierte Konzept der Metallstiftung im Klagenfurter Zentralraum hat zum Ziel, gekündigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen der insolventen Betriebe mittels eines Maßnahmenpaketes, bestehend aus Outplacement, Aus- und Weiterbildung und Unternehmensgründung, den Weg in eine neue berufliche Zukunft zu ermöglichen. Eine Erweiterung der Metallstiftung erfolgte aufgrund eines vom Verein wiederum erarbeiteten Konzeptes dahingehend, daß im Rahmen der Metallstiftung auch gekündigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Plastikwerke Ges. m. b. H. in Pölling Aufnahme finden sollen. Derzeitiger Leiter der Metallstiftung ist Herr Dipl.-Ing. Dr. Klaus Macher. Dieser wurde in der 4. Vorstandssitzung des Vereines am 20. 4. 1994 zum hauptverantwortlichen Manager der Metallstiftung ernannt.

Die Entwicklung der Metallstiftung Klagenfurt kann am Beispiel des Statusberichtes Dezember 1994 nachvollzogen werden. So haben von den insgesamt 95 Stiftungsteilnehmern und -teilnehmerinnen 38 Personen bereits eine neue Tätigkeit aufgenommen, 7 Personen wurde eine Anstellung zugesagt, 10 Personen sind auf eigenen Wunsch ausgeschieden, 5 Personen absolvieren eine Lehre, 3 Personen besuchen eine Schule, 26 Teilnehmer besuchen weiterbildende Kurse, 3 Teilnehmer haben den Weg in die Selbständigkeit gefunden und einen Betrieb gegründet und 3 Personen sind derzeit in der Phase, für sich selbst einen neuen Job zu finden.

Weiters erlaube ich mir, mitzuteilen, daß aufgrund der geltenden Stiftungsordnung der Metallstiftung Klagenfurt das Stiftungsmanagement im Einvernehmen mit dem Arbeitsmarktservice über einen Aufnahmeantrag entscheidet. Die Betreuung durch die Metallstiftung endet späte-

stens nach Absolvierung der Maßnahmen des Stiftungskarriereplanes bzw. am Tag der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, spätestens jedoch drei Jahre, in sachlich gerechtfertigten Ausnahmefällen vier Jahre nach Eintritt in die Metallstiftung. Der Stiftungskarriereplan beinhaltet Maßnahmen wie Outplacement und oder Aus- und Weiterbildung und Unterstützung oder Gründung eines eigenen Unternehmens.

Zu dem anfänglich relativ hohen Anteil der Personalkosten, hervorgerufen durch die Geschäftsführung, am Gesamtbudget ist festzuhalten, daß der seinerzeitige Werkvertrag mit der Österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft zwischenzeitig ausgelaufen ist. Für die Tätigkeit der Österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft wurde ein monatliches Honorar von 109.000 Schilling zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, ergibt brutto 130.800 S, vereinbart. Dieser Preis inkludiert sämtliche Aufwendungen des von der ÖSB eingesetzten Stiftungsmanagers Herrn Dkfm. Ronald Bartram. Herr Dipl.-Ing. Dr. Klaus Macher hat inzwischen, wie bereits erwähnt, die Funktion eines Geschäftsführers bzw. Managers mit einem Bruttomonatsgehalt von 50.000 S übernommen. Insgesamt gesehen wird der Verwaltungsaufwand als auch der Verwaltungsablauf so gering bzw. so unbürokratisch wie möglich gehalten bzw. gehandhabt.

Ausdrücklich möchte ich noch darauf hinweisen, daß gemäß Punkt 16 der Statuten des Vereines der Rechnungsabschluß vor Vorlage der Generalversammlung mit dem Bestätigungsvermerk eines beeideten Wirtschaftsprüfers zu versehen ist. Aufgrund dessen wurde auch von Herrn Dr. Wolf-Dietrich Drobesh, beeideter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Klagenfurt, die Buchführung und der Jahresabschluß geprüft und der entsprechende Bestätigungsvermerk erteilt. Ich zitiere: Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechend den Vorschriften der Vereinsstatuten, der Stiftungsordnung und der Geschäftsordnung. Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Einnahmen- und Ausgabenrechnung vermitteln ein getreues Bild der Vereinsgebarung.

Eine Ausweitung der Metallstiftung, wie in der 93. Regierungssitzung am 14.9. 1993 diskutiert,

Dr. Zernatto

auf nichtinsolvente Betriebe kann derzeit aufgrund der geltenden Bestimmungen nicht erfolgen. Zu den finanziellen Aufwendungen des Landes scheint noch erwähnenswert, daß bis dato im Jahre 1994 insgesamt 7,245.000 S an Landesmitteln für den Bereich Arbeitsstiftungen inklusive der Metallstiftung aufgewendet wurden.

Insgesamt gesehen hat sich nicht nur aus meiner Sicht die Einrichtung bzw. Errichtung einer Arbeitsstiftung als durchaus sinnvolles und zweckmäßiges Instrument zielgerichteter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erwiesen, um Arbeitnehmern, welche aufgrund einer von ihnen unverschuldeten Insolvenz des Arbeitgebers ihren Arbeitsplatz verloren haben, neue Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter?

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Nein. Ich bedanke mich für die umfassende Anfragebeantwortung.

2. Ldtgs.Zl. 126/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Schretter an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Wieviele Beamte der Dienstklasse A, die in der Landesregierung beschäftigt sind, haben keine akademische Ausbildung?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, wenn ich Ihre Anfrage vom 5. Dezember 1994, wieviele Beamte der Dienstklasse A keine akademische Ausbildung haben, betrachte, erlaube ich mir, wie folgt die Antwort zu geben:

1. Beamte der Dienstklasse A, wie in der Anfrage beschrieben, gibt es nach dem Besoldungsschema der allgemeinen Verwaltung nicht, weil die Dienstklassen im öffentlichen Dienst, so auch im Landesdienst, nach den Bestimmungen des Kärntner Dienstrechtsgesetzes 1994 nicht nach Buchstaben, sondern nach römischen Ziffern III bis IX benannt sind.

Für den Fall jedoch, daß es von Interesse sein sollte, wieviele Landesbedienstete ohne akademische Ausbildung entweder als Vertragsbedienstete eine Bezugsdifferenz auf die Entlohnungsgruppe a oder als Beamte eine Verwendungszulage auf die Verwendungsgruppe A beziehen, kann ich Ihnen mitteilen, daß insgesamt 17 Landesbedienstete ohne akademische Ausbildung aufgrund ihrer beruflichen Verwendung und Dienstfunktion in eine der beiden Laufbahnen übergeführt wurden.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, ist es weiterhin beabsichtigt, Personen, die diese Qualifikation nicht haben, in diese Dienstklassen, sprich Dienstklasse IX A einzustufen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, wie Sie wissen, haben wir im Rahmen der Einstellungen in den öffentlichen Dienst gemeinsam hier im Hohen Haus ein Objektivierungsgesetz beschlossen. Ich darf darauf hinweisen, daß es natürlich auch Nichtakademikern nicht verboten ist, sich für Positionen, die grundsätzlich diese Qualifikation, wie von Ihnen angefragt haben, zu bewerben. Ich darf in diesem Zusammenhang zum Beispiel darauf hinweisen, daß der sehr erfolgreich tätige Behindertenanwalt seinerzeit im Rahmen des Objektivierungsverfahrens, obwohl Nichtakademiker, sich unter sämtlichen Bewerbern als der Bestgeeignete herausgestellt hat und daher als Erstgereihter in diese Position gekommen ist. Des Weiteren ist es durchaus auch im Einschätzungsbereich zum Beispiel der Regierungsmitglieder, inwieweit die Dienstposten, die diesen Voraussetzungen ent-

Dr. Zernatto

sprechen, mit Nichtakademikern besetzt werden, weil sie den Anforderungen, die in diesem Bereich an sie gestellt werden, besonders entsprechen, was nebenbei bemerkt in allen Regierungsbüros derzeit der Fall ist. Das heißt, ich kann keine generelle Aussage dahingehend machen, daß eine solche Vorgangsweise in der Zukunft nicht mehr stattfinden wird, sondern sie wird logischerweise streng nach den Richtlinien des Objektivierungsgesetzes bzw. in der konkreten Einschätzung, vor allem dort, wo es um Funktionen in Regierungsbüros geht, gehandhabt werden.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, Sie haben gerade die Objektivierung und die Objektivierungsrichtlinien angesprochen. Es drängt sich die Frage auf, wurde die Position des ehemaligen Landesjugendsekretärs auch durch eine Qualifikation, der er sich unterziehen mußte, besetzt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Ich habe diese Frage zwar in Ihrer Anfrage nicht gesehen, aber wenn ich mich richtig erinnern kann, wurde diese Position des Landesjugendsekretärs durch den damaligen Landeshauptmann Dr. Haider vorgenommen. Daher gehe ich mich Sicherheit davon aus, daß hier auch objektive Richtlinien dieser Besetzung zugrunde gelegt wurden.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur 3. Anfrage.

3. Ldtgs.Zl. 127/M/27:**Anfrage des Zweiten Präsidenten Dipl.-Ing. Freunschlag an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Präsident.

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Das Stift Ossiach steht seit Jahren im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Besondere Brisanz erhält diese Frage dadurch, daß die derzeitigen Verhältnisse den Carinthischen Sommers ernstlich gefährden. Leider ist bisher trotz vielfacher Versprechungen durch Landes- und Bundespolitiker noch kein Ergebnis erzielt worden. Ich meine, daß durch die Unfähigkeit von Landes- und Bundespolitikern sowohl der Sozialisten wie auch der ÖVP Versprechen einzuhalten, der Fortbestand des Carinthischen Sommers ernsthaft gefährdet ist. Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann, wie viele Zusagen von Mitgliedern der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung betreffend eine Lösung des Problems "Stift Ossiach", die nicht eingehalten wurden, sind Ihnen bekannt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl die Anfragestellung etwas polemisch vorgetragen wurde, zu jenen Landespolitikern, die hier gemeint sind, Kollege Freunschlag, haben in ihrer Regierungstätigkeit auch Sie gezählt und die entsprechenden Beschlüsse im Kollegium der Kärntner Landesregierung mit beschlossen, werde ich mich bemühen, eine sehr realistische und nicht von Emotionen getragene Antwort zu tragen. Wir wissen alle, daß wir uns seit Jahren darum bemühen, für den Carinthischen Sommer den Spielort Ossiach mit dem Stift so weit als möglich sicher zu stellen. Sie kennen aber alle die rechtliche Situation, daß sich das Stift Ossiach im Eigentum der österreichischen Bundesforste befindet und die österreichischen Bundesforste seinerzeit mit der Kölbl GesmbH. einen Vertrag für dieses Stift abgeschlossen haben, der die volle Verfügbarkeit für die Bundesforste und damit für die Bundesregierung zumindestens für den Zeitraum des Bestehens des Pachtvertrages nicht gewährleistet. Wir haben daher in einem persönlichen Gespräch, an dem Kollege Ambrozy in seiner damaligen Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreter und ich sowie der Bundeskanzler Vranitzky als auch Vizekanzler Busek teilgenommen haben, unseren Wunsch

Dr. Zernatto

sehr nachdrücklich auf Bundesebene deponiert, daß wir Wert darauf legen, das Stift nach Möglichkeit in das Eigentum des Landes Kärnten zu übertragen, um die Möglichkeit zu schaffen, für den Carinthischen Sommer eine dauerhafte Heimstätte sicher zu stellen.

Die Zusage, sich dafür zu verwenden, wurde von beiden Herren abgegeben und wird seit diesem Zeitpunkt auch in Permanenz versucht, in die Realität überzuführen. Sie wissen aber gleichzeitig, daß es für die Bundesforste nicht einfach ist, einen Pachtvertrag, der immerhin auf 25 Jahre mit einer weitergehenden Option auf weitere 25 Jahre abgeschlossen ist, ganz einfach aufzukündigen, wenn keine konkreten Kündigungsgründe dafür vorliegen. Aus der Sicht des Landes Kärnten andererseits kommt aber eine Übertragung des Stiftes an das Land Kärnten bei aufrechtem Pachtvertrag mit der Kölbl GesmbH. nicht in Frage, weil das Risiko, das wir damit zu übernehmen hätten, einerseits die Belastungen durch das Stift tragen zu müssen und andererseits die Verfügbarkeit der Räumlichkeiten trotzdem nicht im vollen Umfang zu haben, ganz einfach zu groß wäre. Ich habe daher in einem Gespräch mit den österreichischen Bundesforsten erreichen können, daß die Bundesforste nunmehr von sich aus Verhandlungen mit dem heutigen Pächter, der vertreten wird durch den Rechtsanwalt Dr. Salzer in Wien, Verhandlungen aufzunehmen mit der Zielsetzung, zu einer einvernehmlichen Auflösung dieses Pachtvertrages zu gelangen, um damit die grundsätzliche Möglichkeit zu schaffen, eine Übertragung von seiten der Bundesforste an das Land Kärnten zu schaffen. Erste Verhandlungen haben stattgefunden, nunmehr ist es uns möglich, obwohl wir keinerlei Parteienrolle in diesem Rechtsbestand haben, auf Seite der Bundesforste die Situation mit dem heutigen Pächter mitzuverhandeln, diese Aufgabenstellung wird durch Dr. Arbesser, den ich mit dieser Aufgabe betraut habe, wahrgenommen. Es ist gleichzeitig vom neuen Landwirtschaftsminister Dr. Molterer mir gegenüber auch klar zum Ausdruck gebracht worden, daß nachwievor die Absicht besteht, bei einem erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen im Sinne der seinerzeitigen Zusage von Kanzler und Vizekanzler das Stift Os-

siach zu einem Anerkennungspreis an das Land Kärnten zu übertragen.

(1. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, aus Ihrer Anfragebeantwortung entnehme ich, daß bisher keine Zusage ernstlich eingehalten wurde. Sie haben mehrfach den Vertrag zwischen den österreichischen Bundesforsten und der Kölbl GesmbH. genannt, in dem meiner Information nach festgehalten ist, daß er nur einseitig über die Kölbl GesmbH. kündbar ist. Halten Sie, Herr Landeshauptmann, diesen Vertrag als sittenwidrig?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, erstens möchte ich richtigstellen, ich habe in meiner Anfragebeantwortung klar dargelegt, daß bisher alle Erklärungen bzw. Zusagen von seiten des Bundes einzuhalten versucht worden sind. Daß eine de facto Übertragung bisher nicht stattgefunden hat, liegt an der Voraussetzung, die von unserer Seite gegeben sein muß, nämlich, daß es eine lastenfreie Liegenschaft ist, die wir nur übernehmen können. Die Beurteilung, was die Qualität des seinerseits zwischen den Bundesforsten und der Kölbl GesmbH. abgeschlossenen Vertrag anlangt, übersteigt meine Kompetenz, hier ein Rechtsgutachten abzugeben. Sollte das gewünscht sein, müßte man das durch Experten- oder entsprechende Universitätsgutachten durchführen lassen.

(2. Zusatzfrage:)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich entnehme, Herr Landeshauptmann, daß bisher also kein Ergebnis vorliegt und darf Sie fragen, wie Sie die Situation sehen, wann nun der Carinthische Sommer so weit gelangt ist, daß er in seinem Weiterbestand gefährdet ist. Wie lange werden Sie sich dieses Versprechungstheater noch gefallen lassen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, auch wenn Sie noch so intensiv fragen, wird der Carinthische Sommer deshalb in seinem Bestand nicht gefährdet sein, denn wir befinden uns selbstverständlich gemeinsam mit dem Kulturreferenten auch in permanenten Kontakt mit den Initiatoren und der Geschäftsführerin des Carinthischen Sommers und auch dem Verein, der zu diesem Zweck in Villach gegründet wurde. Es ist selbstverständlich auch, sollte es wider Erwarten zu keinem positiven Abschluß dieser Verhandlungen kommen, was aber niemand wünscht, sichergestellt, daß entsprechende Alternativen zur Verfügung stehen werden, um den Carinthischen Sommer dauerhaft in seinem Bestand sicher zu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 3. erledigt. Wir kommen zur 4. Anfrage.

4. Ldtgs.Zl. 128/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Mitterer an Landesrat Dr. Haller

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Hohes Haus! Durch die Trennung der Gemeinden Feld/See und Afritz, das wurde von der Bevölkerung so gewünscht, ist es zu finanziellen Belastungen dieser beiden Kleingemeinden gekommen. Vor allem, weil die entsprechende Infrastruktur notwendig geworden ist. Im konkreten Falle handelt es sich um den Bau des Kulturhauses in Verbindung mit dem Bau- und Fuhrhof der Gemeinde Afritz. Selbstverständlich ist es dieser Gemeinde nur möglich geworden, dieses Projekt zu planen, den Bau zu beginnen und fortzusetzen durch Zusagen des Landes über Hilfestellungen durch Bedarfszuweisungen. Die konkrete Frage, weil mir zu Ohren gekommen ist, daß es zu erheblichen Kostenüberschreitungen in diesem Bereich gekommen ist, an Sie Herr Landesrat, kommt es beim

Bau des Kulturhauses und Bauhofes in Afritz zu Kostenüberschreitungen?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Da es sich bei der Gemeinde Afritz um eine sogenannte neue Gemeinde handelt, war tatsächlich davon auszugehen, daß aufgrund bestimmter Bedürfnisse der Gemeinde neue Infrastrukturen zu schaffen waren. Ursprünglich war geplant, ein Amts- und Kulturhaus zu errichten, wobei aus wirtschaftlichen Gründen auch ein Bauhof mit eingeplant wurde. In der ersten Etappe sollte mit dem Kulturhaus am Bauhof begonnen werden, wobei die Kosten hierfür damals mit etwa 17,5 Millionen ohne Einrichtung und Vorplatzgestaltung präliminiert waren. Nunmehr hat eine Überprüfung durch die Gemeindeabteilung ergeben, daß nach dem seinerzeitigen Baufortschritt und den noch zu erwartenden Kosten mit Gesamtkosten von 24 Millionen für diesen Teil zu rechnen ist, was Mehrkosten von in etwa 6,5 Millionen bedeuten würden. Ein Großteil dieser Mehrkosten ist auf die Gestaltung des Vorplatzes zurück zu führen, dies etwa mit 3,1 Millionen, welcher bereits in Auftrag gegeben und größtenteils sogar durchgeführt wurde.

Im Zuge des Gemeindebesuches am 25.11.1994 wurde die Gemeindevertretung angewiesen, weitere Maßnahmen nur nach Vorliegen entsprechender Bedeckung durchzuführen, da eine weitere Kostenvermehrung nicht akzeptiert werden kann. Hinsichtlich der angelaufenen Mehrkosten wird derzeit im Einvernehmen mit der Gemeindeabteilung versucht, einen Lösungsvorschlag auszuarbeiten, der eine mittelfristige Abdeckung dieser Kosten ermöglichen sollte.

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, daß es sich bei dem genannten Bauvorhaben um ein Sorgenkind handelt, das im Verlaufe der weiteren Aktivitäten mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet werden muß.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Die Gemeinde wird aufgrund ihrer Finanzkraft nicht in der Lage sein, diese Mehrkosten mit eigenen Mitteln zu bedecken. Das heißt, sie wird so oder so wieder auf die Hilfe des Landes angewiesen sein.

Werden Sie, als zuständiger Referent, diese Mehrkosten abdecken?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Bei einem Bauvorhaben wie diesem wird es sicherlich notwendig und sinnvoll sein, es auch zu Ende zu führen. Die Gemeinde wird jedoch akzeptieren müssen, daß der zeitliche Ablauf dieses Vorhabens mit einer entsprechenden Streckung versehen wird.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Ich glaube, bei Bauvorhaben, die fast zu 100 % vom Land gefördert werden, muß auch alles mit rechten Dingen zugehen. Ist Ihnen bekannt, daß der Bürgermeister dieser Gemeinde ohne Gemeinderatsbeschluß eigenmächtig Bauvergaben vorgenommen hat?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Wir haben im Zuge der Überprüfung am 25. 11. 1994 festgestellt, daß es einige Ungereimtheiten bei der Abwicklung dieses Baues gegeben hat. Das ist eine Frage, die sicherlich damit zusammenhängt, daß gerade in diese Phase auch ein Bürgermeisterwechsel hineinfällt. Man kann aber nicht davon reden, daß hier Bauvorhaben ohne entsprechende Beschlüsse durchgeführt wurden. Eine exaktere Einhaltung diesbezüglicher Vorschriften durch die Gemeinden wird aber selbstverständlich auch von uns in der Zukunft verstärkt beobachtet werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 4 erledigt. - Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 130/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schretter an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Vor einigen Monaten wurde der Leiter der KFZ-Zulassungsstelle der BH Klagenfurt zur BH Feldkirchen versetzt.

An Sie die Frage: Welche Gründe lagen vor, daß der ehemalige Leiter der KFZ-Zulassungsstelle der BH Klagenfurt zur BH Feldkirchen versetzt wurde?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Ich kann diese Anfrage sehr kurz beantworten. Der Beamte Ernst Waschnig, der seit 7. März 1991 mit der Leitung des Kraftfahrreferates bei der BH Klagenfurt betraut war, hat mit Schreiben vom 11. Feber 1994 selbst um Versetzung angesucht. Mit Rücksicht darauf, daß die Behördenleitung der BH Feldkirchen zu diesem Zeitpunkt bereits wiederholt ihre Forderung nach einer personellen Verstärkung im Sachbearbeiterbereich des Strafreferates sowohl in schriftlichen Eingaben als auch im Zuge persönlicher Vorsprachen bei der Personalabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung erhoben hatte, wurde Herr Waschnig, zumal er in Liebenfels wohnhaft ist, mit seiner Zustimmung mit Bescheid vom 3. März 1994 zur BH Feldkirchen versetzt.

Das Land Kärnten konnte durch diese Maßnahmen nicht nur drohende Einnahmementfälle in Millionenhöhe (Gefahr durch Verjährung durch Nichtbearbeitung) abwenden, sondern auch Einsparungen bei Fahrtkostenzuschüssen erzielen und darüber hinaus dem persönlichen Wunsch eines Landesbediensteten, beruflich näher zu

Dr. Zernatto

seinem Wohnort zu rücken, entsprechen. (Abg. Schretter: Danke!)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 5 erledigt. - Wir kommen zur 6. Anfrage:

6. Ldtgs.Zl. 131/M/27:**Anfrage der Abgeordneten Steinkellner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Im Jahre 1984 wurde von der bekannten Historikerin Frau Dr. Claudia Fräss-Ehrfeld und dem Verlag Johannes Heyn in Klagenfurt ein erster Band der "Geschichte Kärntens - Das Mittelalter" herausgegeben. Dieser Band wurde damals von der Kulturabteilung des Landes Kärnten gefördert.

Nun hat Frau Dr. Fräss-Ehrfeld in zehnjähriger Arbeit den zweiten Band, "Die ständische Epoche", erarbeitet. Dieser Band konnte vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Frau Dr. Fräss-Ehrfeld ist im Jahre 1993 an die Kulturabteilung um eine Förderung herangetreten. Diese wurde vom zuständigen Beamten, Herrn Dr. Baumann, abgelehnt. Im Oktober 1994 hat der Verlag Heyn an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, das Ansuchen gestellt, die Aufwandsentschädigung für Frau Dr. Fräss-Ehrfeld in der Höhe von S 250.000 für Fotokopien, Fahrten nach Wien und anderen österreichischen Städten sowie Fahrten zu Objekten, die bildlich im Werk aufscheinen, zu übernehmen. Dieses Ansuchen war jedoch leider vergeblich. Daraus wird ersichtlich, daß eine anerkannte Kärntner Kulturdocumentation von der Kulturabteilung des Landes vernachlässigt wird.

Ich frage Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, als Kulturreferent: Ist das Buch

"Die Geschichte Kärntens" von Frau Dr. Fräss-Ehrfeld förderungswürdig?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Präsident! Hoher Landtag! Frau Abgeordnete! Bei der Förderung von geschichtlichen wissenschaftlichen Werken ist so vorzugehen, daß diese Förderungen auf dem Boden des Kulturgesetzes stattfinden, das inzwischen auch in Kraft getreten ist. Bei der Förderung des ersten Werkes von Frau Dr. Fräss-Ehrfeld im Jahr 1984 war es damals noch nicht in Kraft. Ich bin deshalb, wie dieses Ansuchen an mich gekommen ist, den Weg gegangen, eine Prüfung in der Abteilung vornehmen zu lassen, inwieweit gemäß Kulturgesetz hier eine Förderungsmöglichkeit besteht. Grundsätzlich ist aber festzuhalten: Wenn ein Verlag ein Werk letzten Endes angeht, muß der Verlag sehen, ob dieses Werk eines ist, das gewinnbringend auf den Markt zu bringen sein wird oder das aufgrund der Spezifität einen schmäleren Leserkreis hat und das gewinnbringende Indenverkehrbringen schwierig ist. Deshalb wird hier vor allem gemäß Kulturgesetz geprüft.

Zweitens habe ich auch mit österreichischen Historikern Kontakt aufgenommen, um eine Prüfung des Werkes hinsichtlich der historischen Relevanz vorzunehmen. Die Antwort, die von dort kam, ist, daß es zwei Arten von historischen Darstellungen über Regionen und Länder gibt. Die eine Form ist, daß durch bestimmte Zeitabschnitte einzelne Universitätsprofessoren, die in dieser Epoche spezialisiert sind, Beiträge liefern und sich das zu einem Gesamtgeschichtsband zusammensetzt. Die zweite Form ist, wie sie hier gewählt worden ist, daß eine Historikerin über mehrere Epochen hinweg mit entsprechender Quellenarbeit ein Werk uns vorgelegt hat. Wir dürfen diese zwei Dinge nicht vermengen. Kärnten wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht umhin kommen, einmal ein Werk auch über bestimmte Epochen in Auftrag zu geben. Dieses Werk ist aber unter anderen Bedingungen zu sehen. Dieses Prüfungsverfahren läuft derzeit, und man wird sehen, wie es abgeschlossen wird. Dann kommt

Dr. Ausserwinkler

der nächste Punkt, inwieweit das Kulturbudget auch hier in der Lage ist, die Höhe festzusetzen. (Abg. Steinkellner: *Das haben wir ja bereits da!* - Vors. 1. Präs. Unterrieder: *Bitte, am Wort ist der Herr Landeshauptmann!* - Jetzt sind dann Sie am Wort, wenn Sie eine Zusatzfrage haben! - Abg. Steinkellner: *Ja, bitte!*)

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Folgende Persönlichkeiten haben zum Erscheinen des ersten Buches der "Geschichte Kärntens" positiv reagiert. Ich darf sie kurz anführen: Herr Univ.-Prof. Dr. Dopsch, Herausgeber der "Geschichte Salzburgs"; Herr Archiv-Dir. Dr. Wilhelm Neumann; Herr Univ.-Prof. Dr. Andreas Moritsch, Ordinarius für Südosteuropa-Geschichte an der Universität Klagenfurt; Herr Univ.-Prof. Dr. Günther Hödl, Rektor der Universität Klagenfurt; Herr Univ.-Prof. Dr. Helmut Rumpler von der Universität Klagenfurt und die bekannte Kunsthistorikerin, Frau Dr. Trude Polley.

Meine Frage an Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler: Welche Fachleute haben nach Aussage des Herrn Dr. Baumann gesagt, daß die "Geschichte Kärntens" von Frau Dr. Fred-Ehrfeld, (Vorsitzender: *Fräss-Ehrfeld!*) verlegt im Verlag Heyn - Fräss-Ehrfeld, ich weiß -, nicht förderungswürdig sei?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Diese Aussage gibt es nicht, sondern es gibt die Unterscheidung zwischen Auftragsvergabe - wie ich sie Ihnen geschildert habe - und dem wissenschaftlich durchaus anerkannten Werk von Frau Dr. Fräss-Ehrfeld. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, die man hier sehen muß.

Wichtig ist, daß ich nach dem Kultugesetz prüfen muß, ob dieses Werk gewinnbringend sein wird. Man wird nicht eine Zusatzsubvention zu einem gewinnbringenden Werk abgeben. Wenn sich klärt, daß für dieses Werk - das mit sehr viel Arbeit verbunden war, was nachgewiesen werden konnte - diese Beiträge nicht durch entsprechenden Verkauf von Büchern hereinge-

bracht werden können, ist über eine gewisse Zusatzsubvention aus dem Kulturbudget durchaus zu reden und sind die Grundlagen dafür dann gegeben.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, können Sie mir sagen, wer letztendlich in Kärnten über die Förderungswürdigkeit von Kärntner Kulturdokumentationen entscheidet?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Das Kärntner Kultugesetz. (Abg. Steinkellner: *Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 6 erledigt. - Wir kommen zur 7. Anfrage (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das Gesetz entscheidet?! - Vorsitzender: Bitte, Herr Präsident!*):

7. Ldtgs.Zl. 132/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Krenn an Landeshauptmann Dr. Zernatto**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Ohne daß ich die Notwendigkeit von Wirtschaftskontakten auf internationaler Ebene in Frage stellen möchte, darf ich Sie fragen: Wie hoch waren die Kosten der Reise von Ihnen und dem Landeshauptmann-Stellvertreter mit einer Wirtschaftsdelegation nach Stuttgart?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Herr Abgeordneter, ich bin froh, daß Sie diesen Vorspann zu Ihrer Anfrage hier auch noch der Öffentlichkeit bekannt gegeben haben. Denn ich muß ehrlich sagen, ich war einigermaßen verwundert, daß ausgerechnet ein Wirtschaftstreibender hier Anfragen stellt, die vermutlich wohl den Sinn einer solchen Reise in Frage stellen sollen. Sie gibt mir aber gleichzeitig Gelegenheit, einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Wir leben nämlich in Kärnten - und das wird mittlerweile wohl jeder kapiert haben - auf keiner Insel, sondern sind in das internationale Geschehen voll eingebunden. Daß das insbesondere für die Wirtschaft gilt, braucht nicht besonders betont zu werden, vor allem wenn man jetzt auch, wie ich annehme, überall bereits realisiert hat, daß wir seit 1. 1. Vollmitglied der Europäischen Union sind. In der Zwischenzeit müßte eigentlich auch jeder Grenzfetischist erkannt haben, daß wir von internationalen Entwicklungen uns nicht abkoppeln können. Gerade Sie, Herr Abgeordneter Krenn, als Hotelier, werden dem wahrscheinlich vollinhaltlich zustimmen können, denn letztendlich sind auch Ihre betrieblichen Erfolge zu einem großen Teil davon abhängig, daß es diese internationalen Kontakte, vor allem mit unseren Gästen, gibt.

Baden-Württemberg ist die wirtschaftsstärkste Region in Europa überhaupt. Es wohnen dort 10 Millionen Einwohner und erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von 2,6 Billionen Schilling, also 370,5 Milliarden DM. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte übersteigt 218 Milliarden DM, also 1,5 Billionen Schilling. Die Ausfuhr aus Baden-Württemberg erreicht Werte von 788 Milliarden Schilling; die Einfuhr rund 600 Milliarden Schilling. Um Ihnen nur einige Firmen zu nennen, die in dieser Region ihren Hauptsitz haben, sind zu erwähnen: Daimler-Benz, Porsche, IBM-Deutschland, Bosch, Zeiss, Hugo Boss und viele anderen mehr. Daß dieser große deutsche Regionalmarkt sowohl für Kärntens Exportwirtschaft, als auch für Kärntens Fremdenverkehrswirtschaft eine besondere Bedeutung hat, läßt sich wohl unschwer nachvollziehen. Umso erfreulicher war es, als ich erfahren habe, daß uns Herr

Ministerpräsident Teufel, über meine Initiative, mit einer Delegation nach Baden-Württemberg einlädt. Am 6. und 7. Dezember fand diese sehr intensive und sehr gut vorbereitete Reise statt, an der neben mir Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler, die beiden Geschäftsführer des KWF, ein Vertreter der Wirtschaftskammer, ein Vertreter der Industriellenvereinigung, ein Vertreter der Arbeiterkammer und drei Mitarbeiter der Landesregierung teilgenommen haben. Wir haben in sehr interessanten Gesprächen mit höchstrangigen Industrievertretern und politischen Vertretern Verhandlungen, mit Prof. Löhn von der Steinbeis-Stiftung, in Kontakten mit der hochtechnisierten Universität Stuttgart und mit Vertretern des Baden-Württembergischen Landtages ganz konkrete Vorschläge und Schritte der Zusammenarbeit im Dienste der Kärntner Bevölkerung, vor allem der Kärntner Wirtschaft gesetzt. Wir konnten auch Wünsche der Kärntner Wirtschaft von Unternehmern, die an mich herangetragen wurden, dort sehr gut unterbringen und damit weitere Entwicklungen auf die Schiene bringen.

Konkret wurde folgendes vereinbart: Baden-Württemberg verfügt über langjährige Erfahrung mit Industrie- und Gewerbeparks und steht uns hier mit Rat und Tat zur Seite, wobei die diesbezüglichen Kontakte vom KWF gepflogen werden. Baden-Württemberg verfügt über eine 25jährige Erfahrung mit Fachhochschulen. In Verhandlungen mit Wissenschafts- und Forschungsminister Klaus von Trotta wurde uns zugesagt, daß wir nicht nur aus dem reichen Erfahrungsschatz im organisatorischen Bereich, sondern auch in der praktischen Umsetzung, etwa durch Beschäftigung von Gast-Professoren aus den Fachhochschulen von Baden-Württemberg, Unterstützung für unsere, erst im Aufbau befindlichen Fachhochschulen erhalten können.

Die Universität Stuttgart ist weltweit auf dem Gebiet der innovativen Energietechnik führend. Wir wollen für unsere heimischen sehr innovativen Klein- und Mittelbetriebe diese technischen Verbindungen und Möglichkeiten besser nutzen und haben auch eine ganz konkrete Zusage erhalten, daß man die Erfahrungen, die auf diesem Gebiet vorhanden sind, auch durchaus nutzen kann. Eine Möglichkeit dafür führt über

Dr. Zernatto

die Steinbeißstiftung, wobei wir für unseren Besuch in Stuttgart die bereits vorhandene Zusammenarbeit zwischen Steinbeiß und Kärnten noch um einige Facetten bereichert haben. Insbesondere geht es dabei um den Nutzen der reichen Erfahrung im Rahmen der Europäischen Union. Steinbeiß hat eigene Fachleute in Brüssel sitzen, die nun auch den Kärntner Betrieben damit zugute kommen werden.

Die wichtigsten EU-Projekte sind nur durch Zusammenarbeit von Unternehmen aus mehreren Regionen zu realisieren. Baden-Württemberg bietet sich dabei als Partner zwischen Regionen wie Kärnten und Baden-Württemberg an. Es wird uns dadurch möglich sein, auch die Förderungsmöglichkeiten aus Brüssel aufgrund solcher möglicher Kooperationen besser zu nutzen. Auch das wird zwischen Steinbeiß und dem KWF abgewickelt werden.

Darüber hinaus hat mir Ministerpräsident Teufel in einem persönlichen Gespräch zugesagt, daß unsere EU-Experten, die Fachbeamten der Abteilung 20, der EU-Koordinator im Amt der Kärntner Landesregierung und der zu besetzende Vertreter des Landes Kärnten in Brüssel den reichen Erfahrungsschatz der Baden-Württembergischen EU-Institutionen nutzen können. Es wurde vereinbart, sie zu einem längeren Aufenthalt in Baden-Württemberg einzuladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, für ihre neue Aufgabenstellung sich das entsprechende Fachwissen sehr rasch und vor allem sehr praxisbezogen und mit den Erfahrungen der Europäischen Gemeinschaft von über 25 Jahren anzueignen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie sehen also, daß es sehr vieles war, was in einem äußerst kurzen Zeitraum von eineinhalb Tagen konkret umgesetzt werden konnte. Es gab allerdings einen kleinen Schönheitsfehler bei diesem Besuch, das war die für mich unverständliche Abwesenheit des Wirtschaftsreferenten des Kollegiums der Kärntner Landesregierung, der offensichtlich, um Ihnen diese Anfrage zu ermöglichen, aus parteipolitischen Gründen diesen Besuch nicht mitvollzogen hat. Unsere baden-württembergischen Freunde haben das zwar vermerkt, in ihrer höflichen Art aber auch darauf hingewiesen, daß es wahrscheinlich auch

nicht so wichtig gewesen ist, daß Kollege Grasser bei diesen Gesprächen dabei war.

Nachdem das der konkrete Inhalt Ihrer Frage war, darf ich Ihnen nun auch die Frage nach den Kosten dieser Reise beantworten. In der Delegation befanden sich sechs Teilnehmer, die über das Land zu finanzieren waren. Für diese sind Kosten in einer Gesamthöhe von 31.000 Schilling angefallen. Es handelt sich dabei um die Flugkosten von 5.200 Schilling pro Person. Alle übrigen Kosten wurden von der baden-württembergischen Staatskanzlei übernommen. Das betrifft die Hotelkosten genauso wie die übrigen Aufenthaltskosten. Ich möchte aber nicht verhehlen und das auch hier im Landtag durchaus sagen, daß dieser Besuch möglicherweise und hoffentlich auch Folgekosten verursachen wird. Ich habe nämlich die Absicht, Herrn Ministerpräsidenten Teufel zu einem Gegenbesuch einzuladen, wobei wir selbstverständlich dann die Kosten für den Aufenthalt für diese Delegation in Kärnten übernehmen werden. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, warum haben Sie eigentlich gegenüber den ursprünglichen Intentionen Kärntner Unternehmer, die praktisch in Baden-Württemberg Schnittstellen haben, nicht mitgenommen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, ich darf dazu sagen, es gab keine ursprünglichen Intentionen, sondern es war eine politische Delegation, angereichert durch die Vertreter der einzelnen Interessenverbände, die diesen Besuch wahrgenommen haben. Das war auch Inhalt dieser Gespräche, es besteht selbstverständlich jederzeit die Möglichkeit für interessierte Unternehmer, die bereits bestehende Kontakte haben, diese auch mit Unterstützung der Kärntner Landesregierung und mit meiner Unterstützung wahrzunehmen. Gleichzeitig wurde aber auch vereinbart, daß wir im laufen-

Dr. Zernatto

den Jahr vor allem wenn es zu diesem Gegenbesuch in Kärnten kommt, eine Unternehmerbörse dahingehend veranstalten wollen, daß interessierte Unternehmer in Kärnten, ohne daß sie die Reisekosten und damit verbundenen Probleme auf sich nehmen müssen, in Kärnten selbst mit interessierten Unternehmern aus dem Land Baden-Württemberg zusammentreffen können, so daß dadurch absolut auch sichergestellt ist, daß es, wann immer gewünscht, auch von unserer Seite her die entsprechende Grundlage und Basis für die Vermittlung solcher Gespräche gibt.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, die konkreten Ergebnisse haben Sie in Ihrer ersten Beantwortung in etwa dargelegt. Ich nehme an, daß noch mehr herausgekommen ist. Wie wollen Sie die total konkreten Ergebnisse den Wirtschaftstreibenden zur Kenntnis bringen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Herr Abgeordneter, ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß es in Kärnten unter anderem als eines der konkreten Ergebnisse im heurigen Jahr einen Technologietag geben wird, an dem vor allem die von mir angezogenen Mitarbeiter der Steinbeißstiftung ihre Erfahrungen, was die Möglichkeit der Nutzung von Förderungsmitteln aus dem EU-Bereich vor allem für innovative und technologisch hochwertige Projekte anlangt, nähergebracht werden sollen. Für uns ist es selbstverständlich auch ganz klar, das war ja der Grund, warum wir auch die Vertreter der entsprechenden Interessensorganisationen mitgenommen haben, daß die im Rahmen ihrer Serviceinstitutionen und ihrer Service- und Informationsmöglichkeiten die Kärntner Unternehmer auf die Möglichkeiten, die sich damit ergeben, entsprechend aufmerksam machen werden. (Abgeordneter **Krenn**: Danke, Herr Landeshauptmann.)

8. Ldtgs.Zl. 133/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Krenn an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich frage gleich konkret: Wie hoch waren die Kosten für Ihre Reise zum Olympischen Komitee nach Atlanta?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Die Flugkosten für mich betragen 8.270 Schilling. Dazu kamen noch die Übernachtungsspesen für drei Nächte á 200 Dollar. (Abg. *Dr. Hofer*: Billig gemacht!)

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, welche konkreten Chancen sehen Sie zur Ausrichtung der Olympischen Spiele? Gibt es sie Ihrer Ansicht nach noch?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Die Frage werde ich sicher in etwa 14 Tagen nach dem Kongreß in Lausanne konkret beantworten können. Der Kongreß in Atlanta hat sicherlich die Chancen insofern verbessert, als die Kontakte mit allen Olympischen Komitees weltweit gepflogen werden konnten, gleichzeitig aber auch am Ort des Kongreßgeschehens Kontakte mit den wichtigsten Industriemanagern Amerikas möglich waren. Weiters war es uns möglich, in Atlanta in dem Hotel am Rande des Kongresses sichtbar für mehrere tausend Leute einen Art Kärntenstand zu errichten und dort auf Kärnten und die sportlichen Gegebenheiten aufmerksam zu machen. Das war aus dem Grunde wichtig, weil doch einige Mißverständnisse offensichtlich aus der Beobachtung Europas von

Dr. Ausserwinkler

der Entfernung her entstanden sind. So beispielsweise die Nähe zum Krisenherd am Balkan oder die Frage, inwieweit überhaupt sportliche Aktivitäten länderübergreifend möglicherweise organisierbar sind.

Weiters war es auch möglich, doch jemanden wieder in das Licht des amerikanischen Interesses als Kärntner zu rücken, nämlich den bekannten Kärntner Sportler Franz Klammer. Im Rahmen dieses Kongresses wurde er bei einer Veranstaltung einmal als Bayer und einmal als Schweizer titulierte und da hat dann Franz Klammer als Kärntner klar festgelegt werden können. *(Abg. Dr. Strutz: Das ist ein echter Erfolg!)*

Alles in allem war es in diesem Zusammenhang möglich, jene, die die Entscheidung in Lausanne zu treffen haben, nämlich den Vorsitzenden der Kommission Prinz Albert von Monaco genau über die Einzelheiten unserer Intentionen zu informieren. Des Weiteren werden sich auch aus diesem Besuch eine Reihe von Folgeveranstaltungen in Kärnten ergeben. Beispielsweise hat der Sender CNN das Interesse gezeigt, in dieser Region eine eigene Sportveranstaltung durchzuführen. Man muß in der Richtung sehen, daß in diesem Zusammenhang sich auch international eine Entwicklung anbahnt, daß größere Medienkonzerne, die auch Sportsender haben, beginnen, selber mit Veranstalter von Sportveranstaltungen zu sein. Deshalb waren diese Kontakte aus meiner Sicht besonders wichtig und würden über die direkten Chancen, in den engen Bewerberkreis zu kommen, uns auf jeden Fall für die Dreiländerregion als Sportregion gemeinsame Vorteile bringen.

Ein Nachteil, der sich sicherlich in den letzten Wochen ergeben hat, ist die Tatsache, daß unser Partner Italien sich in einer Regierungskrise befindet, daß viele Zusagen vom ehemaligen Ministerpräsidenten Berlusconi gemacht worden sind und wir sehen müssen, inwieweit diese Zusagen nach wie vor für die Nachfolgekombi Konstruktion Geltung haben. Dabei war der Vorteil in Atlanta, daß Herr Brescante, der Präsident des Olympischen Komitees von Italien, seine Position klar definieren konnte. Das italienische Olympische Komitee hat eine Art Ersatzfunktion für das Sportministerium, denn es gibt in Italien kein Sportministerium und Brescante konnte

dort klar darauf aufmerksam machen, daß er quasi der Sportminister Italiens ist und eine gewisse Kontinuität über mögliche Regierungskrisen hinweg per Zusagen garantieren kann. So gesehen brachte insgesamt dieser wichtige Kongreß in Atlanta sicherlich eine Stabilisierung unserer Chancen zum einen und zum zweiten aber doch - und darauf möchte ich aufmerksam machen - eine Möglichkeit, diese Kontakte international zu nützen.

Ein abschließender kleiner Hinweis von mir noch: Sie erinnern sich vielleicht an die Special Olympics, die in Schladming und Salzburg Anfang 1993 stattgefunden haben. Ich war damals der Präsident des Organisationskomitees dieser Special Olympics. Es ist gelungen, innerhalb von acht Monaten diese Veranstaltung nach Österreich zu bringen und sie hier abzuwickeln. Ich habe auch versucht, AEI-Kontakte, die damals geknüpft worden sind, mit den wichtigsten Sportlobbyisten Amerikas jetzt wieder aufzunehmen und sie auch für unsere wichtigen Intentionen, international im Sportgeschehen aufzutreten, wieder festzumachen. Das ist am Rande dieser Veranstaltung auch möglich gewesen. *(Vors.: Eine weitere Zusatzfrage? - Abg. Krenn: Danke, nein.)*

9. Ldtgs.Zl. 134/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dr. Hofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser**

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Vor mehr als drei Jahren, kann man konkret sagen, wurde mit der Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes für Kärnten begonnen, die Bemühungen auf die Einrichtung eines Verkehrsverbundes gehen ja noch in die Zeit vorher zurück. Die erste Etappe des Verkehrsverbundes ist sozusagen das sichtbare Ergebnis des Gesamtkonzeptes bis jetzt. Es ist seit längerem um das Gesamtkonzept selbst etwas still geworden, es hat auch keine Sitzung stattgefunden. Wir wissen, daß im Zuge des Verkehrsgesamtkonzeptes umfangreiche Erhe-

Dr. Hofer

bungen eingeleitet worden sind. Einmal hat es sogar einen Fragebogen mit 16 Seiten an die Gemeinden gegeben, der dort auch Unmut und Unwillen ausgelöst hat.

Jedenfalls darf ich die Frage stellen: Wie steht es derzeit mit der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzeptes für Kärnten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grassner** (FPÖ):

Verehrter Herr Abgeordneter! Ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten: Wie Sie richtig gesagt haben, ist dieses Gesamtverkehrskonzept bereits im Herbst 1991 in Auftrag gegeben worden. Es ist zum heutigen Zeitpunkt beinahe fertiggestellt. Von den zwölf Teilberichten, die in der Reihe "Gesamtverkehrskonzeptinformationen" veröffentlicht werden, liegen zehn Hefte bereits vor und die beiden abschließenden Broschüren werden Ende Jänner aller Voraussicht nach vorliegen. Dann ist es vorgesehen, dieses Gesamtverkehrskonzept diesem Hohen Haus zur Beschlußfassung zuzuleiten.

Dann ist es natürlich vorgesehen, das Gesamtverkehrskonzept auch diesem Hohen Haus, dem Kärntner Landtag, zur Beschlußfassung zuzuleiten. Zu Verzögerungen im Arbeitsablauf ist es auch deshalb gekommen, weil umfangreiche Haushaltsbefragungen im Zuge der Erstellung dieses Gesamtverkehrskonzeptes erforderlich waren und wir die Ergebnisse auch von den Gemeinden nicht so bekommen haben, wie es eigentlich erwartet wurde. Wir haben darüber hinaus auch angeregt, daß über den ursprünglichen Rahmen dieses Gesamtverkehrskonzeptes hinaus ein Prioritätenkatalog erstellt wird. Es ist uns gelungen, das ohne zusätzliche Mehrkosten zu erreichen. Wir werden Ende Jänner, Anfang Februar die Präsentation dieses Gesamtverkehrskonzeptes vornehmen.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, der Endbericht, so entnehme ich, wird also Ende Jänner oder Anfang Februar vorliegen. Dieser Endbe-

richt, nehme ich an, wird nicht nur organisatorische und Finanzierungsfragen, sondern auch Infrastrukturfragen beinhalten. Daher die Frage, was haben Sie eigentlich zur Trassensicherung für den eventuellen Bau der Süd-Ost-Spange gemacht. Ist das mit ein Thema im Bereich des Gesamtverkehrskonzeptes?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grassner** (FPÖ):

Verehrter Abgeordneter, die Süd-Ost-Spange und der Trassenlauf ist natürlich ein Thema im Zuge dieses Gesamtverkehrskonzeptes. Ich darf Sie aber darauf aufmerksam machen, daß es über eine Antrag Ihrer Fraktion, der vor kurzem eingereicht wurde, bisher auch Gespräche mit der steirischen Landesrätin und Ihrer Fraktionskollegin, mit der Frau Landesrat Klasnik gegeben hat und auch ein weiteres folgen wird, natürlich die Fixierung der Trasse und weiteren Planungen Angelegenheiten des Bundesministeriums sind und wir haben vor, gemeinsam den Bundesminister darauf aufmerksam zu machen, daß die Trassenfixierung natürlich dringend weiter betrieben werden muß, und darüberhinaus auch die Finanzierung des Projektes, das in Größenordnungen von 60 Milliarden Schilling angesiedelt ist, aussteht. Das heißt also, wir werden in Wien darauf aufmerksam machen, daß es auch in diesem Bereich für unser Bundesland und die Steiermark Handlungsbedarf gibt und das dort präzisieren.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, vielleicht in diesem Zusammenhang auch eine Frage zum Gailtalzubringer. Sie wissen, das Höchstgerichtserkenntnis liegt nunmehr vor. Es ist eigentlich der Weg jetzt frei für einen Bau. Was werden Sie tun, damit dieser Gailtalzubringer so rasch als möglich gebaut werden kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Grasser** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Es freut mich sehr, daß Sie mit der Anfrage des Gesamtverkehrskonzeptes auch verschiedene andere Dinge in Verbindung bringen und damit die gesamte Verkehrspolitik einer Frage zuordnen. Aber ich beantworte Ihnen sehr gerne, was wir weiterhin unternehmen werden. Es sind zur Zeit bereits 70 Prozent der Grundeinlösen bereits vorgenommen, es werden Ende Jänner, Anfang Februar die restlichen 30 Prozent, die sich auf 18 Grundstückseigentümer ausstrecken, vorgenommen werden. Wir hoffen nicht, daß es in diesem Zusammenhang zu keinen Einsprüchen kommt, sodaß wir schnellstmöglich mit dem Baubeginn fortschreiten können. Wobei ich Sie darüber informieren darf, daß ich den Wirtschaftsminister vor kurzem kontaktiert habe und ersucht habe, die Kostenstelle Gailtalzubringer zu öffnen, weil in dieser Frage das Ministerium noch nicht tätig geworden ist und wir natürlich die finanzielle Bedeckung benötigen, um entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die 9. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 10. Anfrage.

10. Ldtgs.Zl. 135/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Hofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Bitte, Herr Klubobmann.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Vor einigen Jahren, genauer gesagt im Jahr 1991 hat die österreichische Ärztekammer eine Prüfung vorgenommen, wie die Schuluntersuchungen in Österreich insgesamt ablaufen. Diese Prüfung hat damals für Kärnten, so glaube ich, kein besonders gutes Ergebnis gebracht. Das heißt,

das Ergebnis war folgendes, daß in Kärnten rund 50 Prozent der Pflichtschüler und rund 70 Prozent der Sonderschüler im Wege der Schuluntersuchungen untersucht werden. Das Schulunterrichtsgesetz empfiehlt, daß alle Schüler jährlich mindestens einmal untersucht werden sollen. Daher die Frage, welche Maßnahmen hinsichtlich einer Verbesserung der schulärztlichen Untersuchungen haben Sie in der kurzen Zeit gesetzt bzw. wurden vor Ihnen vielleicht gesetzt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Klubobmann! Darf ich ganz kurz die Punkte darstellen, die gesetzlich festgelegt sind und von Schulärzten wahrgenommen werden müssen. Die Schulreihenuntersuchungen müssen, wie von Ihnen angesprochen, zumindest in der 1., 4. und 8. Schulstufe erfolgen. Zusätzlich erfolgt eine Schwerpunktsetzung in einer weiteren Schulstufe. Die Schulärzte müssen Untersuchungen durchführen, darüberhinaus auch bei Bedarf Gutachten erstellen, Stellungnahmen abgeben, durch die Schulbehörde beantragte entsprechende Beratungstätigkeit auch aufnehmen, bei Bedarf Stellungnahme zu sonderpädagogischer Förderung, Fähigkeit zur Teilnahme am Unterricht. Es gibt weiters eine Art Sachverständigentätigkeit, die auch wahrgenommen werden muß, auch hinsichtlich sanitätspolizeilicher, sozialmedizinischer und hygienischer Aspekte. Wesentlich ist auch die Beratung der Eltern und die Überwachung des Gesamtzustandes des Gebäudes und möglicher gesundheitlicher Gefahren im Schulgebäude.

Wie Sie sehen, aus diesem großen Bereich der Zuständigkeiten geht es darum, in allen Bereichen eine permanent ausgezeichnete Schulung und Weiterbildung der Schulärzte zu ermöglichen. Dort habe ich, nicht nur jetzt in Kärnten, sondern bereits in meiner Tätigkeit in Wien Schwerpunkte gesetzt. In Kärnten ist sehr viel Initiative aus dem Kreis der Ärzte gekommen, es hat sich der Arbeitskreis Jugendfürsorgeärzte gegründet, der selbständig hier ein sehr intensives Fortbildungsprogramm sich auferlegt. Zusätzlich wurden allgemeine Maßnahmen gesetzt,

Dr. Ausserwinkler

die den Ablauf etwas flexibler und effizienter machen, wie beispielsweise die Einführung einer schulärztlichen Sprechstunde, ein Vormittag pro Monat für Schüler, Eltern und Lehrer an Hauptschulen. In dieser Zeit können die Schüler zu den Schulärzten hinkommen, mit persönlichen Problemen und mit diesen sprechen.

Entscheidend sind auch die inhaltlichen Schwerpunkte, die österreichweit gesetzt wurden und auch in Kärnten in einer besonders guten Form. Schwerpunkt ist die orthopädische Prophylaxe. Hier gab es Untersuchungen, wonach Schüler in einem schlechten Zustand sind bezüglich ihres Bewegungsapparates, die Wirbelsäule wurde hier ganz besonders immer erwähnt. Ich habe versucht, 1992 und 1993 klare Grundlagen zu finden, anhand dessen diese Bemerkungen überhaupt gemacht worden sind und bin darauf gekommen, daß diese Bemerkungen eigentlich nur aus Einzelbeobachtungen gemacht wurden. Ich habe dann ein österreichweites standardisiertes Untersuchungsprogramm in die Wege geleitet, sodaß jeder Schularzt ganz bestimmte Punkte im Bewegungsapparat des Schülers untersucht. Hier wird das in Kärnten ausgezeichnet durchgeführt und führt dann zu klaren Schlußfolgerungen hinsichtlich Bewegungsprogramm, Schulmöbelfunktion und ähnlichem, daß man nicht beim Untersuchungsbefund allein hängen bleibt. In dem Zusammenhang möchte ich auch warnen, daß es hier viele Initiativen, Aktivitäten gibt, die wissenschaftlich nicht entsprechend fundiert sind und daß daher der Weg der standardisierten Untersuchung ganz wesentlich war und der direkten Schlußfolgerung. Es sind österreichweit Programme unterwegs, von denen ich sagen kann, daß 4/5 leider Gottes nicht effizient sind und nur sehr viel Geld kosten und den orthopädischen Programme deshalb in dem Zusammenhang besonderes Augenmerk zu legen ist.

Die Zusammenarbeit aber auch zwischen den Schulärzten und den Turnärzten muß auch aus diesen orthopädischen Untersuchungen heraus verbessert werden und wurde verbessert. Die Suchtgiftprävention, hier habe ich in den letzten Monaten mehrere Schwerpunkte gesetzt, nämlich mit Veranstaltungen zur Prophylaxe, mit Lehrern, mit Schulverantwortlichen, mit Eltern, Schülern, Kindergärtnerinnen, um auch

dort schon zu beginnen. Ich war persönlich bei diesen Veranstaltungen anwesend, um sehen zu können, wo hier noch Problempunkte vorhanden sind, sodaß im Bereich der Suchtgiftprävention in Kärnten enorm viel geschieht und ein enormes Engagement vorhanden ist von seiten der vor Ort Tätigen. Die Gesundheitserziehung ist ein neuer Schwerpunkt. Das Thema Aids möchte ich als einen wesentlichen Punkt nennen, aber insgesamt Sexualerziehung und psychosoziale Aspekte, die mit einfließen sollen, Streßbelastung und ähnliches.

Das ist alles nur möglich mit einem wirklich engagierten Team von Schulärztinnen und Schulärzten und ich glaube, da können wir in Kärnten froh sein, daß wir mit einem derartigen Team ausgestattet sind und das öffentliche Gesundheitswesen in Kärnten den internationalen Public-Help Aspekten entspricht.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie haben also aufgezeigt, daß die schulärztliche Untersuchung natürlich ein breites Spektrum beinhaltet. Vielleicht ist das möglicherweise so konkret nicht zu sagen. Aber Stand 1991 waren eben 50 Prozent der Pflichtschüler und 70 Prozent Sonderschüler. Kann man einen solchen Stand für heute hier zum Ausdruck bringen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Klubobmann, ich hoffe, Sie verzeihen, daß ich nicht auf die Untersuchung 1991 eingehe. Ich habe sie wohl gelesen, kann aber einen quantitativen Vergleich nicht ziehen. Ich kann aber sagen, qualitativ und quantitativ hat sich enormes getan zwischen 1991 und jetzt, 1995. *(Abg. Dr. Hofer: Danke schön!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 10. erledigt. Ich darf die restlichen Anfragesteller aufrufen, ob eine

Unterrieder

mündliche Beantwortung in der nächsten Sitzung gewünscht ist oder ein schriftliche Beantwortung.

11. Ldtgs.Zl. 136/M/27, Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Herbrich an Frau Landesrätin Dr. Sickl. (*Abg. Mag. Herbrich: Mündlich!*) Mündlich, nächste Sitzung.

12. Ldtgs.Zl. 137/M/27, Anfrage des Herrn Abgeordneten Koschitz an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Grasser (*Abg. Koschitz: Mündlich!*) Mündlich, nächste Sitzung.

13. Ldtgs.Zl. 138/M/27, Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Herbrich an Frau Landesrätin Dr. Sickl. (*Abg. Mag. Herbrich: Mündlich!*) Mündlich, nächste Sitzung.

Damit, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, sind wir am Ende der Fragestunde. Wir kommen zur Sitzung. Entschuldigt für die heutige Landtagssitzung hat sich Herr Abgeordneter Dr. Traussnig. Der Landtag ist damit beschlußfähig.

Mitteilung des Einlaufes

Nachdem aufgrund des § 38 der Geschäftsordnung diese Sitzung heute von der Freiheitlichen Partei beantragt wurde, die erforderlichen Unterschriften auf dem Antrag waren, kommen wir zur Tagesordnung, den Dringlichkeitsanträgen der heutigen Sitzung. Ich darf den Schriftführer um die Verlesung des ersten Dringlichkeitsantrages, Ldtgs.Zl. 238-1/27 bitten.

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der heutige Einlauf umfaßt bislang insgesamt 4 Dringlichkeitsanträge von Mitgliedern des FPÖ-Klubs.

1. Ldtgs.Zl. 238-1/27:

Antrag der Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. In Verhandlungen mit dem Bund, insbesondere im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen, eine finanzielle Stärkung der Gemeinden und des Landes Kärnten sicherzustellen.
2. Dafür einzutreten, daß zur Stärkung bevölkerungsschwacher Gemeinden der abgestufte Bevölkerungsschlüssel aufgehoben wird.
3. Dafür Vorsorge zu treffen, daß es, wie in der Erklärung der Bundesregierung vorgesehen, zu keinerlei Ausweitung von Kommunalsteuern

oder sonstigen kommunalen Belastungen für die heimische Wirtschaft kommt.

4. Dafür Sorge zu tragen, daß es zu einer ausreichenden Zurverfügungstellung von Fördermitteln für Abwasser- und Kanalprojekten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Förderungsrichtlinien kommt.

Der Antrag weist die nach § 18 Abs. 1 GO erforderliche Anzahl von mindestens 4 Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Danke. Zur Begründung der Redezeit, die mit 5 Minuten begrenzt ist, hat sich als erster Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Österreich, und damit auch unser Bundesland, ist seit dem 1. Januar 1995 Mitglied der Europäischen Union. Dieser Beitritt bringt für unser Bundesland, vor allem aber auch für die Gemeinden in Kärnten enorme Kosten, für die trotz mehrmaliger Aufforderung der Finanzreferent im Budget keine Vorsorge getroffen hat. Gesamt wird der Beitritt Österreich 52 Milliarden Schilling kosten, wovon 16,4 Milliarden die Länder und 5,5 Milliarden Schilling die Gemeinden aufbringen werden müssen. Das bedeutet für unser Bundesland, daß das Land Kärnten insgesamt 1,14 Milliarden Schilling im kommenden Jahr

Dr. Strutz

zusätzlich im Budget aufbringen wird müssen und die Gemeinden insgesamt eine Summe von 240 Millionen Schilling. Dies entspricht einer Prokopfbelastung von 2.522 Schilling, die auf jeden Kärntner und jede Kärntnerin zukommen wird.

Im Budget für das Jahr 1995 sind keinerlei finanzielle Vorsorgen getroffen worden. Der Finanzreferent hat sich lediglich eine Ermächtigung, das heißt eine Zustimmung zur neuerlichen Verschuldung in der Höhe von 500 Millionen Schilling, von Seiten des Landtages geben lassen. Das heißt, es wird bereits jetzt, wenige Wochen nach Beschluß des Budgets 1995, zu einer weiteren zusätzlichen Verschuldung kommen. Der Konsolidierungsplan, der ebenfalls hier vom Hohen Haus verabschiedet wurde, ist bereits nach wenigen Wochen überholt und wird nicht eingehalten werden. Der Rest der Finanzierungen, vor allem der Gemeindehaushalte, liegt vollkommen in der Luft.

Die finanzielle Situation der Gemeinden wird vor allem dadurch verschärft, daß es auch zu einem Auslaufen des Finanzausgleiches kommt, daß einige Gemeinden - obwohl im vorigen Jahr noch vor dem EU-Beitritt versprochen - nicht in das gewünschte und beantragte Ziel-2-Gebiet, aufgrund der wirtschaftlich schwachen Strukturen, aufgenommen wurden oder auch aufgrund der Tatsache, daß die Finanzierung des KRAZAF ausläuft, neu verhandelt wird. Auch hier ist eine Bedeckung des enorm gestiegenen Abganges gegeben - allein innerhalb der letzten zwei Jahre ist es zu einer Steigerung der Krankenhauskosten von mehr als 100 % gekommen - die vollkommen in der Luft hängt. Dazu kommt, daß auch das Sparprogramm der Bundesregierung sich negativ auf den wirtschaftlichen Ertrag für die Gemeinden auswirken wird und es zu zusätzlichen Steuern bzw. zu zusätzlichen Belastungen für die heimische Wirtschaft kommen muß. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung der Bundesregierung, die festhält, daß aus Überlegungen im Zusammenwirken mit den Ausgleichspartnern, spricht auch dem Land Kärnten, insbesondere aber auch mit den Gemeinden und den Städten zu prüfen sein wird, ob die derzeitige

Kommunalsteuer auf andere Produktionsfaktoren ausgedehnt werden kann. Hier ist nicht die Sprache von einer Verlagerung, sondern hier ist *expressis verbis* eine Ausdehnung, das heißt eine zusätzliche Steuer vorgesehen. Dazu kommt aber auch noch die Tatsache, daß es sich für die Gemeinden nachteilig auswirken wird, daß die Finanzkraftberechnung ab 1994 zu geringeren Bedarfsausgleichen und zu einer höheren Landesumlage führen wird. Auf die Steigerung im Bereich der Krankenanstalten habe ich bereits hingewiesen. Es hat aber auch zu zahlreichen Beschlüssen im Kärntner Landtag geführt, die die Gemeinden zusätzlich zur Kasse bitten werden, wie beispielsweise auch die Ausweitung des Kindergartengesetzes, gegen das sich die Freiheitlichen hier im Landtag ausgesprochen haben, wo es durch die Senkung der Gruppenthöchstzahl natürlich zu neuen Investitionen im Bereich von Neubauten und zusätzlichen Bedarfen kommen wird.

Die Dringlichkeit wird insofern auch damit begründet, daß die Versprechen an die Kärntner Bevölkerung, insbesondere an die ländliche Bevölkerung, weder von Seiten des Bundes noch von Seiten des Landes auch tatsächlich eingehalten werden. Hier wurde im Europa-Abkommen der SPÖ und der ÖVP vom April 1994 davon gesprochen und auch festgeschrieben, daß die Lagerabwertung allein im Jahr 1995 5,35 Milliarden Schilling betragen wird. Nun stellt sich aber heraus, daß die Europäische Union ausschließlich einen Betrag von 1,3 Milliarden und Österreich nur 2,5 Milliarden Schilling zahlen werden, was insofern wieder eine enorme finanzielle Lücke und einen enormen Finanzierungsbedarf sowohl für den Bund als auch für das Land Kärnten offen macht. (*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Redezeit!*) Ähnlich ist auch die Lage bei den degressiven Ausgleichszahlungen, die insgesamt 7,25 Milliarden Schilling betragen sollen. Der Länderanteil daran beträgt 2,1 Milliarden Schilling. Das bisher auch tatsächlich zugesicherte und zur Verfügung gestellte Geld beträgt ausschließlich 654 Millionen Schilling, in Form von Akontozahlungen. Damit ist auch ungewiß, ob die Bauern die Ausgleichszahlungen in der versprochenen Höhe erhalten werden. (*Vorsitzender: Bitte, die Redezeit einzuhalten!*) Der zuständige Agrarreferent hat in der Ausschusssitzung im

Dr. Strutz

Kärntner Landtag ein Finanzmodell vorgelegt, wo wir bereits heute wissen, daß es nicht eingehalten werden wird und es auch hier zu zusätzlichen finanziellen Belastungen kommen wird.

Die Dringlichkeit - und damit komme ich zum Schluß unserer Anträge - ist damit begründet, daß am 19. Januar bereits Verhandlungen mit Vertretern des Bundes, mit dem Finanzministerium, dem Bundeskanzler und dem zuständigen Finanzreferenten stattfinden, wo wir (unsere Fraktion) der Meinung sind: Wir müssen hier konkrete Aufträge dem Finanzreferenten mitgeben, damit wir nicht in ein Chaos hineinschlittern und bereits jetzt, wenige Wochen nach Beschluß des Budgets 1995, der Konsolidierungsplan und die Neuverschuldung exorbitant in die Höhe steigt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster hat sich zur Begründung der Dringlichkeit Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie mir, daß ich diese Wortmeldung auch zum Anlaß nehme, um grundsätzlich das, was heute hier im Hohen Haus geschehen soll, zu qualifizieren! Ich halte das, was die FPÖ mit dieser Sondersitzung des Landtages aufführt, für nichts anderes als den Versuch, ein politisches Theater zu veranstalten, um von jenen Versäumnissen abzulenken, die ihre eigenen Zuständigen hier im Lande in den letzten Wochen und Monaten gehabt haben.

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die vier Dringlichkeitsanträge, die heute auf der Tagesordnung stehen, sind "No-na-Anträge". Sie sollen der Öffentlichkeit nämlich nichts anderes signalisieren, als daß irgendwelche Zuständigen nicht entsprechend rechtzeitig gehandhabt wurden; sie sollen nichts anderes signalisieren, als daß "...jetzt die FPÖ das Heft in die Hand nehmen muß, um die Dinge weiter zu bringen". In

Wahrheit aber wollen Sie mit der heutigen Sitzung kaschieren, daß Sie in den letzten Wochen und Monaten geschlafen und nicht mitgekriegt haben, was sich in der österreichischen Politik und in der Kärntner Politik abspielt. Denn sonst könnten Sie dieses Theater, das nichts anderes als eine Verunsicherung der Kärntner Bevölkerung darstellt, nicht aufführen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Ich werde Ihnen das jetzt im einzelnen nachweisen. Sie reden von den Gemeindefinanzen, die ausufern. All das, was in dem Antrag steht, ist längst in Behandlung oder von bereits beschlossenen Dringlichkeitsanträgen der SPÖ abgeschrieben worden. Das ist die Realität! Meine Damen und Herren! Was soll denn dieses Theater? Daß wir bei Finanzausgleichsverhandlungen nach Möglichkeit das Beste für Kärnten und die Kärntner Gemeinden herausholen, das ist für uns wohl eine Selbstverständlichkeit. Dazu brauchen wir keine Dringlichkeit. Denn wenn Sie vom Gegenteil ausgehen, muß ich sagen: Dann haben Sie auch die vergangene Politik verschlafen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie der Kärntner Bevölkerung einreden wollen, daß in anderen Bereichen etwas zu tun ist - ich denke nur an die Kanal- und Abwasserförderungen -, dann möchte ich Sie daran erinnern, daß bereits im Dezember des vergangenen Jahres Sie selbst bei einem SPÖ-Antrag mitgestimmt haben, daß die Finanzierung der Kanal- und Abwasserunterstützung entsprechend sichergestellt und auf der Grundlage der bestehenden Richtlinien alles getan werden muß. Warum müssen wir einen Beschluß zweimal fassen? Nur, damit Sie ein Theater im Hohen Hause aufführen? *(Abg. Dr. Strutz: Aber, es ist nicht sicher!)* Ich könnte Ihnen das jetzt in jedem einzelnen Punkt nachweisen. Es ist, schlicht und einfach, Ihr Versuch, wiederum die Kärntner Bevölkerung zu verunsichern und vor allen Dingen ihr einzureden, daß die Dinge ohne euch nicht weitergehen. Ich sage Ihnen jetzt etwas: Die Dinge gehen ohne euch weiter - auch wenn ihr im politischen Schlaf verharrt, der ja in den letzten Tagen augenscheinlich geworden ist. *(Lärm in der FPÖ-Fraktion)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Kommunalfinanzierung: Landesrat Haller hat im Nachtragsvoranschlag 1994 sichergestellt, daß -

Dr. Ambrozy

erstmal in der Geschichte des Kärntner Landtages! - über Landesmittel zusätzliche Bedarfszuweisungsmittel für die Gemeinden vorhanden sind. Dies deshalb, damit die Situation des vergangenen Jahres, und das wissen Sie auch, die aufgrund von Einnahmenrückgängen und Ausgabensteigerungen entstanden ist, aufgefangen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Frage der EU hat am Dienstag - da waren Ihre Leute dabei - eine Sitzung der Landesregierung unter Beiziehung der Klubobmänner und Interessenvertretungen stattgefunden, wo detailliert über die Situation, die Perspektiven und die Chancen informiert worden ist. Ihren Antrag brauchen wir dazu nicht.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FPÖ, ganz deutlich und klar: Sie haben in Wahrheit den 12. Juni 1994 nicht verkraftet. Sie haben nicht verkraftet, daß die Österreichische Bevölkerung "Ja, zu Europa" gesagt hat. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)* Sie haben nicht verkraftet, meine Damen und Herren, daß in der österreichischen Bevölkerung eine positive Grundstimmung zu Europa da ist. Sie wollen das, was jetzt zu greifen beginnt, nämlich daß die Menschen verstehen, daß Europa eine Perspektive für sie ist, kaputt machen, weil Sie Ihre eigene politische Chance nur in einer depressiven Grundhaltung der Menschen sehen. Und die wollen Sie ständig herbeiführen: indem Sie alles, was in dem Lande geschieht, schlechtmachen und herabwürdigen. Das hat man auch gestern beim runden Tisch ganz deutlich gesehen. *(Vorsitzender: Redezeit!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte in dem Zusammenhang auf den Antrag eingehen, der zur Behandlung steht, und warum wir die Dringlichkeit ablehnen. *(Vorsitzender: Bitte, die Redezeit einhalten! - Einwand aus der FPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Bitte, derzeit sind die fünf Minuten genau an der Grenze. Der Herr Klubobmann Dr. Strutz hat sechseinhalb Minuten gesprochen, bitte. Ich bitte darum, die Redezeit einzuhalten!)* Die finanzielle Situation der Gemeinden Kärntens hat mit dem Beitritt zur Europäischen Union überhaupt nichts zu tun. Sie wissen, daß die finanzielle Situation auf eine geringere Einnahmenentwicklung, insbesondere

auf den Ausfall der Gewerbesteuer zurückzuführen ist, den alle begrüßt haben. Darüber hinaus haben wir im Lande selbst Gesetze beschlossen, die im Umlagenwege die Gemeinden belasten. Wir sollten hier einmal ganz deutlich sagen, daß das, was wir beschlossen haben, den Menschen im Lande zugute kommt, wir zu den Inhalten zu stehen und uns dann in zweiter Linie um die Finanzierung Sorgen zu machen haben. Denn eine gute Gesundheitsversorgung und eine gesicherte soziale Versorgung der Bevölkerung muß uns allen gemeinsam ein Anliegen sein. *(Vorsitzender: Redezeit!)*

Der Finanzausgleich wird mit 31. 12. 1995 auslaufen, und es werden jene, die zur Verhandlung aufgerufen sind, die entsprechenden Grundlagen sicherstellen. Daher werden wir der Dringlichkeit der freiheitlichen Anträge nicht die Zustimmung geben. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie an einer seriösen Diskussion interessiert sind, dann sagen Sie dem Herrn Abgeordneten Krenn und dem Herrn Abgeordneten Ing. Pfeifenberger, daß sie in ihren Funktionen als Finanzausschußobmann und als Landwirtschaftsausschußobmann doch tätig werden sollten, damit wir mit diesen Ausschüssen gemeinsam eine sachliche, fundierte und ruhige Diskussion abführen können - aber nicht ein Politspektakel, das Sie hier aufführen. Deshalb werden wir der Dringlichkeit die Zustimmung nicht geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist zur Dringlichkeit Herr Abgeordneter Klubobmann Dr. Hofer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Im Gegensatz zum Klubobmann Strutz habe ich bereits in der Debatte zum Landesbudget 1995 auf die Situation der Kärntner Gemeinden Bezug genommen. Ich habe mich damals zum Subsidiaritätsprinzip und damit zur Gemeindeautonomie bekannt und festgestellt, daß

Dr. Hofer

Autonomie natürlich dann aufhört zu bestehen, wenn kein Geld mehr vorhanden ist, um autonom wirken zu können. Wir werden als Volkspartei also alles dagegen tun, daß diese Autonomie zu einer hohlen Leerformel wird.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der hier heute vorliegt, enthält zum Teil Alibiforderungen, "No-na-Forderungen". Der erste Antrag, gleich: "Der Bund wird aufgefordert, in den Finanzverhandlungen eine finanzielle Stärkung der Gemeinden und des Landes sicherzustellen."

Ja was sonst sollen wir beim Bund erreichen als dieses Ziel? Die Aufhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ist seit langem ein Ziel der Volkspartei im Interesse der Stärkung der schwächeren Gemeinden in diesem Lande. (*Abg. Dr. Strutz: Warum macht ihr es dann nicht? Macht es doch!*) Das alles ist da! Ein weiterer Punkt beinhaltet eine Forderung, die ohnehin Zielsetzung der Bundesregierung ist.

Meine Damen und Herren, die Österreichische Volkspartei ist an einer seriösen Arbeit interessiert. Das, was hier versucht wird, ist eine Roßtäuscherei und eine Augenauswischerei, das hat mit seröser Arbeit nichts zu tun. Es gibt zweifellos Probleme, die wir in diesem Zusammenhang nicht nur im Bereich der Gemeinden, sondern auch in den anderen Bereichen näher erörtern sollen. Daher möchte ich auch den Vorschlag unterbreiten, daß wir den 26. Jänner, der für eine Landtagssitzung vorgesehen ist, dazu benützen, um diese Probleme eingehend zu besprechen. Meine Damen und Herren, am 19. wird eine Landeshauptleutekonferenz stattfinden und wir werden dann sicherlich in vielen, vielen Bereichen mehr wissen, als das heute der Fall ist.

Die Dringlichkeitsanträge der Freiheitlichen sind eine reine PR-Aktion. Man will vortäuschen, daß man sich um die Probleme der Menschen in unserem Lande kümmert. Natürlich, meine Damen und Herren, stehen wir in einer Übergangsphase, in der es Schwierigkeiten und auch gewisse Ängste gibt. Genau diese Ängste, die heute da und dort vorhanden sind, will die FPÖ in einer unververtretbaren Weise hier schüren. Meine Damen und Herren, was Sie hier politisch gesehen machen, ist eigentlich grober Unfug, das tut man nicht!

Zu dieser zwiespältigen Haltung, die Sie hier einnehmen, meine Damen und Herren: Der Herr Klubobmann Strutz hat hier glatt die Unwahrheit gesprochen, indem er gemeint hat, im Budget 1995 sei keine Vorsorge enthalten. Das ist un- wahr! Das Budget 1995 enthält die Vorsorge dafür. (*Abg. Dr. Strutz: Wo denn? - Abg. Kreuzer: Wo denn? - Weitere Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion. Vors.: Am Wort ist der Klubobmann Dr. Hofer, bitte!*)

Meine Damen und Herren, die Haltung der FPÖ sehen Sie im folgenden: Die FPÖ hat das Budget 1995 abgelehnt, in dem die Vorsorgemechanismen auch für den EU-Beitritt enthalten sind. Die FPÖ, die sich heute Sorgen um die Gemeinden macht, hat das Budget 1995 abgelehnt, in dem auch die Gemeindegelder enthalten sind. Meine Damen und Herren, die FPÖ hat z. B. die Aufhebung der Nachteile aus der Lagerabwertung vor kurzen in der Landesregierung und sie hat auch die degressiven Preisausgleichszahlungen abgelehnt. (*Unruhe und Zwischenrufe im Hause.*) Das heißt, überall in den Gremien, in denen diese Dinge beschlossen werden, sagt die FPÖ nein und ist dagegen, aber heute tritt sie mit diesen Dringlichkeitsanträgen in den Vordergrund. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Meine Damen und Herren! Wir sind an einer seriösen Arbeit interessiert!

Die Situation der Gemeinden hängt auch mit der Arbeit dieses Landtages zusammen, weil die gesamten Sozialoffensiven, die wir beschlößen haben, auch die Gemeinden entscheidend belasten. Das, was die FPÖ hier will, ist nichts anders als eine Abschiebung der Arbeit in die Landesregierung. Ich meine aber, daß wir die Probleme auch hier im Hause dezidiert anpacken sollen. So müssen wir z. B. das Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes hernehmen, das auch an uns als Klubs gerichtet war, um uns im Ausschuß damit auseinanderzusetzen. Ich bin also dagegen, daß diese Arbeit in den Schoß der Landesregierung abgeschoben wird, sondern ich meine, daß das Hohe Haus sehr wohl eine Verpflichtung hat, entsprechend mitzuarbeiten und im Ausschuß die entsprechenden Probleme unter Anhörung der Fachleute zu erörtern. Daher ist das, was hier gemacht wird, für die Politik insgesamt meiner Meinung nach nicht gut. Ich halte es für einen politischen Unfug und wir

Dr. Hofer

werden dem nicht zustimmen. Wir sind daher gegen die Dringlichkeit. Wir sind aber dafür, daß zwar nicht die Alibiforderungen, sondern gewisse Probleme im Ausschuß des Landtages einer seriösen Behandlung zugeführt werden. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Gestatten Sie mir vorweg, einige Dankesworte für die Abgeordneten und Referenten, welche mir die Genesung im Spital gewünscht haben. Dafür meinen aufrichtigen Dank. Ich trage meinen Unfall mit Humor. Mir ist dabei der praktische Nachweis gelungen, daß ich Rückgrat besitze.

Nun zur Dringlichkeit: Unseren Dringlichkeitsantrag als Theater zu titulieren, ist Geschmackssache, nur, Herr Klubobmann Ambrozy, dann ist auch die Sondersitzung des Gemeindebundes, die demnächst stattfinden soll, genauso ein Polittheater. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

1993 waren in Kärnten sieben Abgangsgemeinden, 1994 sind es 27 gewesen und ich habe im Sommer vorausgesagt, es werden 50 bis 70 werden. Auch damals wurde ich der Panikmache bezichtigt. Was betreiben jetzt der Gemeindebund und der Städtebund, wenn sie voraussagen, daß es hundert Gemeinden sind? Herr Abgeordneter Hofer, wenn Sie behaupten, daß es die Autonomie betrifft, dann sind es in Zukunft hundert Gemeinden, die in ihrer Autonomie zu existieren aufgehört haben. Sie haben schon recht, nur das ist uns nicht bewußt und Im Budget sehe ich keine Ansätze für Gegensteuerungen und echte Sparmaßnahmen. Vorschläge waren von der FPÖ genug vorhanden, die greifen, um die Belastungen von den Gemeinden zu nehmen. Bei den BZ sind derzeit offiziell 255 Millionen Schilling angewiesen, es werden sicher noch mehr werden. Nur eines, wo sind die restlichen Mittel des vorigen Jahres, denn es kam ja teilweise zu Kürzungen bis zu 40 %? *(Abg. Dr. Ambrozy: Das stimmt ja nicht!)* Darum muß ich feststellen, daß man vielleicht im allgemeinen sparsam und im speziellen vielleicht sehr großzügig war, und das wieder auf dem Rücken mehrerer Gemeinden. *(Abg. Dr. Ambrozy: Kötschach-*

Mauthen!) Nein, sicher nicht, weil wir gehören zu jenen, die rasiert wurden. *(Abg. Dr. Ambrozy: Davon merkt man bei Dir nichts!)*

Die Krankenhausabgänge explodieren weiter, das nächste Jahr noch einmal 20 %. Der Sozialfonds steigt weiter. Die Steuerreform hat voriges Jahr das übrige getan. Kanal, Wasser, Müll, Herr Bürgermeister Kollege Koschitz wird mir recht geben, stellen die Bürger vor finanziell fast unlösbare Probleme. *(Abg. Dr. Ambrozy: Wo schlechte Bürgermeister sind, stimmt das!)* Auch darin, Herr Klubobmann Hofer, gebe ich Ihnen recht: Das ist eine Teilschuld dieses Landtages, weil er Dinge beschließt, die dann zum Schluß draußen nicht mehr verkraftet werden können. Wenn es schon so weit ist, daß beim Abwasserreinigungsgesetz Gemeinderäte den Gesetzesgehorsam verweigern und das als Bürgernähe verkaufen, dann wird es bedenklich, wie weit wir gehen sollen, können und dürfen. Gemeinden kürzen jetzt schon Kindergartenöffnungszeiten und es gibt weiterhin eine Gesetzesflut sondergleichen. Ich nenne nur die Flächenbasiserfassung, die derzeit läuft. Diese bindet in einer Kommune wie bei uns zwei Beamte über zwei Monate. Das sind alles Leistungen, für die wir nichts bekommen, aber das Personal bezahlen müssen.

Wenn heuer schon hundert Abgangsgemeinden angekündigt sind, dann heißt das, sie können den Haushalt nicht mehr ausgleichen. Das heißt aber auch, freiwillige Aufgaben streichen, und zwar nicht nur Vereinsförderung. Das heißt auch, Schneeräumung und Straßenerhaltung verumlagen, das ist das, was Bewohner in Städten nicht kennen, weil es dort selbstverständlich ist, daß es gemacht wird. Ich kenne keinen Bürgermeister oder Gemeinderat, der eine Gelddruckmaschine im Keller hat, sondern diese Belastung wird durch Streichung freiwilliger Aufgaben auf die Bürger weitergegeben. Es wird groß angekündigt, durch die EU hat ein Haushalt tausend Schilling Ersparnis, aber umgekehrt kommt über einem anderen Weg eine Mehrbelastung von 3000 Schilling auf den Haushalt, das ist gelinde. *(Abg. Dr. Ambrozy: Weil Du das in Deiner Gemeinde schlecht organisierst!)* Ich befinde mich laut Städte- und Gemeindebund in der Gesellschaft von hundert

Stangl

Gemeinden! (*Zwischenruf des Abg. Mitterer. - Vors.: Eine Minute noch!*)

Der Kollaps ist vorausprogrammiert, es ist abzusehen, wann er stattfindet, das war auch der Grund dieses Antrages: Wenn dieser Landtag und die zuständigen Referenten nicht sofort und im gleichen Ausmaß, wie man die Gemeinden zwingt zu sanieren in ihrem Ressorts alle Sparmöglichkeiten rekrutieren. Ich werde zum Krankenhaus noch speziell Stellung nehmen, denn dort ist jede Menge Sanierungspotential, ohne gesundheitliche Abstriche machen zu müssen. Warum so zögernd? Wir werden diese Kürzungen und massiven Mehrausgaben nicht verkraften. Wenn wir immer von der EU reden, wie werden wir die EU-Vorteile lukrieren, wenn wir dazu nicht einmal mehr die notwendigen Eigenfinanzierungsmittel haben, weil sie uns vorher über die Belastungen weggenommen werden. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! So unbeherrscht und unsachlich, wie zu diesem sehr wichtigen Thema unseres Dringlichkeitsantrages vorhin die Herren Klubobmänner der ÖVP und SPÖ gesprochen haben, spricht nur jemand, (*Abg. Dr. Ambrozy: Sprechen Sie zur Sache!*) der sich ertappt fühlt und der nicht die Wichtigkeit dieser Angelegenheit erkennen möchte. (*Abg. Dr. Ambrozy: Sprechen Sie zur Sache und teilen Sie keine Zensuren aus, denn Sie sind nicht am Lehrerpult! - Vors.: Zur Dringlichkeit, bitte!*)

Ich möchte selbstverständlich zur Dringlichkeit sprechen, denn das ist meine Aufgabe. Ich verstehe den Klubobmann Hofer nicht, wenn er hier sagt, es ist keine Dringlichkeit, obwohl noch vor wenigen Tagen der Herr Landeshauptmann höchst persönlich gesagt hat, er erwarte, daß der Landtag ihm die Linie vorgibt, wenn er nächste Woche ein so wichtiges Gespräch auf der Landeshauptleutekonferenz zu führen hat, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Hofer: Das sind alles nur Phrasen, die Du vorgibst!*) Warum? Das ist doch eine gemeinsame Politik für Kärnten, wenn wir uns hier in diesem Landtag einig sind, den Verhandlern in Wien die Rücken ge-

stärkt werden und dann draußen unsere Interessen wirklich vertreten werden können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ich möchte insbesondere zum Punkt 4 das Wort ergreifen, nämlich zur Frage der Abwasser- und Kanalprojekte, die wir in den nächsten Jahren zu realisieren habe, wobei wir Sorge haben, meine Damen und Herren, wenn wir das Regierungsübereinkommen lesen, daß die nun geltenden Richtlinien und Finanzierungsgrundlagen im Jahre 1996 auslaufen sollen. Was das für uns als Kärntner bedeutet, die wir in den nächsten zehn Jahren Investitionen von 15 bis 20 Milliarden Schilling durchzuführen haben, das können Sie vielleicht nicht so ermessen, aber die Herren Bürgermeister können es ermessen und die Bürger draußen am Lande werden es in ihrer Brieftasche spüren. Denn im Koalitionspakt, meine Damen und Herren, ist festgeschrieben, daß die bisherige Finanzierung, die sicherlich keine schlechte für die Landgemeinden ist, auslaufen soll und eine Finanzierung im freien Kreditmarkt über Betreibermodelle angeregt wird. Das bedeutet eine Verteuerung der Abwassergebühren um das Zwei- bis Dreifache in den Gemeinden. Dann werden wir hier zusammensitzen und lamentieren und sagen, Schweinerei, so viel muß gezahlt werden. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das haben wir schon beschlossen! Ihr seid hintennach, wie immer!*) Nein, heute sollen wir uns auseinandersetzen. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Ambrozy.*) Herr Abgeordneter Ambrozy, ich bin kein Formalist, ich weiß nur, daß nächste Woche eine Landeshauptleutekonferenz ist und wir uns vor dieser sachlich darüber informieren müssen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Da steht es drin! Das ist schon beschlossen! Habt ihr das vergessen?*) Ich weiß es ja, nur dem Herrn Landeshauptmann muß man das noch einmal eindringlich sagen, was der Landtag will! Er hat doch schon so viele Dinge, die der Landtag wollte, nicht vollzogen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das weiß er wohl! Deswegen sage ich, ihr macht nur Theater! - Vors.: Bitte, am Wort ist der Herr Zweite Präsident!*) Meine Damen und Herren, was das bedeutet, wenn die Finanzierung der Kanalisationsprojekte nicht mehr in diesem Rahmen vor sich geht, das ist dramatisch und wird auch zusätzlich zum Finanzchaos in den Gemeinden beitragen. Wir haben die

Dipl.-Ing. Freunschlag

Kostenexplosion in den Gemeinden vor Augen, die nicht mehr zu vertreten ist, und daher bin ich der Meinung, daß wir alles tun müssen, um diese zu verhindern.

Es ist ein Hilferuf der Bürgermeister an uns. Jeder hat Schreiben und Resolutionen erhalten. Wenn wir uns jetzt nicht rühren, eine Woche vor der Landeshauptleutekonferenz, wann sollen wir dann den Bürgermeistern und Besorgten hier im Lande eine Antwort geben, daß wir hinter ihren Forderungen stehen, als jetzt, eine Woche vor dieser wichtigen Diskussion in Wien. Das ist unsere Intention, Herr Klubobmann Ambrozy. Ich bedauere es zutiefst, daß Sozialisten und ÖVP hier das Problem der Dringlichkeit nicht erkennen, offensichtlich die Sorgen der Bürgermeister als Polittheater ablegen und letztlich meines Erachtens dem Lande Schaden zufügen. Ich möchte hier zwei Anträge mit abgeben, damit Sie sehen, daß wir uns noch mehr ausgedacht haben für die Ausschüsse. Wir geben einen Antrag ab, in dem wir eine Entlastung der Gemeinden dahingehend fordern, eine schrittweise Abschaffung der Landesumlage vorzunehmen und zweitens eine Limitierung der Aufwendungen der Gemeinden für die Krankenanstaltenfinanzierung auf der Basis der Beiträge 94. Herr Präsident, ich werde Ihnen diese beiden Anträge übermitteln.

Sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ und ÖVP, was muß noch geschehen, bis Sie die Parteibrille abnehmen und die wirklichen Probleme unserer Menschen, der Bürgermeister und Bürger, erkennen? (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Wenn Klubobmann Ambrozy früher gemeint hat und gesprochen hat, als ob es sich hier bei den Aufgaben, die aus dem Dringlichkeitsantrag hervorgehen, um die leichteste der Welt handelt, dann frage ich mich, warum ist bisher nichts passiert? Wenn er meint, in diesem Zusammenhang den Ausfall der Vermögens- und Gewerbesteuer verantwortlich zu machen, daß die Gemeinden in ein dermaßen Dilemma geschlittert sind, (*3.Präs. Dkfm. Scheucher: Wirst Du als Wirtschaftstreibender Dich beschweren, daß es die Vermögens- und*

Gewerbesteuer gestrichen wurde?) muß ich anmerken, daß in weiten Bereichen dieser Steuerausfall kompensiert worden ist. Es ist kompensiert worden durch die Erhöhung der Kommunalabgabe und anderer Bereiche. Die Hierarchie ist eine klare. Der Bund ist hat kein Geld, das Land hat kein Geld und die Gemeinden sind auch schon pleite. In der Hierarchie sind die Wirtschaftstreibenden die letzten, und den, wie wir wissen, beißen die Hunde. So weit kann es wirklich nicht gehen. Denn das, was jetzt beabsichtigt ist, was gestern unter dem sogenannten Feinschliff bei der Kommunalabgabe zum Ausdruck gekommen ist, ist letztendlich nichts anderes, wie daß man wieder beabsichtigt, eine Erhöhung der Kommunalabgabe vorzunehmen. Die Bemessungsgrundlagen sollen verbreitert werden, Vermögen und Gewinne werden entsprechend mitbesteuert. Dann gute Nacht! Dann gibt es nur mehr eines, die Betriebe, die Eigenkapitals mäßig schon anstehen, wird der Todesstoß versetzt. (*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Bitte zur Dringlichkeit zu den Anträgen!*) Bitte, Herr Präsident, das hat durchaus mit den Anträgen zu tun, weil die Kommunalabgabe mit einer Absicht ist, diese zu verändern und zu erhöhen. Das kann von unserer Seite nicht hingenommen werden. (*Abg. Dr. Wutte: Zur Sache!*)

Den Landeshauptmann würde ich ersuchen, auch diese Frage zu beantworten, wie er bei der Landeshauptleutekonferenz gerade zu diesem Thema sich einstellen wird, was die Erhöhung bzw. den Feinschliff der sogenannten Kommunalabgabe betrifft, ob er diesem die Zustimmung geben wird. Danke. (*LH Dr. Zernatto: Ich bin gegen jede Steuererhöhung! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die FPÖ tut heute gerade so, als ob sie der Nothelfer der Kärntner Gemeinden wäre. In Wirklichkeit haben sie heute den Gemeinderatswahlkampf 1997 begonnen. (*Abg. Dr. Strutz: Warum nicht?*) Ich werde Ihnen beweisen, Herr Klubobmann Strutz, wie ernst Sie es mit den Kärntner Gemeinden genommen haben, als Sie Regierungs- bzw. Budgetverantwortung in diesem Lande zu

Schiller

tragen gehabt haben, nämlich in den Jahren 1989 bis 1991. Nur einige Summen aus dem Budget 1991, das damals von Kollegen Rauscher ganz anders vorgelegt wurde, aber durch ihren Einfluß, besonders durch den Kollegen Freunschlag, stark reduziert wurde was die Gemeinden betrifft. Ich zitiere. In der Regierungsvorlage für das Jahr 1991 wurden für Kanalisationsanlagen 98,3 Millionen Schilling vorgesehen, gekürzt wurde dieser Ansatz um 38,3 Millionen auf 60 Millionen. Des weiteren wurde im Bereich der ländlichen Wasserversorgung eine Kürzung von 12 auf 7 Millionen Schilling vorgenommen, des weiteren im Bereich der Gemeindeversorgungsanlagen von 12,5 auf 4,5, das heißt also eine Reduktion von 8 Millionen. Vielleicht noch zum Abschluß die Kindergartenförderung wurde von 97,3 auf 42,3 Millionen gekürzt.

Nennen Sie das Verantwortung für die Kärntner Gemeinden? Ihre Vorgangsweise war schlicht und einfach verantwortungslos. Das ist hier schwarz auf weiß niedergelegt und Sie besitzen heute die Stirn, sich hierher zu stellen und sich als Nothelfer und Retter der Kärntner Gemeinden aufzuspielen. Ich nehme schon ernst, was der Kärntner Gemeindebund sagt. Man sollte mit jenen reden, die es betrifft, nämlich mit den Vertretern des Kärntner Gemeindebundes und darüberhinaus des österreichischen Gemeindebundes. Aber wie ist es darum bestellt, wenn es gilt, Einnahmen für die Gemeinden zu lukrieren und gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen? Hier gibt es eine Resolution der Marktgemeinde Eberstein vom 23.12.1994, die den Kärntner Landtag sehr eindringlich ersucht, die Kärntner Naturschutzabgabe zu beschließen, ein Antrag der SPÖ, meine Damen und Herren, der den Gemeinden in Kärnten über 10 Millionen Schilling im Budget 1995 gebracht hätte, den Sie meine Damen und Herren von der FPÖ und ÖVP abgelehnt haben. Das ist Verantwortung für die Kärntner Gemeinden.

Verantwortungsvoll ist das, was der Kollege Haller gemacht hat, der sich abgestrudelt hat, damit er vom Finanzreferenten noch 82 Millionen Schilling bekommt, um die Gemeinden zu entlasten. Verantwortungsvoll ist das, was die Frau Landesrätin Achatz gemacht hat, als es ihr

gelingen ist, die Verteilungsschlüssel im Bereich der Jugendwohlfahrt und im Bereich des Pflegegeldes zu ändern, um den Gemeinden insgesamt einen Betrag von 65 Millionen Schilling ersparen. Das haben Sie heute hier nicht gesagt. Aber es ist die Wahrheit. Wir sind interessiert an einer konkreten und korrekten Abfolge der Verhandlungen und nicht an einem Kasperltheater, das niemanden nützt, schon gar nicht den Kärntner Gemeinden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf als Bürgermeister nur noch einmal bestätigen, daß die heutige Diskussion im Grunde genommen keiner einzigen Gemeinde wirklich hilft und die Probleme nicht lösen kann. Ich konstatiere in den bisherigen Wortmeldungen und bisher auch im Wortlaut des Antrages eine gehörige Portion von Präpotenz und werde dies auch begründen. Zu formulieren nämlich, man müsse den zuständigen Referenten Vorgaben machen und ihnen sozusagen klar auf den Weg mitgeben, was sie zu tun hätten, bedeutet im Umkehrschluß, daß sie selbst nicht in der Lage sind, zu wissen, was wirklich hier getan werden muß. Das gilt für den Landeshauptmann als Finanzreferenten, das gilt für den Dr. Haller als Gemeindereferenten und für alle anderen. Ich stelle noch eines fest. Die Schizophrenie der Freiheitlichen Partei in der Landespolitik, *(Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion.)* daß man einerseits im Landtag immer Forderungen erhebt und auf der anderen Seite ihre Regierungsmitglieder in Wirklichkeit nicht echte Regierungsverantwortung tragen wollen immer dann, wenn es um kritische Fragen geht. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Ich stelle unmißverständlich fest, ich halte als Grund für den heutigen Dringlichkeitsantrag in Wahrheit nur den Wunsch, in den Medien wieder einmal präsent zu sein. Ich vermute dahinter noch eines, einen gewissen Erfolgsneid. Sie wollen einfach nicht den 19. Jänner abwarten, denn da könnte der Landeshauptmann mit einem guten Ergebnis zurückkommen. *(LH-Stv. Mag. Grasser: So wie bei den Ziel 2-Gebieten?)* Auch aus diesem Grund kann man diesem heutigen Dringlichkeitsantrag keine Zu-

Mag. Grilc

stimmung geben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich glaube schon, daß der SPÖ und ÖVP dieser Sonderlandtag äußerst unangenehm ist, weil sie sehr scharf darauf regieren. Ich kann mich aber mit dem nicht anfreunden, was die Klubobmänner gesagt haben. Entweder redet Ihr nicht mit Euren eigenen Bürgermeistern und Gemeindevertretern, denn das ist ein Zeichen, wie es den beiden alten Parteien in Kärnten geht, die die totale Bodenhaftung zu ihrer eigenen Basis verloren haben. Denn sonst müßten Sie wissen, und das hat kein geringerer als der Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Bürgermeister Georg Kerschbaumer unterschrieben seine Einladung für den 11. Feber, wo er auffordert, daß sich alle Bürgermeister Kärntens unbedingt diesen Termin freihalten sollten. Da schreibt er folgendes: "Trotz vieler Warnungen unserer Interessensvertretung kam es in letzter Zeit zu exorbitanten Belastungen für die Gemeinden. Die budgetäre Situation ist dadurch äußerst problematisch geworden. Es muß wieder eine konstruktive und zukunftsorientierte Arbeit auf kommunaler Ebene möglich sein." Das schreibt der Präsident des Kärntner Gemeindebundes und Sie sagen, das ist alles leeres Theater, die Bevölkerung würde von uns Freiheitlichen verunsichert.

Ich habe mir gedacht, mein Kollege aus dem Oberland, der ÖVP-Obmann und Abgeordnete Ramsbacher wird sich zu Wort melden. *(Abg. Ramsbacher: Wart ein bisserr!)* Gerade seine Bürgermeister sind es, die an uns herangetreten sind und mit erhobenen Händen gebeten haben, im Lande Kärnten tätig zu werden, um zu verhindern, daß viele der kleinen und mittleren Gemeinden, besonders des Oberlandes, in die Armutzone rutschen und zu Zuschußgemeinden werden. Ich kann nur das bestätigen, was unser Klubobmann schon kürzlich am Rednerpult gesagt hat, als wir gewarnt haben in einer Pressekonferenz, wo er mit Bürgermeister Stangl und mir im Sommer des vergangenen Jahres behauptet hat, daß es im kommenden Jahr über 50 Zuschußgemeinden in Kärnten geben wird, waren

Sie es, Herr Klubobmann Dr. Ambrozy, der das als lächerlich abgetan hat. Und heute tun Sie diese Sondersitzung als lächerlich ab. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das stimmt gar nicht, das ist die Unwahrheit! Beweisen Sie das!)* Sie haben in einer Pressemeldung in der KTZ gesagt, daß das jeder Wahrheit entbehrt und daß wir nur Panikmacher sind und leeres Theater, so wie jetzt. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das war es ja auch!)* Jetzt ist es so weit und wir wollen konkrete Maßnahmen gesetzt haben, deshalb dieser Dringlichkeitsantrag, wo konkrete Maßnahmen vorgegeben werden und zusätzlich ein Antrag, über den im Ausschuß beraten werden sollte, daß man dieses alte Relikt aus der Nachkriegszeit, daß die Gemeinden eine Landesumlage auch noch zahlen müssen, endlich abgeschafft werden sollte. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächstem erteile ich, ... (Der Vorsitzende kann den Namen des nächsten Redners nicht entziffern. - 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Soll ich Dir helfen?) Bitte. *(3. Präs. Dkfm. Scheucher: Abgeordneter Pistotnig!)* Danke, Abgeordneter Pistotnig, ich erteile Ihnen das Wort. *(Abg. Dr. Wutte: Das Schreiben und das Lesen ist nie mein Fach gewesen!)*

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte bei diesem Dringlichkeitsantrag speziell zum 2. Stellung nehmen, bei dem es um die Stärkung bevölkerungsschwacher Gemeinden und die Aufhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels geht. Ich gebe dabei Herrn Kollegen Dr. Ambrozy vollkommen recht, wenn er gesagt hat, wir haben hier die Aufgabe, das beste und alles herauszuholen, es ist bereits alles oder vieles beantragt, das stimmt. Ich darf zitieren aus der 31. Sitzung des Kärntner Landtages vom 23. Mai 1991, bei dem es um das gleiche Thema gegangen ist. Damals hat Herr Wurmitzer gesagt, es ist auch um die Bedarfszuweisungen bzw. Pro-Kopf-Quoten: Bei der Volkszählung findet immer wieder eine Kopffjagd statt, weil jeder einzelne Bewohner

Pistotnig

pro Jahr einer Gemeinde, in der er wohnt, je nachdem, ob die Gemeinde groß oder klein ist, zwischen 3.000 und 1.500 Schilling wert ist. Das ist das Gefälle zwischen Wien und den einzelnen Ländern. Man hat auch damals bereits erkannt, daß das nicht mehr vertretbar ist, weil die Aufgaben im ländlichen Raum derart gewaltig angestiegen sind und es immer schwieriger wird, sie zu finanzieren. Auch bei dieser Sitzung hat man festgestellt, daß diese Pro-Kopf-Quote von 15.000 auf 305 Schilling, ein Relikt aus den Nachkriegsjahren ist, wo selbstverständlich damals die zerbombten Großstädte usw. das Geld gebraucht haben. Nur heute, meine Damen und Herren, brauchen wir das draußen in den Gemeinden.

Ich zitiere, wiederum aus der Sitzung: "Wir sind als Gemeinden dafür, daß die Landesumlage abgeschafft wird - allerdings unter der Voraussetzung, daß dieser Einnahmefall durch den Bund ausgeglichen wird. Das sind 8,3 % der Ertragsanteile von den Gemeinden, die als Landesertragsumlage abzuliefern sind. Auch diese Landesumlage ist heute nicht mehr zeitgemäß. Es ist ein Unding, daß das Land den ohnehin finanzschwachen Gemeinden auf einem Umweg das Geld wieder wegnimmt." Sie können, meine Kollegen von der ÖVP-Fraktion, ruhig lachen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Keiner hat gelacht!*) Das ist ein Zitat von Ihrem Herrn Wurmitzer, der das gesagt hat, und nicht von uns. Aber er hat das damals schon erkannt, und ich gebe ihm auch recht. Ich gebe auch dem Herrn Abgeordneter Hofer recht, (*Abg. Dr. Hofer: Was denn?*) wenn er sagt, die Ansätze sind ja vorhanden, nur die Beschlüsse fehlen. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß bei Finanzausgleichsverhandlungen den Gemeinden die Ertragsanteile für die EU-Beiträge gleich abgezogen werden sollen. Damit verringert sich der Spielraum der Gemeinden ungemein. Oder weiß der Herr Landeshauptmann bereits, womit die Gemeinden diese vielen Millionen finanzieren sollen? Darum geht es bei diesem Dringlichkeitsantrag, weil jeder einzelne, der in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, daß in den Sozial- und Krankenhausabgaben in den letzten zwei Jahren die Kosten um 130 % gestiegen sind und das heute für kleine Gemeinden Millionenbeträge sind, die es gilt, aufzubringen, damit nicht Gemeinden, die bis heute brav gewirtschaftet haben und

schuldenfrei oder annähernd schuldenfrei waren, durch diese Politik und durch diese fehlenden Gelder in Schulden stürzen und dann nicht mehr aktionsfähig sind. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Damit wird der Antrag dem zuständigen Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik zugewiesen.

Wir kommen zum zweiten Dringlichkeitsantrag. Ich bitte den Schriftführer um die Verlesung!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

2. Ldtgs.Zl. 237-1/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die Anerkennung Kärntner Gemeinden als Ziel-2-Gebiet mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Bund und der Europäischen Union sicherzustellen, daß die vor dem EU-Beitritt beantragten Kärntner Gemeinden für die Aufnahme in das sogenannte Ziel-2-Gebiet auch tatsächlich als Ziel-2-Gebiet anerkannt werden.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als erster hat sich zur Begründung der Dringlichkeit Herr Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich hoffe, daß dieser Dringlichkeitsantrag nicht ebenso schubladisiert wird wie der vorhergehende, denn ich meine, daß dieser Dringlichkeitsantrag wirklich ein Dringlichkeitsantrag ist. Denn wir wissen erst seit ein paar ... (*Heiterkeit und Lärm im Hause. - Abg. Kollmann: Aha! Aha! - 3. Präs. Dkfm. Scheucher: Jetzt hast Du dich verredet!*) Nein, lassen Sie mich ausreden! (*Weiterhin Heiterkeit im Hause*) Lassen Sie mich doch ausreden! Ich wollte nur für Ihre schwachen Gedächtnisse noch einmal nachdrücklich sagen, daß wir erst vor einigen Tagen zur Kenntnis nehmen mußten, sehr geehrter Präsident Scheucher, daß unsere Forderungen nach einem Ziel-2-Gebiet für Kärnten sich schmähhlich als Luftblasen aufgelöst haben und abgeschmettert wurden. Das, meine ich, ist wirklich ein wesentlicher Grund, um sich auch hier mit diesem Dringlichkeitsantrag auseinander zu setzen. Denn eines wissen wir, meine Damen und Herren: Nach der EU-Euphorie, die besonders in Kärnten durch ein hohes Abstimmungsergebnis zum Ausdruck gebracht wurde, kommt nun eigentlich die Stunde der Wahrheit. Wir sind nicht enttäuscht über das Abstimmungsergebnis, sondern nehmen diesen Volksentscheid sehr, sehr ernst. Das ist unsere Position. Denn Sie haben uns nach diesem 12. Juni nie lamentieren gehört, sondern die Realitäten wurden von uns eigentlich zur Kenntnis genommen. Wir sind dabei, uns für dieses Land optimal einzusetzen. Nachdem wir bereits vor einem Jahr zur Kenntnis nehmen mußten, daß in der nationalen Regionalförderungskulisse viele, viele Gebiete gestrichen wurden, das heißt also, daß in jenen Gebieten, wo wir kein solches Gebiet anerkannt bekommen haben, Mindestförderungssätze anerkannt werden müssen, sind wir nach dieser Enttäuschung natürlich umso enttäuschter, wenn das Ziel-2-Gebiet im Raume Arnoldstein-Bleiberg nun ebenfalls abgeschmettert wurde. Denn wir haben viel investiert, von der Kärntner Landespolitik, auch von den Fachbeamten, um diesem Wunsch zum Durchbruch zu verhelfen. Es war gut vorbereitet, nur möchte ich eines sagen: Fachlich war vieles gut vorbereitet - politisch haben Sie in den Verhandlungen aber ver-

sagt. Ich erinnere mich noch sehr genau, als der Landeshauptmann gesagt hat: "Das Match wird in Wien entschieden." Das hat er gesagt. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das stimmt ja auch!*) Na gut, das ist richtig. Verloren haben aber wir dieses Match! Schmähhlich verloren! Wir waren unfähig, unseren Kärntner Interessen in Wien zum Durchbruch zu verhelfen. (*Abg. Koncilia: Der Prohaska war nicht dabei!*) In diesem Polit-Schacher, meine Damen und Herren, um die Ziel-2-Gebiete haben sich Zernatto und Ausserwinkler als Leichtgewichte erwiesen. Die Frau Staatssekretärin Ederer - ich möchte nicht das körperliche Gewicht hier angesprochen haben, Herr Landeshauptmann - hat ihren Heimatbezirk Gmünd in ein Ziel-2-Gebiet gebracht. Der Herr Purtscher, nachdem er mit allen Maßnahmen gegen die EU gedroht hat, hat den Raum Götzis in ein Ziel-2-Gebiet gebracht, wozu ich sagen muß: Dieser ist ja wirtschaftlich wesentlich besser als unser Raum Arnoldstein. (*Abg. Koncilia: Das ist die Miesmache, die ihr macht!*) Der Herr Landeshauptmann Ratzenböck hat das Gebiet Steyr in das Ziel-2-Gebiet gebracht. Der Herr Landeshauptmann Krainer hat die ganze Obersteiermark in das Ziel-2-Gebiet hineingebracht. Der Herr Landeshauptmann Pröll hat Westniederösterreich in das Ziel-2-Gebiet hineingebracht. Meine Damen und Herren! Hier ist es sicherlich auch um Fachkriterien gegangen. Aber wenn es heißt, daß nur Ziel-2-Gebiet werden kann, dessen Arbeitslosenrate höher als 10,3 % ist, dann glaube ich, daß wir ein Recht haben, daß dieses Gebiet um Arnoldstein zu einem Ziel-2-Gebiet erklärt werden muß.

Ich möchte hier der Dringlichkeit Nachdruck verleihen und den Herrn Landeshauptmann ersuchen, eine Schadensbegrenzung zu machen. Das geht nun auf Kosten unserer Steuergelder. Wenn wir nicht in ein Ziel-2-Gebiet kommen, dann müssen diese Förderungen aus unserer Landes- und Bundeskasse bezahlt werden. Ich hoffe, daß wenigstens dann die Zusage des Herrn Landeshauptmannes eintreffen wird, der gesagt hat: "Alle Co-Finanzierungen und sonstigen Finanzierungen im Zusammenhang mit der EU werden wir zusätzlich im Landesbudget dotieren und nicht aus der Wirtschaftsförderung nehmen."

Dipl.-Ing. Freunschlag

Ich bitte die beiden anderen Fraktionen, diesem Dringlichkeitsantrag, der, ich wiederhole es, aktuell ist, zuzustimmen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Dringlichkeit ist als nächster Herr Abgeordneter Sablatnig zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir von der Österreichischen Volkspartei im Landtag und die Sozialdemokratische Fraktion haben schon gewußt, warum wir dem ersten Antrag der FPÖ nicht zugestimmt haben - wenn selbst die FPÖ diesen Antrag nachher durch ihren Redner in Frage stellt.

Ich bedauere, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Regierungsmitglieder sich zu dieser Thematik in Form von Dringlichkeitsanträgen nicht zu Wort melden können, (*Abg. Dr. Strutz: Anerkennen Sie die Dringlichkeit!*) und ich bedauere, daß die FPÖ diesen Weg gewählt hat, weil dadurch die Regierungsmitglieder zu dieser Thematik das Wort nicht ergreifen können. (*Abg. Dr. Strutz: Das ist euer Problem!*) Ich meine aber (*Abg. Dr. Strutz: Lernen Sie die Geschäftsordnung!*) - das ist ein guter Rat -, daß dieser Weg sicher nicht der richtige war, den ihr gewählt habt. Ich glaube aber, wenn die freiheitlichen Abgeordneten zum Rednerpult gehen, werden die Argumente nicht besser. Sie wollen damit kaschieren, daß Sie im Juni 1994 bei der EU-Abstimmung eine Niederlage einstecken mußten. 68 % der Kärntner Bevölkerung haben nämlich für den Beitritt zur Europäischen Union gestimmt und haben dadurch ihre Weltoffenheit kundgetan, die ich bei einigen eurer Kollegen vermissen. (*Zwischenruf der Abg. Steinkellner. - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Am Wort zur Dringlichkeit ist der Herr Abgeordnete Sablatnig!*)

Ich meine, daß es zwei Geschwindigkeiten bei der FPÖ gibt: Die eine Geschwindigkeit der

Presseaussendung und der Pressekonferenz und die zweite Geschwindigkeit bei der Umsetzung. Bei der Umsetzung seid ihr nämlich ganz selten mit Mut und mit Kraft dabei. Ich habe hier eine Unterlage, die für mich ganz interessant ist. Es hat am 10. Jänner dieses Jahres eine Konferenz im Spiegelsaal des Amtes der Landesregierung stattgefunden. Dort haben die freiheitlichen Abgeordneten nicht nur ihre Hausaufgabe nicht gemacht; sie haben die Schule geschwänzt. Das ist für meine Begriffe kein gutes Zeichen, wenn man sich über die EU-Förderungsmaßnahmen informieren könnte. Herr Dr. Strutz, als Klubobmann, ist gar nicht erschienen. Herr Dipl.-Ing. Freunschlag ist dann, als es interessant wurde, weggegangen. Ich glaube, daß diese Dinge hier gesagt gehören und meine, daß es nicht um die Show im Kärntner Landtag geht, sondern um die Umsetzung der ganz konkreten Fragen. Ich möchte betonen, daß es sofort nach dem positiven Ausgang der Volksabstimmung über den EU-Beitritt im Land Kärnten eine Arbeitsgruppe gegeben hat, die bei der Raumplanungsabteilung angesiedelt ist, die in 7 Arbeitskreisen und in 30 Arbeitsgruppen die Vorbereitungen für die EU-Förderungen vorgenommen hat. Ich war bei vielen Veranstaltungen dabei, muß aber mit Bedauern sagen, daß ich nur bei einer einzigen einen freiheitlichen Kollegen getroffen habe; sonst hat diese Thematik die Kollegen der FPÖ-Fraktion nicht interessiert. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) Und heute wollen Sie darüber diskutieren und heute wollten Sie Aufklärung haben?! Hätten Sie im Arbeitskreis mitgewirkt, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, Ihre Ideen dort einzubringen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kärntner Landesregierung hat diese EU-Förderungen gut vorbereitet. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) Das hat dazu geführt, daß die Vertreter der Bundesregierung, als sie im Jänner dieses Jahres in Kärnten waren, in der Pressekonferenz erklärt haben, daß das Bundesland Kärnten die EU-Förderungsmaßnahmen am besten von allen Bundesländern vorbereitet hat. Das wollt ihr offensichtlich nicht hören. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ihr wollt ja nur diese Dinge hören, die in Kärnten Unmut hervorrufen und die in Kärnten Wirbel machen. Wir wollen aber

Sablatnig

Maßnahmen setzen, die der Kärntner Bevölkerung dienen. (*Einzelbeifall aus der ÖVP-Fraktion*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte noch die Karte zeigen. (*Der Redner hält die farbige Österreich-Karte mit den ausgewiesenen EU-Ziel-Gebieten hoch.*) Wenn jemand in Verhandlungen geht und 95 % seiner Verhandlungsziele, wie Österreich, bei der EU durchsetzt, dann möchte ich euch fragen, mit wieviel Prozent ihr eure Vorstellungen bisher durchgesetzt habt. Politik ist auch eine Sache von Kompromissen und eine Sache von Verhandlungen. Wenn man 95 % der Ziele durchsetzt, dann glaube ich, daß es eine gute Arbeit war.

Hinsichtlich des Ziel-2-Gebietes Arnoldstein: Ihr wollt unbedingt herbeireden, daß diese Region eine Krisenregion ist. Aufgrund von Indikatoren wurde festgestellt, daß diese Region nicht zu den Krisengebieten Österreichs zählt. (*Abg. Dr. Strutz: Das sagen wir dort den Leuten! - Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag: Für was haben wir dann dafür gekämpft?! - Lärm im Hause.*) Seien wir glücklich, daß es über bisherige Förderungsmaßnahmen möglich war, die Einkommen der Menschen in diesen Regionen abzusichern! Es gibt jetzt auch die Zusage, sowohl vom Herrn Landeshauptmann als auch vom zuständigen Referenten, Landesrat Haller, daß diese sieben Gemeinden in das nationale Förderungsgebiet einbezogen werden. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Vorerst habe ich eine Bitte an die FPÖ: nämlich daß sie uns zukünftig mitteilt, welche ihrer Dringlichkeitsanträge "wirklich dringlich" sind. Denn dann fällt uns die Beurteilung leichter. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Diesen Antrag, der als Dringlichkeitsantrag eingebracht ist, halte ich für einen "nicht wirklichen Dringlichkeitsantrag", um in der Diktion des Kollegen Freunschlag zu sprechen, (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das war eine reine Gedächtnisstütze!*) sondern das ist letztlich wiederum ein Antrag, der den Ereignissen nachhoppelt. Denn mittlerweile haben wir gerade in der Frage der Zielgebiets-Kulisse längst die richtigen Schritte eingeleitet, um auf die neue Situation zu reagieren. Ich muß schon betonen: Ich erinnere mich sehr gut, als wir in der Regierung über die Zielgebiets-Kulisse diskutiert haben.

Damals war der jetzige Präsident des Landtages zuständiger Referent für Planungsfragen und auch für die Raumordnung im Lande. Damals haben wir gemeinsam gesagt, es muß unser Ziel sein, eine maximale Kulisse zu beschließen, damit wir das Optimum erreichen. Das hat für die regionale Förderungskulisse genauso gegolten wie für die Zielgebiete, um die es jetzt geht. Wissend, daß nicht alle Kriterien für ein Ziel-2-Gebiet erfüllt sind, haben wir damals gemeinsam gesagt, daß wir trachten müssen, den Raum Arnoldstein - Unteres Gailtal in die Ziel-2-Gebietskulisse hineinzubekommen, weil das die Chance gibt, grenzübergreifend industriell etwas zustande zu bringen. Wir wußten aber damals, daß das äußerst riskant ist und daß wir damit durchaus Schiffbruch erleiden können. Damals haben auch die freiheitlichen Regierungsmitglieder gemeint, jawohl, wir müssen die Maximalforderung stellen, damit wir unter Umständen das Optimum zustande bringen.

Jetzt, meine Damen und Herren, meine ich, sind die Freiheitlichen wirklich ertappt worden: Denn das ist ihre Politik, zuerst das Maximum zu fordern und wenn wir dann das Optimum erreichen, zu sagen, ihr habt versagt, ihr habt nichts zustande gebracht. (*Zwischenruf des Abg. Schwager.*) So einfach kann das nicht gehen!

Ich möchte heute hier konstatieren und feststellen und vor allen Dingen auch den Referenten, die dafür zuständig sind, herzlich danken, daß es gelungen ist, für Kärnten ein wirklich gutes Ergebnis zustande zu bringen, was die Zielgebietskulisse betrifft, denn immerhin mit Ausnahme der Gemeinden, die hier angesprochen worden sind, und der zwei

Dr. Ambrozy

Zentralräume wird das gesamte Bundesland Kärnten Ziel-5-B-Gebiet und wir werden sicher auch noch erreichen, daß von den sieben Gemeinden der größere Teil ebenfalls als Ziel-5-B-Gebiet anerkannt werden wird. Das sollte man anerkennen.

Noch eines möchte ich hier zumindest für mich formulieren: Wir haben ein wirkliches Ziel, das sollten wir zu erreichen versuchen, nämlich daß im Zuge einer entsprechenden wirtschaftlichen Entwicklung Kärnten insgesamt, so wie es der Kollege Sablatnig hier mit der Karte dargestellt hat, zu einem gesamtweißen Fleck wird, nämlich daß wir eine so prosperierende Wirtschaftsentwicklung haben, daß dieses Land nicht mehr förderungsbedürftig ist, sondern aus eigenem die Dinge zustande bringt. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine ich, daß dieser Dringlichkeitsantrag ein Nachhoppeln hinter den Dingen ist, die längst geschehen sind. Wir haben am 10. in der Regierungsklausur miterlebt, wie gut vorbereitet die Regierung an die Dinge herangeht. Ich möchte das wiederholen, was der Kollege Sablatnig gesagt hat, und auch hier den Dank dem Kollegen Haller aussprechen, nämlich daß wir uns vorbildhaft für Österreich auf diese Dinge vorbereitet haben. Nehmen wir doch so einen Anlaß einmal auch tatsächlich heran, um zu sagen: Wir in Kärnten bringen etwas zustande. Machen wir nicht immer alles mies, sondern gehen wir mit etwas Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein an die Dinge heran, bauend auf das eigene Leistungsvermögen, damit die Menschen in diesem Lande auch an sich glauben können und nicht immer nur herabgewürdigt werden.

Letztlich möchte ich auch der Regierung dafür danken, daß sie rasch mit einem entsprechenden Antrag reagiert hat, der nunmehr an die Bundesregierung geht. Ich habe auch meinen gestrigen Aufenthalt in Ampfelwang zum Anlaß genommen, um entsprechend mit der Frau Staatssekretärin Ederer die Dinge auf die richtige Bahn zu setzen.

Die SPÖ wird diesem Dringlichkeitsantrag, nachdem er kein wirklicher Dringlichkeitsantrag ist, die Zustimmung nicht geben, *(2. Präs. Dipl.-*

Ing. Freunschlag: Das hast aber Du gesagt!) aber wir können in den Ausschüssen sehr intensiv darüber reden, weil dann werden Sie sehen, daß wir auf die Dinge besser vorbereitet sind, als es Ihrem Informationsfluß entspricht. Nachdem mir früher der Kollege Pistotnig die Informationskanäle der FPÖ gesagt hat, wundert mich das nicht, denn sie gehen offensichtlich nur nach dem, was die Spatzen von den Dächern pfeifen. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir eingangs eine Bemerkung zu der Aussage von Herrn Abgeordneten Sablatnig, der gemeint hat, daß die Freiheitliche Partei mit zwei Geschwindigkeiten in der Politik arbeitet. Ich bin froh, einer Partei angehören zu dürfen, die zwei Vorwärtsgänge hat, und nicht einer Partei angehören zu müssen, die nur einen Rückwärtsgang hat. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lebhaftes Zwischenrufe von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.)*

Am 12. Juni 1994 gab es eine EU-Abstimmung und es hat geheißen, die Freiheitliche Partei sei als Verlierer daraus hervorgegangen. Ich glaube nicht, daß das der Fall war. *(Zwischenrufe der Abg. Mag. Trunk und Kollmann.)* Meine Damen und Herren, Österreich hat sich klar zu einem Beitritt in die EU bekannt, dabei hat Kärnten das dritthöchste Ergebnis. Ich glaube, daß dieses Ergebnis auch an die vielen Versprechungen geknüpft war, die die Regierung mit vielen Millionen Werbung in den Raum gesetzt hat. Es gibt in der Bevölkerung und in den Gemeinden draußen eine hohe Erwartungshaltung. Wir als Freiheitliche haben uns aufgerufen, auch bei der Einhaltung dieser Versprechen als Warner dazustehen und die Regierungsparteien aufzufordern, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene diese Versprechungen einzulösen.

Die Erwartungen der Region Arnoldstein - Unteres Gailtal - Bleiberg waren sehr hoch, deshalb auch dort ein überdurchschnittliches Ergebnis bei der Abstimmung in der Frage, ja oder nein EU. Ich glaube, als bei der Beschlußfassung in der Kärntner Landesregierung, daß gerade diese sieben Gemeinden zu einem Ziel-2-Gebiet er-

Mitterer

nannt werden sollten, zu einem Industriegebiet mit rückläufiger Entwicklung - und das wird wohl niemand abstreiten, daß es leider Gottes dort zur Zeit so ist -, da haben sich die Landesregierungsmitglieder dabei etwas gedacht. Nun ist leider Gottes von dem nichts mehr wahr und wir haben auf Bundesebene wieder einmal verloren. Nur fünf von diesen sieben Gemeinden sind übrigens in den nationalen regionalen Förderungskulissen enthalten und werden dann darüber hinaus überhaupt nur bis zu 15 % Förderungsmittel aus Land und Bund erhalten können. Diese Ablehnung schafft Betroffenheit in der Region und bei den Bürgermeistern. Dort wird es nichts nützen, wenn man bei dem Bürgermeister auftaucht und sagt, 95 % haben wir erreicht, wenn er bei diesen Prozenten dabei ist, die nicht erreicht wurden.

Es geht um Schadensbegrenzungen und ich glaube, daß wir als Kärntner Landtag aufgefordert sind, dem Landeshauptmann als Verhandler draußen den Rücken zu stärken. Wenn er nach einer Reise, als er von Brüssel zurückgekommen ist, gemeint hat, daß das Match nur in Wien zu gewinnen ist, dann soll er eben nicht Tennis spielen, wo er nur allein antritt, sondern dann soll er sich auf eine Mannschaft stützen. Dieser Kärntner Landtag könnte eine Mannschaft sein, der dem Landeshauptmann in der Frage der EU-Integration Österreichs und vor allem dieser Kärntner Region den Rücken stärkt. *(Zwischenrufe des Abg. Sablatnig.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fordere Sie daher auf, werden Sie mit zu Matchteilnehmern, zu Sportlern, und helfen Sie unserem Landeshauptmann in Wien, diese Interessen im Sinne Kärntens und dieser schwergeprüften Region Arnoldstein - Bleiberg zu vertreten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter Pistotnig (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, bevor ich auf die Sache eingehe, eine Bemerkung: Wenn ich hier zur Kenntnis nehmen muß, daß verschiedene Kollegen sagen, wir sind so gut, die Besten von Österreich, weil wir das Beste erreicht haben, obwohl wir nicht ein einziges Gebiet als Ziel-2-Gebiet durchgebracht haben,

obwohl wir uns darum bemüht haben, und wenn ich höre, daß wir nicht ein einziges Krisengebiet und alles wirtschaftlich hochstehende Gemeinden in Kärnten haben, dann muß ich mich fragen, ob ich mich oft einmal auf der falschen Hochzeit befinde, weil das darf doch bitte nicht wahr sein. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das kann bei Dir schon passieren! - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Zur Ziel-2-Gebietanerkennung muß ich dem Herrn Sablatnig sagen, daß vor mehr als einen halben Jahr eine Anfrage an den Landesrat Haller war. Wir haben uns also sehr wohl darum gekümmert. Ich muß jetzt auch einmal fragen: Bitte, was kommt dabei heraus? Man hat damals, um diese sieben Gemeinden in das Ziel-2-Gebiet zu bringen, sehr lieblos 11 oder 12 weitere Gemeinden aus dieser regionalen Förderungskulisse entfernt. Dazu gehört auch Liebenfels, das man im gleichen Atemzug mit Bad Kleinkirchheim, Ossiach und Steindorf als Fremdenverkehrsgemeinde hingestellt hat. Wenn man weiß, daß Liebenfels 12.000 Nächtigungen hat, dann kann das wohl, Herr Landeshauptmann, nicht der Fall sein. Ich nehme an, daß die Gemeinde Liebenfels von diesen Herren auch nie gefragt wurde, wie es dort funktionieren kann. *(LH Dr. Zernatto: Daß Liebenfels in der Förderungskulisse drinnen ist, wissen Sie schon!)* Was ist passiert? Bei diesem ganzen Theater sind diese sieben Gemeinden aus dem Zielgebiet 5 B herausen - ins Ziel-2-Gebiet sind sie nicht gekommen -, dafür ist Liebenfels im Zielgebiet 5 B, aber aus der regionalen Förderungskulisse heraus. Das heißt in jedem Fall 50 % der Förderungsmöglichkeit von St. Veit oder von den anderen Gemeinden und 15 % der Förderungsmöglichkeiten sind für so manche Gemeinde lebensnotwendig. Wenn man dann weiß, daß in der Raumordnungsplanung genau diese Gemeinde als der ideale Standpunkt für Industrieansiedlung und für Gewerbebetriebe genannt ist, dann frage ich mich wirklich, weiß die linke Hand noch, was die rechte tut.

Es hat einmal jemand gesagt, in der EU ist das nicht so, daß die Starken die Schwächeren besiegen werden, sondern daß die Schnelleren die Langsameren fressen. Ich glaube das. *(Abt. Sablatnig: Das hat der Präsident Sallinger dir eingesagt!)* Wenn ich heute weiß, daß Nieder-

Pistotnig

österreich bei dieser Förderungskulisse mehr erreicht hat, als es überhaupt gewollt hat, und wenn man heute weiß, daß Kärnten dabei sehr schlecht abgeschnitten hat, dann muß man darauf hinweisen, daß es in unserem Dringlichkeitsantrag heißt, die Landesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit dem Bund und der Europäischen Union sicherzustellen. Ich sage hier auf diesem Platz, daß wir eben die Langsamten sind.

Ich glaube dem Artikel, der heute in der "Kleinen Zeitung" abgedruckt ist, in dem es heißt: "Während andere Bundesländer, z. B. auch die Steiermark, in der EU-Metropole bereits sehr aktiv sind, habe Kärnten weder ein Büro noch einen Botschafter noch eine Anlaufstelle vor Ort. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Ambrozy und Mag. Trunk.*) Landeshauptmann Zernatto agiere damit sehr oberflächlich und schon fast fahrlässig." (*Abg. Mag. Trunk: Ein Botschafter allein macht es auch nicht!*)

Ich ersuche Sie, diesem Antrag, weil er wirklich die Dringlichkeit rechtfertigt, auch stattzugeben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Vor vier Jahren wurde das Beitrittsgesuch in Brüssel abgegeben. (*Abg. Ing. Rohr: Das ist schon länger her!*) Es stimmt, die Vorarbeiten zum Ziel-5-B-Gebiet, aber auch für die Nationalparkförderung sind vorbildlich und man darf dem Referenten dafür alle Anerkennung aussprechen. Nur eines, bei Interreg orte ich Handlungsbedarf, denn man ist zu spät dran. (*Abg. Dr. Ambrozy: Da warst du am 14. auch nicht in der Regierung!*) Nein, denn es hätte vor vier Jahren oder noch früher mit den Vorarbeiten begonnen werden sollen. Interreg ist ein grenzüberschreitendes Programm, das alle Jahre läuft, wie ich informiert bin. Dann gibt es noch ein Interreg 2. Es ist im Juli in der Landesregierung gelegen, im Oktober wurde der EU-Ausschuß damit befaßt und Ende November Anfang Dezember sollten die Gemeinden ein grenzüberschreitendes Projekt einreichen. Wie das geht, müssen Sie mir erklären. Ein Jahr Vorbereitungszeit, um so ein Projekt durchzuziehen und perfekt vorzulegen, ist ein Mindestmaß, weil man ja eine Partnergemeinde oder Partner

im anderen Staatsbereich braucht. Wahrscheinlich haben viele Mandatäre und Gewerbetreibende gar keine Ahnung, was Interreg ist. Was ist Alterna, was ist Eurokrist, was ist Austrom, was ist Fair Leader-Landschaftspflegeprogramm? Das alles wurde bescheiden angegangen, ich hoffe, es wird fertig. Wenn das alles früher getan worden wäre, würden wir wahrscheinlich schon heuer oder nächstes Jahr die Gelder lukrieren. So wird sehr viel an Vorarbeitszeit draufgehen und noch sehr viel Aufklärungsbedarf für jene notwendig sein, die in der Lage wären, zielungebundene Projekte umzusetzen und dafür um Förderungen anzusuchen.

Daher sage ich, die Dringlichkeit ist zu diesem Antrag sehr wohl gegeben, denn sonst werden aus den Gemeinden, den Nettozahlern, Netto draufzahler. Verstehen Sie diesen Dringlichkeitsantrag nicht als Kritik, sondern als Unterstützung jener, die für Kärnten in Wein und in Brüssel die Verhandlungen leiten, als Unterstützung des Referenten, Aufklärungsmaßnahmen noch einmal durchzuziehen, damit die Betroffenen, welche für Projekte in Frage kommen, auch richtig und schnell reagieren. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Als Unterstützung des Referenten Aufklärungsmaßnahmen noch einmal durchzuziehen, damit die Betroffenen, welche für Projekte einreichen können, auch richtig reagieren und schnell reagieren. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wenn man bedenkt, daß jede Kärntnerin und jeder Kärntner vom Säugling bis zur Großmama ungefähr 2.500 Schilling für den EU-Beitritt zu zahlen haben wird, dann ist die heute geführte Diskussion schon einigermaßen interessant. Ich treffe in letzter Zeit Menschen, die auf der einen Seite froh sind, daß sie am 12. Juni mit Nein gestimmt haben, weil sie dazu sagen, daß für sie die Entwicklung voraussehbar war. Ich treffe, um Ihnen Herr Dr. Ambrozy die Spatzen zu ersparen, auch sehr viele Menschen, die mit Ja gestimmt haben, die das jetzt zugeben und sagen, wenn sie heute noch einmal abstimmen dürften, sie würden das

Dipl.-Ing. Gallo

nicht mehr tun. (*Zwischenruf Abg. Dr. Ambrozy.*) Sie sind enttäuscht. Ihr Parteivorsitzender hat immer noch die Träumerei der olympischen Winterspiele als offensichtlicher Ersatz für diese Gemeinden, die hier durch den Rost gefallen sind. (*Zwischenruf Abg. Mag. Trunk.*) Jedes kleine Kind weiß bereits, daß diese Bewerbung zu einem Bauchfleck führen wird. Es wird nicht dazu kommen. (*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Herr Abgeordneter Gallo, derzeit behandeln wir den Dringlichkeitsantrag "Anerkennung der Kärntner Gemeinden als Ziel 2-Gebiet". Bitte reden Sie zur Dringlichkeit! Ich bitte Sie darum.*) Selbstverständlich. Es ist auch ein großer Irrtum, zu glauben, daß Medienkonzerne sich mit Geld hier einstellen werden. Die Frau Staatssekretärin Ederer hat im Überschwang ihrer Gefühle gemeint, über Österreich oder Halbösterreich wird sich ein Füllhorn an EU-Förderungen ergießen und von einem Punktesieg Österreichs in Brüssel gesprochen. Offensichtlich ist sie vom Wandern noch etwas müde, wenn sie ihren Heimatbezirk Gmünd mit Halbösterreich verwechselt. (*Abg. Mag. Trunk: Die Frau Ederer ist frisch und munter!*) Denn die traurige Tatsache ist, daß für diese 7 Kärntner Gemeinden es eine lupenreine Bruchlandung gegeben hat. Die Verantwortlichen hier in Kärnten haben sicherlich maximal Stückwerk betrieben. Kärnten schaut durch die Finger und die EU zeigt uns, was das Ziel 2-Gebiet für Kärnten betrifft, die kalte Schulter. Und, um beim sportlichen zu bleiben, auch ein Match, das in Wien ausgetragen worden ist, wurde verloren. Ich verweise hier auf das Burgenland, das bei uns oft gelästert wird, aber auch hier, was die EU-Förderungen betrifft, uns überholt hat. (*Abg. Dr. Großmann: Was Du für einen Schmarren redest!*) Herr Dr. Großmann, Sie können sich selbst zu Wort melden. Ich verzichte auf Ihre Einwürfe.

Es ist eine sehr ernste Situation. Denn als Abgeordneter des Bezirkes Villach Land muß ich Ihnen sagen, daß rund die Hälfte der Gemeinden des Bezirkes Villach Land jetzt schon ihr Budget nicht mehr ausgeglichen erstellen kann. Von diesen 7 Gemeinden, die hier als Ziel 2-Gebiet vorgesehen waren, ist eine entsprechende Anzahl darunter. Ich schließe daher mit dem dringenden Appell an Sie alle, der Dringlichkeit

unseres Antrages zuzustimmen und auch dem Antrag zuzustimmen, denn es geht darum, 5 Minuten nach 12 doch noch zu versuchen, etwas zu retten, was ansonsten für unser Heimatland unwiderbringlich verloren wäre. Nicht wir hoppeln hinter der Entwicklung nach, sondern Sie meine Damen und Herren von SPÖ und ÖVP tun das, wenn Sie diesem Antrag die Zustimmung verweigern. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Umweltpolitik und Gemeindepolitik zu. Bitte den Schriftführer um Verlesung des 3. Dringlichkeitsantrages.

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

3. Ldtgs.Zl. 177-23/27:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zum beschlossenen Landesvoranschlag für das Jahr 1995 vorzulegen, welcher die für Kärnten anteiligen Kosten des EU-Beitrittes beinhaltet.

Der Antrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich darf zur Begründung der Dringlichkeit dem Herrn Klubobmann Dr. Strutz das Wort erteilen.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Vertreter von SPÖ und ÖVP haben in ihren Wortmeldungen immer wieder versucht, den 12. Juni 1994, die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union als Niederlage der Freiheitlichen Partei hier darzustellen. Wenn es tatsächlich eine Niederlage am 12. Juni gewesen ist, dann hat es sich zu einem fulminanten Erfolg am 9. Oktober 1994 umgewandelt. In Wirklichkeit war es keine Abstimmung über eine Partei, sondern es war eine Befragung der österreichischen Bevölkerung, ob wir den Europäischen Gemeinschaften beitreten sollen, Ja oder Nein. Das österreichische Volk hat sich in einer überwältigenden Mehrheit dafür ausgesprochen und das ist auch zu akzeptieren. Es sind, und das wurde hier auch mehrmals betont, in der Bevölkerung Versprechen abgegeben, worauf unsere Fraktion Wert legt, daß die vor der Volksabstimmung getätigten Zusagen auch tatsächlich eingehalten werden. Dies betrifft aber vor allem die finanzielle Lage der Landesbudgets und ich komme zur Dringlichkeit dieses Antrages und zur Begründung der Dringlichkeit.

Wir haben, das müßte insbesondere die sozialistische Fraktion interessieren, (*Abg. Dr. Ambrozy: Sozialdemokratische Partei!*), ihr seid weder sozial noch demokratisch, die einen diesbezüglichen Antrag hier im Hohen Haus in Zusammenhang mit dem Budget vorgelegt hat und der auch beschlossen wurde. Der nämlich eine Konsolidierung des Landesbudgets vorsieht. Wir haben bereits im Jahre 1993 hier einen Beschluß gefaßt, der die Neuverschuldung des Landes und die Finanzschuldenquote an das Bruttoinlandsprodukt bindet und mit 5,9 Prozent festschreiben sollte. Im Jahr 1994 ist uns dieser Schuldenpfad und die Reduzierung nicht gelungen. Die Ausrede, die damals auch von Seiten der Regierungsparteien gebracht wurde, hat gelautet, es sind Landtagswahlen und wir können in einem Wahljahr keine drastischen Einsparungen im Budget vornehmen. Nun liegt das Budget 1995 vor und auch hier haben wir eine Ausrede gehabt, nämlich den EU-Beitritt, daß wir nicht im Plansoll sein können. Trotzdem wurde, und es war sicherlich ein positiver Beschluß, hier wieder eine Reduktion und eine

Reduzierung der Neuverschuldung vorgenommen. Nur, was ist geschehen. Sie werfen uns hier, vor allem von Seiten der ÖVP unseriöse Politik vor. (*Abg. Ramsbacher: Ist ja total unseriös!*) Unseriöse Politik ist es, wissentlich die Beitrittskosten nicht in das Landesbudget hinein zu nehmen, die wörtliche Begründung des Landeshauptmannes damals war, daß wir erst den tatsächlichen Beitritt zur EU abwarten müssen. Diese Erwartung ist eingetreten und entgegen den Erwartungen sind die Beitrittskosten nicht 500 Millionen Schilling, wofür wir auch tatsächlich Ermächtigungen vorgesehen haben, sondern sie sind weit höher, sie betragen, wenn wir auch die Gemeinden dazuzählen, rund 1,4 Milliarden Schilling, die nun aufzubringen sind.

Man kann nicht einfach hergehen und sagen, na ja, wir haben die Ermächtigung des Landtages, hier neue Schulden aufzunehmen. Sondern, das ist die Aufforderung, die wir im Rahmen dieses Dringlichkeitsantrages an den Finanzreferenten stellen, die Verpflichtung, dieses Budget neu zu verhandeln. Denn unsere Fraktion ist nicht der Meinung, daß die Neuverschuldung gerechtfertigt ist. Wir müssen, und das hat uns das IHS-Institut deutlich gesagt, im Rahmen des Budgets Umschichtungen vornehmen. Wir können uns, wenn wir nicht die Zukunft und den Spielraum dieses Landesbudgets zusätzlich einengen wollen, eine Neuverschuldung hier haltlos nicht akzeptieren. Deshalb erhebt unsere Fraktion die Forderung, daß der Finanzreferent jetzt wo die tatsächlichen Beitrittskosten für das Land Kärnten am Tisch liegen, einen Nachtragsvoranschlag dem Land Kärnten und dem Hohen Landtag zuleitet, in dem dezidiert die Beitrittskosten aufgegliedert sind, in dem aber auch klar die Einsparungspotentiale und die Bedeckung für diese Beitrittskosten angeführt sein sollen. Denn einer zusätzliche Neuverschuldung zu der vor wenigen Wochen beschlossenen kann unsere Fraktion die Zustimmung nicht geben.

Eine weitere Forderung, die in diesem Zusammenhang erhoben wird, ist, daß die vom IHS-Institut angeführten Einsparungspotentiale in diesem Nachtragsvoranschlag ausgearbeitet werden müssen, damit es zu keiner unverantwortbaren Neuverschuldung des Landes Kärnten

Dr. Strutz

und damit zu drastischen Einsparungen und zusätzlichen Belastungen für die Kärntner Bevölkerung kommt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß mich über diesen gegenständlichen Antrag, den die FPÖ hier eingebracht hat, wundern. Ich bezeichne ihn schlicht und einfach als einen Witz, und mit Verlaub gesagt, als einen schlechten Witz. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zuge der Debatte um das Budget des Jahres 1995 und der Beschlußfassung des Voranschlages 1995 wurde auch der Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ermächtigen, zur Finanzierung der Kosten, die durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union anfallen und für das Land Kärnten entstehen, dafür Darlehen aufzunehmen bis zu einem Gesamtbetrag von 500 Millionen Schilling. Und es wurde weiter, das ist ganz entscheidend, beschlossen, daß erst nach Feststehen sämtlicher für das Land Kärnten anfallenden Kosten die Landesregierung im Wege eines Nachtragsvoranschlages zum Landesvoranschlag 1995 die finanziellen Auswirkungen festzustellen hat und dem Kärntner Landtag einen diesbezüglichen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen hat.

Meine Damen und Herren, die Damen und Herren der FPÖ haben sich damals gegen diesen Beschluß ausgesprochen. Und heute legen sie einen Dringlichkeitsantrag vor, der genau das zum Inhalt hat. Da liegt der Verdacht schon nahe und ich halte den Verdacht für begründet, daß, was heute schon gesagt wurde, daß es sich in erster Linie um eine politische Show und ein Medienspektakel handelt. Was, meine Damen und Herren von der FPÖ, ich noch für verwerflicher halte, daß Ihre Absicht es ist, Panik zu erzeugen, Panik zu machen und die Kärntner Bevölkerung zu verunsichern. Denn Sie wissen genau, daß der Finanzreferent verpflichtet ist, hier einen Nachtragsvoranschlag vorzulegen. Das, was Sie heute hier aufführen, ist unseriös. Das ist unseriös und weit entfernt von einer verantwortungsvollen Politik. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Klubobmann der FPÖ hat heute gemeint bei seiner ersten Wortmeldung, er wisse heute schon, daß alles gebrochen wird, was versprochen wurde. Hier behaupte ich, daß er entweder uninformiert ist oder wider besseres Wissen hier Behauptungen aufstellt. Denn ich möchte das heutige Polittheater der FPÖ dazu verwenden, um einmal darzustellen, welche Gelder, wieviel aus Brüssel von der EU nach Kärnten fließen werden. Allein in diesem Jahre, im Jahr 1995: allein aus dem 5 B-Programm wird Kärnten heuer 100 Millionen Schilling erhalten, aus dem Bereich der allgemeinen landwirtschaftlichen Förderung wird Kärnten 100 Millionen Schilling aus Brüssel erhalten für Direktmaßnahmen und zu Investitionsförderung. Im Bereich des Arbeitsmarktservices wird Kärnten 70 Millionen Schilling erhalten. Im Zuge des österreichischen Programmes für die umweltgerechte Landwirtschaft wird Kärnten 200 Millionen Schilling erhalten. Im Zuge der degressiven Ausgleichszahlung wird Kärnten aus Brüssel 150 Millionen erhalten, im Zuge der Lagerabwertung wird Kärnten aus Brüssel 100 Millionen Schilling erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, summa summarum sind das 770 Millionen Schilling. Ich bitte die Damen und Herren der FPÖ, auch diese Seite zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Peter Ambrozy. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Antrag, der heute hier zur Behandlung steht hat - ich möchte das noch einmal verlesen - folgenden Wortlaut: "Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Nachtrag zum beschlossenen Landesvoranschlag für das Jahr 1995 vorzulegen, welcher die für Kärnten anteiligen Kosten des EU-Beitrittes beinhaltet."

Dr. Ambrozy

Jetzt muß ich ganz ehrlich sagen: Wenn man diesen Antrag liest, fühlt man sich in diesem Hohen Hause gepflanzt. Früher hat Klubobmann Dr. Strutz dem Kollegen Sablatnig zugerufen, er möge die Geschäftsordnung lesen; was ich ihm auch empfehlen würde. Aber, daß das jemand sagt, der sich getraut, einen solchen Antrag hier im Hause zu stellen, ist in Wahrheit eine Verhöhnung dieses Hauses und der Geschäftsordnung, meine Damen und Herren. Was soll denn der Finanzreferent anderes tun, als die Verfassung einzuhalten, auf die er angelobt ist?! Es ist ja seine Verpflichtung, wenn die Kosten bekannt sind, dem Hohen Haus einen Nachtragsvoranschlag vorzulegen. Und wenn er es nicht tun würde, würde ihm ein Mißtrauensantrag gebühren. Das ist doch die Realität! Dann regen Sie sich auf, daß wir sagen: Das, was Sie heute hier aufführen, ist ein Theater und ist in Wahrheit ein Pflanz des Landtages, der Medien und der Kärntner Öffentlichkeit. Das ist mit diesem Antrag ganz klar und deutlich unter Beweis gestellt.

Meine Damen und Herren! Ich halte es für äußerst unverantwortlich, daß wir mit unserer eigenen Verfassung und mit unserer eigenen Geschäftsordnung auf diese Art und Weise umgehen. Das ist auch der Grund, warum wir diesem "nicht wirklichen Dringlichkeitsantrag" die Zustimmung verweigern werden.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man hier die Finanzsituation des Landes so drastisch darstellend beklagt, sollte man wirklich auf die Wurzeln zurückgehen, wo denn die Verschuldensentwicklung des Landes ihren Anfang genommen hat. Meine Damen und Herren! Das war in der Zeit, als Sie von der FPÖ mit Ihrem Landeshauptmann - kurze Zeit nur, Gott sei Dank! - die Verantwortung getragen haben. (*Abg. Mitterer: Das stimmt nicht!*) In der Zeit haben Sie die Verschuldensentwicklung des Landes eingeleitet, die wir jetzt mit größter Gewalt einbremsen müssen. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) Das wollen Sie nicht hören; aber es ist die Wahrheit. Ich kann Ihnen anhand der Zahlen nachweisen - leider ist die Zeit dafür zu kurz; ich habe es aber schon in meinem Budgetdebattenbeitrag erwähnt -, wo die Ursachen dieser dynamischen Verschuldensentwicklung gelegen sind.

Meine Damen und Herren! Daher halte ich das, was Sie hier tun, für unverantwortlich. Ich muß für unsere Fraktion dazusagen: Wir wollen, was die künftige Budgetentwicklung betrifft, eine längerfristige Planung auf dem Tisch haben. Wir haben das im Zuge der Budgetdebatte gefordert. Wir fordern das heute noch einmal ein; denn wir wollen sowohl die Konsolidierungsziele für die nächsten Jahre genauso als auch die Inhalte der Einsparungen auf der Ausgabenseite festgeschrieben haben, damit wir mit den Problemen zu Rande kommen. Aber, soweit ich geortet habe, hat es in der Budgetdebatte in diesem Hohen Hause über diese Forderung eigentlich Übereinstimmung gegeben.

Meine Damen und Herren! Etwas möchte ich auch hervorheben: Wir haben gerade vor wenigen Tagen die jüngste Statistik der Kreditwürdigkeit der Staaten der Welt bekommen. Wir sollten doch einmal sagen, daß auch aufgrund der Finanzsituation der Republik und auch unseres Bundeslandes Kärnten insgesamt im Vergleich Österreich (und damit wiederum auch Kärnten), was die Kreditwürdigkeit betrifft, an der achten Stelle aller Länder der Welt liegt. Das ist doch auch ein positives Zeugnis, das wir, wie ich schon vorher betont habe, mit Selbstbewußtsein zur Kenntnis nehmen sollen! Dies auch insofern, als wir stolz darauf sein können, daß Österreich, Kärnten und vor allen Dingen seine Bevölkerung ein so hohes Maß an Leistungsfähigkeit hat. Wenn man hier mit solchen Anträgen, mit solchen Politspektakeln den Menschen dauernd einzureden versucht, daß wir in Wahrheit in einer negativen Situation wären, dann werden wir damit genau dieses Selbstbewußtsein, das wir brauchen, untergraben. Ich bitte Sie, einmal Ihre Parteibrille abzunehmen und an Kärnten und an Österreich zu denken! Dann wird Ihnen so ein Unsinn - ich sage bewußt: Unsinn - nicht mehr einfallen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster hat sich Herr Präsident Freunschlag zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Freiheitliche Fraktion verlangt mit ihrem Dringlichkeitsantrag Neuverhandlungen für das Budget 1995, denn dieses Budget hat keinen einzigen Tag gehalten. Denn mit dem Beitritt Österreichs zur EU mit 1.1.1995 ist es ein unvollständiges Budget. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das haben wir immer gewußt und haben das auch gesagt!*) Es berücksichtigt nirgends seriös unsere Kosten. Es fehlen Hunderte Millionen an der Ausgabenseite und noch viel, viel, viel mehr an der Einnahmenseite. (*Abg. Dr. Ambrozy: Steuererhöhungen?*) Und deshalb, Herr Kollege Ambrozy, fordern wir Neuverhandlungen. Wenn Sie sich hier in Formalismen ergehen und kritisieren, daß wir einen Nachtragsvoranschlag brauchen, (*Abg. Dr. Ambrozy: Dann hätten Sie den Antrag anders formuliert!*) dann mag das wohl alles Ihr gutes Recht sein. Nur: Wir verlangen Neuverhandlungen zum Budget. (*Abg. Dr. Hofer: Dann ist der Antrag zurückzuziehen! - Lärm im Hause. - Abg. Dr. Hofer: Dann mußst du den Antrag zurückziehen! - Abg. Dr. Hofer: Herr Präsident, er redet zu etwas ganz anderem! - Vorsitzender: Der Antrag lautet anders. Bitte, Herr Präsident!*) Ich interpretiere unseren Antrag, weil zu einem Nachtragsvoranschlag vorher verhandelt werden muß, bitte. (*Lärm im Hause*) Nachverhandlungen, Neuverhandlungen sind ja notwendig, um hier einen Nachtragsvoranschlag einzubringen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier eines sagen, daß wir die dramatische Entwicklung der Budgets im Lande, aber auch in den Gemeinden nicht in den Griff bekommen können, wenn nicht auch im Landesbudget Ordnung gemacht wird. Denn sie sind nicht mehr zu finanzieren. Man hat das unter Tagesordnungspunkt 1 hier deutlich werden lassen. Dieses Budget - ich habe es schon im Dezember gesagt - ist kein Budget eines ehrlichen Kaufmannes gewesen, und alle Zusagen und Darlegungen des Herrn Finanzreferenten im Dezember sind heute nicht mehr aufrecht zu halten. Wir müssen hier rasch über Verhandlungen zu einem richtigen Budget für dieses Land kommen! Wir fordern deshalb, die Budgetkonsolidierung, über die wir uns alle einig sind (auch mit den Klubobmännern der

SPÖ und ÖVP), diese sofort in Angriff zu nehmen und nichts mehr hinauszuschieben. Denn wir können die Kosten der EU nicht bezahlen, ohne daß wir auf der Ausgabenseite anderwertige Einsparungen treffen. Wir werden die Gemeinden nicht zufriedenstellen können. Wir müssen sie weiter belasten, über ihre Kraft hinaus, wenn wir hier nicht Maßnahmen setzen. Ich meine, daß die EU-Beitragskosten hier auf den Tisch gelegt werden müssen. Es ist von Seriosität gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Ich halte es für unseriös, ein Budget zu beschließen, wenn ich weiß, daß ich am 1.1.1995 in die EU komme und die Kostenbedeckung dort unvollständig ist. Ich halte es für unseriös gegenüber der Bevölkerung, ständig zu sagen, wieviele Hunderte Millionen von Brüssel und Wien nach Kärnten kommen, ohne aber hier zu sagen, wie wir unsere Verpflichtungen aus unserem Landesbudget gegenüber der EU finanzieren wollen.

So gesehen, darf ich Sie alle, von seiten der SPÖ und der ÖVP, ersuchen, hier nicht den falschen Weg weiter zu gehen, indem Sie uns immer vorwerfen, wir wollen Panikmache betreiben, sondern daß Sie sich mit uns zusammensetzen, um diese ganz mißliche Situation zu bewältigen. Denn Sie wissen, der Schuldenstand des Landes im ordentlichen Haushalt wird mit Jahresende 9 Milliarden ausmachen; der außerbudgetäre Schuldenstand 3,5 Milliarden. Wenn wir die EU-Finanzierung voll am Tisch haben, kommt noch einmal eine Milliarde dazu. Und wir reden heute um die Bedeckung einer EU-Finanzierung von über einer Milliarde Schilling zusätzlich. Ich meine, meine Damen und Herren, hier hören sich die Polemiken auf. Hier müssen wir alle in uns gehen! Wir müssen bereit sein, gemeinsam diesen verfahrenen Karren aus dem Graben zu ziehen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Abgeordneter Pfeifenberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der EU-Beitritt ist bereits vollzogen. Für die Bauern schaut es aus der Sicht der letzten Tage und Wochen sehr triste aus. Die Existenz der Bauern ist tatsächlich aufs äußerste gefährdet. Das kann man auch den Zeitungen entnehmen. Ich möchte heute feststellen: Obwohl es auch von seiten des Herrn Landeshauptmannes Versprechen in der Regierungserklärung gibt, er werde sich um jeden Bauernhof und für jeden Bauer in Kärnten einsetzen, haben wir heute eine ganz andere Situation. Es steht nicht fest, was letztlich die Bauern aufgrund dieses Europa-Abkommens tatsächlich erhalten. Es ist festgeschrieben, daß eine Lagerabwertung von 5,3 Milliarden Schilling vorhanden ist. Jetzt hört man, daß von dieser Lagerabwertung bereits 1,4 Milliarden weggestrichen wurden. Es ist für uns eigentlich unverständlich, warum diese Maßnahme geschieht. 600 Millionen in diesen 1,4 Milliarden Schilling wären eigentlich Gelder aus der EU. Dafür hätten wir genügend Spielraum, genügend Maßnahmen zu treffen, zum Beispiel bei der Milch, beim Fleisch, beim Soja, bei der Körnererbse. Es ist ein tatsächlich verlorener Einkommensausgleich, der hier akzeptiert wird. Das kann man aus der Sicht der Bauern sicher nicht verstehen.

Nachdem die degressiven Ausgleichszahlungen jetzt in Form einer Akontierung bezahlt werden und nicht feststeht, was wir tatsächlich im Budget dann in Form eines Nachtrages aufnehmen werden müssen, so glaube ich, daß es hier letztlich um eine Hinhaltenaktik geht; daß versucht wird, die Bauern über diese Zeit hinwegzutrusten, schließlich die Einkommen, die versprochen wurden, auf Basis 1994 nicht eingehalten werden und diese Akontierung für diese Ausgleichszahlungen eine Form der Sterbehilfe für die Bauern darstellt. Das ist hier festzustellen. Ich sage, daß die Geschichten (*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Zur Dringlichkeit, bitte! Zum Antrag!*) sicher nicht zu akzeptieren sind.

Die Dringlichkeit unseres Antrag betrifft auch, daß wir vor allem Maßnahmen für Einkommensausfälle hier einfordern. Zum Beispiel ist das Ö-Pool-Programm nicht rechtzeitig in Angriff genommen worden. Hier wurde verschlafen, daß diese Ausschreibung rechtzeitig erfolgt. Es ist

dann ohne Ausschreibung eine Zustimmung ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, zur Dringlichkeit, bitte!*) Ja, ich komme zur Dringlichkeit. Das sind alles Forderungen, die wir jetzt an und für sich nicht im Budget verankert haben und deshalb diese Forderungen auf den Tisch gelegt werden müssen, weil es zu einer zusätzlichen Kostenbelastung für die Bauern kommen wird, weil Förderungen nicht bezahlt werden können, weil sie zu schlecht und zu spät in Angriff genommen wurden. Das gleiche ist die Flächenbaserfassung. Hier wurde auch eine kurze Frist von 15 Tagen anberaunt. Das wird wiederum zu Einkommensverlusten und zu Förderungsverlusten für die Bauernschaft führen, wobei auch hier keine ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, darf ich kurz unterbrechen! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag - das ist der vierte -, der sich mit den landwirtschaftlichen Bereichen beschäftigt. Jetzt behandeln wir den dritten Antrag!*) Es gehört ja auch die Landwirtschaft ins Budget. Das ist wohl, glaube ich, aus meiner Sicht realistisch. Wir verlangen vor allem, daß das Europa-Abkommen in Wort und Schrift eingehalten wird und auf Basis dieses Europa-Abkommens das Budget neu verhandelt und neu erstellt wird, damit Ihre Versprechen (die Versprechen der Sozialistischen Partei und der ÖVP) eingehalten werden, daß das Einkommen der Bauern für 1995 auf der Basis von 1994 gehalten werden kann.

Das ist der Grund unseres Dringlichkeitsantrages auch für den Agrarbereich. Ich ersuche deshalb, dieser Dringlichkeit Ihre Zustimmung zu erteilen. (*Abg. Schwager: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist Herr Klubobmann Dr. Hofer zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Herr Präsident Freunschlag hat gemeint, daß es in diesem Bereich keine Polemik geben

Dr. Hofer

sollte. Ich meine, daß dieser Antrag insgesamt als reine Polemik zu werten ist. Klubobmann Ambrozy hat das hier richtigerweise ausgeführt. Es ist in Wahrheit eine Unverfrorenheit und eine Zumutung für den Landtag. Sogar der erste Satz in der Begründung dieses Antrag ist schon wieder die glatte Unwahrheit, weil hier behauptet wird: "Entgegen den Erwartungen des Finanzreferenten ist Österreich schon mit 1. 1. 1995 der EU beigetreten." Das ist eine glatte Unwahrheit (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Das hat er gesagt, im Dezember! - Lärm im Hause. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Er weiß nicht, ob wir mit 1. 1. zur EU kommen! - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Herr Präsident!*) - nein -, weil zum Zeitpunkt der Budgeterstellung ist noch nicht sicher gewesen ist, ob wir mit 1. 1. 1995 beitreten werden oder nicht. Für beide Fälle, meine Damen und Herren, ist in diesem Budget Vorsorge getroffen: nämlich für den Fall eines Nichtbeitrittes mit 1. 1. 1995 und genauso für den Fall eines Beitrittes.

Das ist eben die Unwahrheit, die hier von der Freiheitlichen Partei ununterbrochen in diesen Dingen geäußert wird, um in der Bevölkerung Unsicherheit auszulösen und die Ängste zu schüren und unser Gemeinwesen, unser Land so hinzustellen, als ob nicht genügend Vorsorge getroffen worden ist.

Aber, meine Damen und Herren, eigentlich entscheidend ist, und deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet: Wir sind jetzt in einer Übergangsphase, in der wir die notwendigen Beträge nicht genau auf den Schilling ausmachen können. Der Kollege Scheucher hat früher den Betrag von 770 Millionen Schilling hochgerechnet, die Freiheitlichen übertreiben gleich und meinen, 1,4 Milliarden Schilling. Daher ergibt sich die Frage: Wie gehen die anderen Bundesländer in dieser Situation vor? Meine Damen und Herren, ich habe eine Umfrage unter den Finanzreferenten der anderen Bundesländer hier in Händen, wie vorgegangen wird. Dazu darf ich feststellen: Das Land Kärnten geht genauso vor, wie das auch in den anderen Bundesländern der Fall ist. Niederösterreich und Wien haben z. B. überhaupt keine Budgetvorsorge getroffen, sondern die beiden Länder warten erst ab, bis die konkreten Zahlen

am Tisch liegen und werden dann im Rahmen eines Nachtragsvoranschlages, der in Wahrheit ein Anpassungsvoranschlag ist, die notwendigen Festlegungen treffen. Daher ist dieser Antrag, der heute hier vorgelegt worden ist, nichts anders als eine politische Frechheit sondergleichen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Unruhe und Zwischenrufe im Hause. - Vors.: Ich bitte das Haus um etwas mehr Aufmerksamkeit, weil wir uns sonst beim Mithören sehr schwer tun. Auch der Redner tut sich dann nicht leicht.*)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat bei seiner Budgetrede gemeint, Kärnten steht vor einem Neubeginn. Wie schaut nun dieser Neubeginn wenige Wochen nach der Budgetrede des Landeshauptmannes aus? Wir schlittern in ein finanzielles Chaos und die EU kostet das Land Kärnten rund 1,2 Milliarden Schilling, wobei die Gemeinden rund 250 Millionen Schilling noch zu zahlen haben werden. Das heißt, rund 900.000 Schilling sind für das Land und für die Gemeinden unseres Landes noch offen. Ich sage hier eines: Die Landesfinanzreferenten haben schon im Herbst gewußt, welche Belastungen auf die Länder zukommen werden. Das hat auch der Finanzreferent des Landes Kärnten gewußt. Wir können heute feststellen, daß die Ansatzposition mit 500 Millionen Schilling weitaus zuwenig ist und wir in weiteren Phasen des Budgets keine Vorsorge getroffen haben. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das haben wir im Dezember auch schon gewußt!*) Herr Klubobmann Dr. Ambrozy, die Konsolidierung des Budgets hält sicherlich nicht. Ihr Antrag, den Sie als Sozialdemokraten eingebracht haben, in drei Jahren diesen Kurs durchzuziehen, wird sicherlich aufgrund dieser Entwicklung nicht zu verwirklichen sein, weil die Verantwortlichen nicht bereit sind, im Lande Kärnten Reformen zu setzen. Ob dies bei der Bürokratie, in den Landeskrankenhäusern oder beim Wohnbau ist, alle diese Dinge stehen im Raum und sind bis heute unerledigt.

Der Präsident Freunschlag hat bereits gesagt, daß die Verschuldung des Landes enorm gestiegen ist. Wir haben derzeit rund 9

Schretter

Milliarden Schilling Schulden, wobei noch rund 3,5 bis 4 Milliarden Schilling Schulden außerhalb des Budgets dazukommen. *(Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)* Das ist die finanzielle Situation, in der das Land Kärnten steht.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den Bürgermeister von Friesach anschau, so weiß ich, warum er so betroffen da hinten sitzt, weil die finanzielle Situation der Gemeinden weitaus prekärer ist, als hier angenommen wird. *(Zwischenruf des Abg. Koschitz.)* Dazu kommen für die Gemeinden aber noch die EU-Belastungen. *(Lebhafte Zwischenrufe und Lärm von der SPÖ-Fraktion.)* Dann frage ich mich, ob es noch möglich sein wird, in verschiedenen Gemeinden, vor allem in den Bezirksstädten auch die Budgets ausgeglichen zu erstellen.

Wir haben im Lande Kärnten die teuerste Verwaltung, österreichweit zahlen wir um 1,3 Milliarden Schilling mehr, und das teuerste Gesundheitswesen, das macht insgesamt 3,2 Milliarden Schilling aus. *(Weitere lebhafte Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Kollmann: Das stimmt doch nicht!)* Dies wird umso mehr bewußt, wenn man weiß, daß diese 3,2 Milliarden Schilling die Budgets für acht Bezirkshauptstädte ausmachen. Das ist die Situation. *(Abg. Dr. Ambrozy: Schretter, das ist nicht das teuerste, sondern das leistungsfähigste System!)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Jahre 1992 hat der Gemeindereferent des Landes für die Gemeinden zur Abdeckung der ordentlichen Haushalte, die ausgeglichen zu erstellen sind, 14 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, im Jahre 1995 werden es bereits 80 oder 100 Millionen Schilling sein. Diese Ziffern zeigen uns doch eindeutig auf, welche Entwicklung in den Gemeinden genommen wird.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann hat in seiner Budgetrede auch gesagt, es wird keine zusätzliche Verschuldung geben. Faktum ist, daß es eine eminente Neuverschuldung geben wird. *(Vors.: Herr Abgeordneter, darf ich Sie daran erinnern, zum Antrag zu sprechen! Es gibt einen klar formulierten Antrag. Sonst hätten wir ihn anders formulieren müssen.)* Die Belastung der Bevölkerung wird

enorm steigen. *(Vors.: Der Antrag bezieht sich auf den Nachtrag EU!)* Dieser Antrag befaßt das Budget! *(Vors.: Man kann das nicht so weit auslegen!)*

Meine Damen und Herren, es ist aber auch so, daß das Land Kärnten seinen Zusagen gegenüber den Gemeinden in bezug auf die Bedarfszuweisungen nicht nachkommt. Dafür könnte man etliche Beispiele aufzeigen. *(Zwischenruf des 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag. - Abg. Dr. Strutz: Es steht doch im Antrag, er betrifft das Budget 1995!)*

Meine Damen und Herren! Wenn eine Partei auf eine solche Entwicklung nicht reagiert, dann handelt sie fahrlässig. Wenn ein Finanzreferent des Landes auf eine solche Entwicklung nicht reagiert, handelt auch er fahrlässig. Man sieht anscheinend die Probleme nicht oder man will die Probleme, in denen wir uns befinden, nicht erkennen. deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um neue Budgetverhandlungen durchzuführen. *(Vors.: Redezeit!)* Es besteht in dieser Frage absoluter Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, ich stelle abschließend fest: Wir Freiheitlichen handeln in dieser Vorgangsweise verantwortungsbewußt. Wir handeln im Interesse der Bevölkerung, der Gemeinden und des Landes. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

(Abg. Koncilia: Die Landwirtschaft kommt ja erst!) Hohes Haus! Die Landwirtschaft kommt erst, aber nachdem hier Wortmeldungen zum Budget gefallen sind, fühle ich mich veranlaßt, ein paar Richtigstellungen zu treffen und ein paar Informationen zu geben.

Bezüglich Lagerabwertung wurde hier von Klubobmann Strutz und vom Abgeordneten Pfeifenberger kritisiert, daß es weniger sein sollte, als zuerst angenommen worden war und daß das natürlich das Budget belastet, weil im Regierungsbeschluß mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP die Weichen gestellt wurden, wobei die FPÖ natürlich dagegen gestimmt hat, so wie bei allem anderen. *(Abg. Ing. Pfeifenberger: Wir wollen eben die Leute nicht betrügen!)* Wir

Ramsbacher

betrügen die Leute nicht, sondern ihr betrügt sie, indem ihr in der Regierung dagegen stimmt und hier wieder mit einem Nachtragsvoranschlag Geld verlangt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Das ist Betrug in Kärnten, was ihr momentan macht! Das machen nicht wir! Wir haben den Leuten gerade bei der Lagerabwertung nicht mehr versprochen, als es die Richtlinien aussagen. *(LHStv. Mag. Grasser: Sie kennen sich offensichtlich dabei nicht gut aus!)* Besser als Sie, weil sonst hätten Sie mitgestimmt! *(Weiterer Zwischenruf von LHStv. Mag. Grasser. - Vors.: Herr Kollege Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser, nach der Geschäftsordnung haben Sie nicht die Möglichkeit, hier zu sprechen!)* 5,35 Milliarden Schilling waren Lagerabwertung. Weil im Lager zum 1. 1. 1995 Gott sei Dank weniger da war, weil mehr Exporte getätigt wurden, deshalb haben wir, das Land Kärnten, der Bund und die EU, weniger Lagerabwertung ausgeben müssen, aber es ist alles eingehalten worden, was versprochen worden ist. Die Hektarbeträge für die Maisbauern und für die Silomaisbauern werden ausbezahlt werden. *(Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion. - Vors.: EU, das stimmt!)* Jeder, der am 1. Jänner das Lager gehabt hat, ist genau berücksichtigt worden. Auch im Zusammenhang mit dem Budget ist diese Lagerabwertung berücksichtigt.

Dazu noch eines: Wenn jemand in der Kärntner Landesregierung die 40%-Beteiligung, die wir zahlen, ablehnt und die 60 % Bundesförderung dadurch verloren gehen und dadurch auch noch 2,5 Milliarden Schilling aus Brüssel gar nicht lukriert werden können, dann ist das nicht zu verstehen. Wir haben von den Ländern insgesamt eine Milliarde Schilling bezahlt, der Bund hat eineinhalb Milliarden Schilling bezahlt und die Verdoppelung hat Brüssel vorgenommen. Diese 40 % haben Sie in der Kärntner Landesregierung abgelehnt und dann wollen Sie sich vor die Bauern hinstellen und sagen, wir fordern mehr. So etwas ist ja wirklich schizophren! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Lebhaftige Zwischenrufe von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zu.

Wir kommen zum 4. Dringlichkeitsantrag. Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung.

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

4. Ldtgs.Zl. 16-2/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ein Solidarpaket für die Landwirtschaft mit folgendem Wortlaut:

(Unruhe im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Einkommen der bäuerlichen Familien nach Maßgabe der in der 3. Sitzung des Land- und Forstwirtschaftsausschusses vorgelegten Berechnungen des Agrarreferates auf der Basis des Jahres 1994 gesichert werden.

Der Antrag weist die nach § 18 Abs. 1 Geschäftsordnung erforderliche Anzahl von mindestens vier Unterschriften von Abgeordneten auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Herr Abgeordnete Pfeifenberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte den Herrn Abgeordneten Ramsbacher wirklich ersuchen, er soll sich beim Herrn Landesrat einmal informieren, wieviel die EU wirklich bei der Lagerabwertung mitzahlt. Das sind nämlich 1,374 Milliarden und nicht 2,5 Milliarden Schilling.

Ing. Pfeifenberger

Das ist eine glatte Unwahrheit, denn das ist auch im Protokoll festgehalten. Dazu brauche ich eigentlich nichts mehr zu sagen. Der Herr Landesrat wird Sie aufklären. *(Zwischenruf von Abg. Ramsbacher. - Vors.: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Pfeifenberger zur Begründung der Dringlichkeit!)*

Ich komme nun zu unserem Dringlichkeitsantrag. Ich möchte in diesem Fall ganz besonders auf die Situation bei der Milch eingehen, nachdem diese Sache in Kärnten nicht so einfach ist und tatsächlich so wie bei den Maisbauern auch die Milchbauern jetzt im Regen stehen gelassen werden. Es ist so, daß der Preis überhaupt keine Motivation mehr zum Weitermachen ist. Es gibt in den Zeitungen Leserbriefe der Bauern und es wird darin von einer Bauernquote in Brüssel gesprochen. Ich glaube, das trifft tatsächlich den Ernst der Lage in der Landwirtschaft. Es wird wahrscheinlich so sein, daß es irgendwo in einem stillen Kämmerlein der EU-Bürokratie eine Vereinbarung gibt, daß in Zukunft nur mehr eine Höchstquote von Bauern erhalten bleiben soll. Das ist wirklich eine Katastrophe. Diese Vorgehensweisen können wir nicht zur Kenntnis nehmen.

Es gibt aber bei uns in Kärnten auch von seiten des Herrn Landesrates und auch von der Sozialistischen Partei im Bereich der Milch keine Reaktion. Die Frau Kammerrätin Schaumberger ist auch hier anwesend und darum möchte ich ganz deutlich sagen: Sie ist ja auch eine Mitsprecherin für diese Probleme und sie ist immer bei den Wortmeldungen sehr schnell, aber bei der Milch habe ich von ihr bis heute auch noch nichts vernommen. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Rohr.)*

Ein Wort zum Herrn Klubobmann Dr. Ambrozy: Ich weiß es nicht und ich will ihm auch nichts unterstellen, welche Beziehung er zu den Bauern hat. Wahrscheinlich hat er sich mit den Bauern in der letzten Zeit oder im letzten Jahr sehr wenig unterhalten, sonst könnte er nicht heute sagen, das sind alles Nano-Anträge, weil die Problematik in der Landwirtschaft heute tatsächlich akut und existenzgefährdend ist. Das muß ich einmal ganz laut und deutlich sagen: Ich habe vermißt, daß auch die Sozialistische Partei, auch der Herr Kollege Rohr, *(Zwischenruf des*

Abg. Ing. Rohr.) einmal in die Bresche springt und sagt, okay, wir stellen uns einmal vor die Bauern und marschieren mit den Bauern. Wir haben das alles gemacht! *(Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion.)* Wir laden Sie dazu ein, machen Sie das mit uns. Wenn sich schon die ÖVP schwer tut, dann hoffen wir, daß Sie für die Bauern letztendlich auch Interesse zeigen.

Das ist für uns ein Thema, das wir nicht so zur Kenntnis nehmen können. Wir werden auf jeden Fall als die Verbündeten der Kärntner Bauern - und aller Kärntner Bauern, das möchte ich ausdrücklich betonen - auch weitere Maßnahmen ergreifen, um diese Versprechungen, die Sie alle vor dem EU-Beitritt abgegeben haben, umzusetzen und für die Bauern durchzusetzen. Das heißt, wir wollen einen Milchpreis, der letztendlich gleich hoch ist als der in Bayern oder vielleicht in Südtirol, weil von diesem Südtiroler Modell hat auch der Herr Abgeordnete Ramsbacher immer groß gesprochen. *(Zwischenruf des Abg. Ramsbacher.)* Letztendlich wird das dazu führen, daß wir wiederum mit den Bauern gemeinsam Protestaktionen starten, weil das die einzige und wirksame Maßnahme ist. Es geht leider nicht mehr anders.

Es geht leider nicht mehr anders. Wir werden wahrscheinlich auch französische Verhältnisse brauchen, um die Forderungen der Bauern wegen ihrer Existenz und Existenzabsicherungen durchzusetzen. Deshalb sage ich, da wird es von uns kein Aufweichen und Abweichen der Stellungnahmen geben. Es gibt auch das Problem, daß die Milch jetzt einen sehr niedrigen Preis hat, nachdem es die Molkereien nicht geschafft haben, sich bei den Handelsketten durchzusetzen. Sie sind über den Tisch gezogen worden und das sind alles bäuerliche Organisationen. Das ist ein Wahnsinn, daß man heute nicht in der Lage ist, so zu rationalisieren, daß auf den Produzenten diese Kostenbelastung übertragen wird. Deshalb unsere Forderung, daß auch die Funktionäre in den Organisationen der Molkereien und der Raiffeisen Lagerhäuser so weit einmal gedeiht, daß diese für die Bauern einmal eintreten. *(LR Lutschounig: Red einmal mit dem Kampf!)* Es ist immer nur so, daß es nur um die Genossenschaften geht, es geht nur um die Betriebe. Die

Ing. Pfeifenberger

Bauern sind eigentlich nicht mehr das Thema, aber ohne Bauern wird es einmal auch keine Molkereien mehr geben.

Wenn ich dann den Bereich Vieh und Fleisch hernehme, damit der Dringlichkeitsantrag auch wirklich einen Hintergrund hat, schauen Sie sich einmal bitte die Preise bei den Schweinen, den Rindern, den Ferkeln an. Bitte, da fehlen 10 Schilling, da fehlen 30 Prozent. Auf der anderen Seite hat sich niemand bereit erklärt, ich habe schon Beginn des vorigen Jahres immer gebeten, wir sollen begleitende Maßnahmen einsetzen, wir sollten versuchen, daß wir über eine Werbung für unsere inländischen heimischen Produkte hier der einheimischen Landwirtschaft helfen. Geschehen ist bis heute nichts. (*LR Lutschounig: Die Rindfleischwerbung!*) Wir sollen auf die Konsumenten zugehen, damit der Kärntner Konsument heimische Produkte kauft, die Kärntner Milch, das Kärntner Fleisch, das Kärntner Ei und nicht ausländische oder von anderen Bundesländern.

Ein weiterer Problempunkt sind die ganzen Kostenbelastungen in der Landwirtschaft. Wir haben heute die Situation, nicht nur, daß wir einen schlechteren Preis haben als in der EU, daß wir auch höhere Kosten bei der Produktion haben, das ist die Sozialversicherung der Bauern und die gesamten Betriebsmittel, wo wir kein günstigen Voraussetzungen für unsere Landwirte hier in Kärnten haben. Wir fordern deshalb über die Dringlichkeit dieses Antrages, daß das Solidarpaket Landwirtschaft zur Sicherung der Einkommen auf der Basis 94 eingehalten wird. Das hat der Landesrat uns im Rahmen dieser Agrarausschußsitzung auch vorgegeben. Das ist bitte Faktum und Grundlage dieser Berechnungen. Dies ist für uns die Forderung, daß es umgesetzt wird aber mit dem Hintergrund, daß die Preise des Jahres 94 eingehalten werden. Da klafft jetzt die ganze Geschichte auseinander. Wir haben zwar dies beschlossen, es gibt ein Förderungspaket, aber die Preise sind unter das EU-Niveau geraten (*Vors. 1. Präs. Unterrieder: Redezeit!*) und deshalb bitte und ersuche ich, daß wir die Molkerei in die Zange nehmen, daß wir mit den Molkereien neu verhandeln und einen diesbezüglichen Versuch machen, (*Abg. Kövari: Die Redezeit ist schon um!* - *Vors. Unterrieder: Er*

redet genau 5 Minuten Frau Abgeordnete Kövari. Er hat um 13 angefangen, das ist bei mir aufgeschrieben. Ich habe ihn lediglich aufmerksam gemacht, daß er am Ende der Redezeit ist.) jawohl, deshalb ersuche ich im Sinne der Existenzsicherung der Kärntner Bauern dieser Dringlichkeit zuzustimmen und sicherzustellen, daß die Einkommen 1995, und Herr Landesrat hören Sie bitte zu, Sie haben gesagt, 1995 wird es keine Einkommensbußen geben, (*Abg. Sablatnig: Die Redezeit ist um!*) daß diese Dringlichkeit damit sichergestellt ist und ich ersuche um Zustimmung. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter Ing. Rohr (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu meinem Vordredner, Kollege Pfeifenberger möchte ich schon eingangs festhalten, daß es zum einen sehr wohl auch Aussagen der hier anwesenden SPÖ-Bauernvorsitzenden Kammervorstand Schaumberger in einer heutigen Presseaussendung in zu dieser Thematik und Problematik um die Situation der Bauern gibt und zum zweiten möchte ich ihm auch versichern, daß die Sozialdemokratie und ich als zuständiger Agrarsprecher sehr wohl auch die Interessen der Bauern sehr intensiv im Auge haben. Der FPÖ-Dringlichkeitsantrag ist eine theatralische Inszenierung. Der zitierte Antrag wurde im Agrarausschuß mit den Stimmen der FPÖ, ich möchte das hier ganz deutlich unterstreichen, in einen Unterausschuß delegiert, weil Grundlagen für die genaue finanzielle Beurteilung damals nicht vorgelegen sind. Herr Kollege Pfeifenberger, ich frage Dich, wer ist der Agrarausschußvorsitzende? Du, das möchte ich hier auch einmal ganz deutlich hervorheben. Es gibt eine Reihe weiterer Anträge, die im Zusammenhang mit der EU-Finanzierung mit den Förderungsrichtlinien für die Kärntner Bäuerinnen und Bauern ebenfalls in diesen Unterausschuß delegiert wurden. Hier bedarf es natürlich der fachlichen Grundlagen, die vom zuständigen Agrarreferenten Landesrat Lutschounig und vom Landwirtschaftsminister vorzulegen sind, damit die Beratungen aufgenommen und in der Sache selbst diskutiert werden können.

Ing. Rohr

Meine sehr geschätzten Damen und Herren der FPÖ, ich frage Sie, wollen Sie mit derartigen Anträgen ein Spektakel inszenieren, ohne in der Sache selbst anhand von Fakten zu Ergebnissen zu kommen. Das wollen Sie offensichtlich, sonst hätte der Agrarausschußvorsitzende den Unterausschuß nämlich längst einberufen und aktiviert und wir könnten seit einigen Tagen hier sachlich die Problemstellungen erörtern. Meine Damen und Herren der FPÖ, Sie wollen offensichtlich auch in anderen Bereichen nicht sachlich arbeiten, wie Ihre weiteren Anträge hier schon beweisen. Herr Kollege Pfeifenberger, Sie setzen sich mit dem Landwirtschaftskammervizepräsidenten zu Pressekonferenzen, der Herr Kollege Sumper ist der zweite Mann in der Landwirtschaftskammer, er kommt aber dort seinen Aufgabenstellungen in keinsten Weise nach. Denn der letzte Kammervorstand hat beschlossen, daß er als zweiter Mann in der Landwirtschaftskammer über ungerechtfertigte Abgaben mit der AMA zu verhandeln hätte, vor allem auch in der Maisproblematik. Hier im speziellen im Bereich der Genossenschaft St. Veit, die funktionärsmäßig FPÖ-dominiert ist, entsprechende Lösungen zu suchen. Bis heute gibt es dazu kein konkretes Ergebnis. Das sind Ihre Bauernvertreter, die zwar überall in der Öffentlichkeit jede Möglichkeit benützen, um groß zu lamentieren. Wenn es aber um die Sache selbst und die Arbeit geht, dann sind sie weit, weit weg von den Dingen. Mit im wahrsten Sinn des Wortes "FPÖ-Sumpatum" ist den Leuten nicht gedient, das möchte ich hier sehr deutlich sagen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur Sache selbst möchte ich schon festhalten, der EU-Beitritt und der Produzentenpreisverfall, der sich jetzt abzeichnet, verunsichert die Kärntner Bevölkerung, die Kärntner Bäuerinnen und Bauern. Es ist daher alles zu tun, daß in Form von Akkontierungsvorschußzahlungen für Preisausgleiche von den zuständigen Agrarreferenten und Finanzreferenten die finanziellen Einbußen rasch weggemacht werden. Auch Raiffeisen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist gefordert, einen Beitrag für die schwierige Übergangsphase zu leisten und den Bauern zu helfen. Zu helfen mit Zinsnachlässen für Kredite, die laufen über die Zeit, bis die entsprechenden Förderungsmittel einsetzen und hier die Bauern

eine Überbrückungshilfe erhalten. Wir werden als Sozialdemokraten alles tun, daß die Ausgleichszahlungen direkt an die Bauern ausgezahlt werden und wir werden nicht zulassen, daß Genossenschaften und Institutionen zwischen Steuergeldern, d.h. den entsprechenden Stellen des Bundes und den Bauern jene Gelder einsetzen, um damit zu spekulieren, wie es sich derzeit bei der Entwicklung der Milchpreissituation abzeichnet.

Herr Agrarreferent, Robert Lutschounig, ich fordere Dich auf, vor allem im ÖVP-dominierten Bereich der Landwirtschaftskammer und der Agrarreferate im Landwirtschaftsministerium und vor allem auch beim EU-Kommissär müßte es Dir gelingen, entsprechende Maßnahmen schnell umzusetzen, damit den Bauern schnell geholfen wird. *(LR Lutschounig: Beim Finanzminister hilfst Du mir!)* Die Zuständigkeit, was die Bauernpolitik betrifft, ist zu 100 Prozent in ÖVP-Händen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, unsere sozialdemokratische Solidarität gilt den Kärntner Bäuerinnen und Bauern, die Zusagen für die Landwirtschaft müssen eingehalten und eingelöst werden. Wir brauchen die Bäuerinnen und Bauern und bekennen uns zur Existenzsicherung der Landwirtschaft. Wir wollen nicht in einigen Jahren dort, wo uns die Bauern weggestorben sind, staatliche Landschaftsgärtner zur Erhaltung der Kulturlandschaft einsetzen. Dem FPÖ-Antrag werden wir die Zustimmung zur Dringlichkeit nicht geben, weil mit Theaterdonner keinem Bauern geholfen ist. Herr Agrarsprecher Pfeifenberger, ich fordere Sie auf, Sie sind im Landtag gefordert, den vorgesehenen Unterausschuß zu aktivieren und in der Sache und im Interesse der Bäuerinnen und Bauern in Kärnten die Arbeit aufzunehmen und nicht die Zeit mit derartigen Sonderlandtagssitzungstheater zu vergeuden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es tut mir leid, daß die eigentlichen Regierungsmitglieder, die die Dringlichkeit gestellt haben, überhaupt nicht hier sind. Denn ich hätte schon noch ein paar Sachen, die ich fragen

Ramsbacher

wollte. Die Frau Landesrätin Sickl, die heute überhaupt nicht da ist, vielleicht hat sie ein schlechtes Gewissen oder der Herr Grasser hat das wirklich nicht verstanden. Wenn es uns gelingt, wenigstens das heute klar zu stellen, daß diese Herren, die in der Regierung dagegen stimmen, wenn es uns hier gelingt, daß wir hier eine Unterstützung des Landeshauptmannes bekommen, wie gesagt wurde, daß wir in Kärnten hinter der EU-Finanzierung stehen, daß die 40 Prozent auf jeden Fall sichergestellt werden, daß wir nicht das machen, was Klubobmann Dr. Strutz sagte, wir wissen schon heute, daß nichts eingehalten wird. Leute, so traurig es ist, es erzeugt Angst und Unsicherheit. Wir wissen alle, Angst blockiert. Was wir in der Landwirtschaft brauchen, ist nachdenken, neue Initiativen, Agrarmarketing und sich umstellen. Aber nicht Angst machen und Panik. Das ist das, was wir in Kärnten überhaupt nicht brauchen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Wenn ich dezidiert zu ein paar Aussagen hier Stellung nehmen darf. Zum Beispiel der degressive Preisausgleich. Natürlich, wir in Kärnten haben die 40 Prozent gesetzt. Wenn wir sie nicht brauchen, bekommen wir diese Millionen wieder zurück, Herr Pfeifenberger. Es ist aber die Bereitschaft von der EU da, 2,5 Milliarden zu zahlen, 1,5 Milliarden vom Bund und 1 Milliarde von den Ländern. Das ist aufgeteilt, das sind die 68,5 Millionen. Auch der Milchpreis, gegen den ihr in der Landesregierung gestimmt habt. Die 40 Millionen waren für die 82 Groschen pro Liter degressiver Ausgleich. Das werdet Ihr den Bauern auch sagen müssen, Herr Pfeifenberger. Sie werden Ihnen sagen müssen, daß pro Zuchtsau 1.400 Schilling ausbezahlt werden im heurigen Jahr 1995, wo ihr dagegen gestimmt habt, wo ihr bei den Mastschweinen mit den 80 Schilling auch dagegen gestimmt hat und auch gegen Zuchtvieh- und Nutztviehförderung habt Ihr in der Regierung dagegen gestimmt. Also, ihr fordert das Einlösen der Versprechungen und stimmt in der Regierung dagegen und macht heute einen Sonderlandtag. Also, ich weiß nicht, was man dazu überhaupt noch sagen soll.

Wir werden den Bauern draußen sagen, wie das läuft. Noch etwas, natürlich hat Pfeifenberger gesagt, das Einkommen muß gesichert werden. Wir können Einkommen sichern durch Entla-

stungen und zusätzliche Förderungen. Die Förderungen zahlt uns natürlich auch die EU mit. Bei den Entlastungen haben wir im vergangenen Jahr die Verwertungsbeiträge insgesamt für Kärnten 12,3 Millionen, die 1995 nicht mehr schlagend werden. Düngemittelabgabe 55,8 Millionen, das sind 68 Millionen weniger, dann Hagelversicherung haben wir im Jahr 1994 insgesamt Förderungen von 3,43 Millionen gehabt, jetzt, da 50 Prozent übernommen werden, werden das 14,9 Millionen sein. Auch wieder 11,5 Millionen Einsparungen. Gesamtentlastungen für 1995 86,6 Millionen Schilling für Kärntens Bauern. Dann wird man erst sehen mit den Förderungen am Ende des Jahres, was wirklich herausgekommen ist.

Da ist richtig, alles, was unter dem EU-Preis in Kärnten verkauft wird, das ist eine Schweinerei. Da bin ich dafür. Ich danke der Presse, daß sie den Appell am 28. Dezember, der dort gerichtet wurde, so vollinhaltlich gebracht wurde. Jetzt kann der Konsument Agrarpolitik betreiben, wenn er das Kärntner Produkt kauft. Wir brauchen uns nicht zu schämen, wir haben die beste Qualität, die besten Umweltauflagen, das wir das durchbringen. Eines stört mich.

Eines stört mich, das ist die Unwissenheit, mit der manche Funktionäre der FPÖ hier hinausgehen. Ich habe mir gedacht: Wie ist das überhaupt möglich, daß die Leute nichts wissen; daß sie keine Ahnung haben, wie die Förderungen ausschauen und wie die Entlastungen sind? Ich bin daraufgekommen und habe die "ABZ" angeschaut. Da sind 16 Seiten, da sind 14 Seiten Agrarpolitisches. *(2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Ist das eine freiheitliche Zeitung?)* Eine freiheitliche habe ich auch da. Das ist "Der freie Bauer". *(Der Redner zeigt das Blatt her.)* Da steht oben: "Agrarpolitische Informationen für die Kärntner Bauern". Eine Seite von acht Seiten. Und schaut euch das an: Von oben bis unten nichts als "Frohe Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr"! Das ist alles! *(Heiterkeit im Hause. - Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Das ist wirklich kein Wunder: Von oben weg bis unten. Agrarpolitische Informationen für Kärntens Bauern? So kann man die Bauern nicht aufklären. Ich würde Sie bitten, daß Sie sich besser informieren! *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter!)*

Ramsbacher

Zum Abschluß noch eines: Wie schaut die FPÖ-Alternative zum EU-Beitritt aus? (*Vorsitzender: Ende der Redezeit!*) EU-Beitritt, "Huber-Plan": Wissen Sie, daß die FPÖ Weltmarktpreise gefordert hat? Weltmarktpreise! Das heißt, 10 Schilling für das Kilo Butter; 4.000 Schilling für die Kuh und 1 Schilling für das Getreide. Das ist der Weltmarktpreis im "Huber-Plan". (*Vorsitzender: Ihre Redezeit ist um!*) Da ist es kein Wunder, daß eure eigenen sagen: "Mit dem 'Huber-Plan' kannst Du brausen gehen!" Wiederschauen! (*Heiterkeit im Hause. - Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster hat sich zur Dringlichkeit Herr Abgeordneter Gallo zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich glaube, es ist immerhin ehrlicher, den Bauern gute Wünsche mitzugeben, als sie mit falschen Informationen zu beglücken. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Angesichts des alarmierenden bis katastrophalen Zustandes der Landwirtschaft in Kärnten ist es auch einigermaßen überheblich, von "Theaterdonner" und "Spektakel" zu sprechen, wenn es um die Existenz doch einer sehr großen Gruppe von Menschen und deren Familien geht. Es ist bezeichnend, daß sich der oberste Vertreter der Bauern in Kärnten heute via "Kleine Zeitung"-Interview als Interessensvertreter bereits verabschiedet hat. Denn wenn er denen, die in Sorge sind, vorwirft, daß sie den Sinn der Interessensvertretung verkennen und den Sinn darin definiert, daß die Landwirtschaftskammer überwiegend für den Schutz von Grund und Boden da ist, dann ist das doch ein an sich selbst gestelltes Rücktrittsansuchen.

Ich möchte, um die Dringlichkeit des Antrages und die Wichtigkeit des Antrages zu unterstreichen, doch auf ein paar hausgemachte Versäumnisse hinweisen. Seit dem Frühjahr gibt es, was das "ÖPUL"-Programm betrifft, Gespräche, um

die Voraussetzungen für die Förderungen zu erreichen. Ich habe selbst in mindestens zwei Anfragen an den Agrarreferenten hier Auskunft versucht zu erhalten. Und ich stelle heute fest, Herr Landesrat Lutschounig: Sie haben mich nach Strich und Faden angelogen. (*LR Lutschounig: Nein, das stimmt nicht!*) Jawohl! (*LR Lutschounig: Nein! - Lärm im Hause.*) Nein! Ich kann das beweisen. (*LR Lutschounig: Erwähnt ist es in der letzten Regierungssitzung worden, Herr Kollege!*) Lassen Sie mich ausreden! (*LR Lutschounig: Sie haben ein Angebot gemacht, das fünfmal so teuer war. - Lärm im Hause*) Ich habe überhaupt kein Angebot gemacht. Lassen Sie mich ausreden! (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter!*) Sie haben mir noch im Herbst gesagt, Sie haben diese Arbeiten in Auftrag gegeben "...und die Steilflächenerhebung ist schon im Gange", wörtlich zitiert aus dem Protokoll dieses Hauses. (*LR Lutschounig: Nein, eben nicht!*) Sie haben mir das am 15. Dezember mitgeteilt, (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das steht im Protokoll!*) und ich zitiere wieder wörtlich: "Wenn Sie mich fragen, nach welchen Kriterien dies erfolgt, werden wir natürlich schauen, daß wir das, wie es üblich ist, ausschreiben und jene Billigst- und Bestbieter mit dieser Arbeit betrauen werden." Ich habe nachgestoßen: "Herr Landesrat, darf ich Ihrer Antwort entnehmen, daß es zu einer Ausschreibung dieser Arbeit kommen wird, wo verschiedene Anbieter eingeladen werden, die unter gleichen Bedingungen und Ausschreibungsbedingungen dann ihre Preise bekanntgeben werden und daß nach diesen objektiven Kriterien die Arbeit erst vergeben wird?" Sie haben mir gesagt: "Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, kann es nur so sein." (*Vorsitzender: Zur Dringlichkeit, Herr Abgeordneter!*) Das ist die Dringlichkeit, (*Lärm im Hause*) weil hier ein Versäumnis vorliegt. Ich verstehe schon, daß Sie Hosenflattern bekommen, angesichts dieser traurigen Tatsache. (*LR Lutschounig: Da war Gefahr im Verzug! - Weiterhin Lärm im Hause.*) Da war überhaupt keine Gefahr im Verzug. Am 15. Dezember haben Sie mich neuerlich angelogen. Denn in Ihrem Regierungsvortrag schreiben Sie selber (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter Gallo, bitte zur Dringlichkeit!*) - ja, das ist die Dringlichkeit -: "... daß bereits am 5. 12. ein Angebot vorliegt und nach

Dipl.-Ing. Gallo

dem dann die Sache auch vergeben worden ist." Soviel dazu.

Es gibt aber noch etwas. Das sage ich Ihnen auch bei dieser Gelegenheit. Ich war gestern bei einer Tagung von Land- und Forstwirtschaftsexperten ganz Österreichs, mit internationaler Beteiligung. Der Vorsitzende hat mir hier, für diese Sitzung mitgegeben, Ihnen zu sagen und neuerlich auf die wirklich katastrophale Situation in der Landwirtschaft ganz Österreichs hinzuweisen. (*LR Lutschounig: Sie sind mit in der Regierung!*) Ich nenne noch ein Beispiel für die Versäumnisse: Die Bauern werden jetzt von Pontius zu Pilatus geschickt, mit Formularen, mit Formeln für die Basisflächenermittlung. Das hat irgend jemand in einer Wiener Zentralstelle als Bürokratismus erfunden, der den Bauern überhaupt nichts nützt und in der Argumentation total falsch ist. (*Vorsitzender: Redezeit!*) In keinem einzigen Land der EU gibt es das bereits. Es gibt einen Teil maximal in Bayern. In England arbeitet man immer noch mit dem Schrittmaß. Da ist eine Vorgabe von 2 % in der Genauigkeit der Flächenermittlung, die nicht einmal theoretisch einhaltbar ist. Und so geht das weiter. Offensichtlich lenkt man die Bauern von der tatsächlichen Misere ab; beschäftigt sie also. "Spiele ohne Brot"? Im alten römischen Reich hat es wenigstens noch "Brot und Spiele" gegeben. (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, bitte Ihre Rede zu beschließen!*) Meine Damen und Herren! Was hier betrieben wird, ist eine zwar chaotische, aber immerhin organisierte Bestattung von mindestens der Hälfte der Kärntner Landwirte. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Als nächster ist zur Dringlichkeit der Herr Abgeordnete Pistotnig zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt hier sagen würde, daß die Arbeit des Ausschußobmannes für Agrarwesen in diesem

Landtag, Ing. Pfeifenberger, eine sehr sachliche und fleißige ist (*Abg. Dr. Ambrozy: Dann würdest Du lügen!*) und daß sie wenig von Erfolg gekrönt ist, weil die ÖVP in koalitionärem Gehorsam mit der SPÖ fast jeden Antrag, der für die Bauern sehr wichtig und sehr dienlich ist, ablehnt, dann wäre das nicht sachlich zu diesem Dringlichkeitsantrag. Und deshalb werde ich es nicht sagen. (*Abg. Ing. Rohr: Ihr habt den eigenen Dringlichkeitsantrag im Ausschuß zurückgezogen, Jakob! Ein Spektakel! - Lärm im Hause. - Abg. Ramsbacher: Ja, zurückgezogen!*) Wie es um die Bauern ausschaut, meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber brauchen wir gar nicht mehr zu diskutieren. Das ist hinlänglich diskutiert worden und ist auch bekannt. Wenn Herr Ing. Rohr gemeint hat, es wäre ein Spektakel, dann ist es kein Spektakel, sondern ich muß Ihnen sagen, es ist bitterer Ernst, was da passiert. (*Abg. Ing. Rohr: Warum hat dann der Pfeifenberger nichts davon gesagt?*) Es ist nämlich so, daß es unglaublich erscheint, daß durch die innerösterreichischen finanziellen Probleme Entscheidungen so gemacht werden, daß in Zukunft wesentlich mehr Bauern geopfert werden, als es die EU überhaupt erfordert oder als es dort notwendig wäre. Selbst die Berufsvertretung der Bauern. Ich muß sagen, das sind wirklich arme Teufel. Man liest heute in der Zeitung, daß der Herr Präsident Wutscher sagt: "Der Bauer verkennt das, wenn die Berufsvertretung die Aufgabe hätte, Absatz- und Preispolitik zu betreiben, sondern er sieht seine Aufgabe als reine Gesellschaftspolitik." Na, gute Nacht, Bauern, mit dieser Berufsvertretung! Das muß man hier wirklich einmal sagen.

Auch des Fischler's Feinkostladen ist nicht umsetzbar. Vielleicht wird es ihm in Brüssel jetzt gut gehen, dem Herrn Fischler, und er wird dort das Beste essen. Aber sicherlich werden die Kärntner Bauern von dem nicht leben können. Und jetzt sage ich Ihnen eines hier im Hohen Haus: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Landwirtschaft nicht nur ein Berufsstand ist, der wenige Prozente ausmacht, sondern nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß von dieser Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil unserer Industrie in Österreich im Dienstleistungsgewerbe und die Touristik abhängig ist! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß dieses lieblose Umgehen mit unseren

Pistotnig

Bauern, wo es scheinbar keine Rolle spielt, wenn man dort hundert und dort hundert verliert, sonst nichts darstellt als eine Produktion von Arbeitslosen, die die Wirtschaft wieder ernähren wird müssen! Geben Sie daher diesem Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung! Tragen wir Sorge dafür, daß die Bauern in hohem Ausmaß auch überleben können. (*Abg. Dr. Ambrozy: Das findet doch alles statt!*) Damit kann die Industrie überleben; damit kann die Touristik überleben, und damit haben wir weniger Arbeitslose. (*LR Lutschounig: Die Maschinenhändler auch!*) Selbstverständlich! Aber, lieber Herr Abgeordneter Ramsbacher! (*Abg. Ramsbacher: Ich habe das nicht gesagt!*) Achso? (*Heiterkeit im Hause. - Vorsitzender: Bitte, Herr Abgeordneter! - Abg. Ramsbacher: Der Maschinenhändler ist für Dich nur ein Nebenerwerbsbauer!*) Wenn Du es genau wissen willst: Ich bin Vollerwerbsbauer. Aber Du kannst, so wie ich, viel vom Schwiegervater lernen, weil der hat ganz andere Ansichten, lieber Freund! (*Abg. Ing. Pfeifenberger: Bravo! - Beifall und von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

Damit sind die Dringlichkeitsanträge erledigt. Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes. Bitte, Herr Schriftführer!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

Ich darf die weiteren, heute eingegangenen Anträge verlesen:

B. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 239-1/27:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen dafür Vorsorge zu treffen, daß die betragsmäßige Limitierung der Aufwendungen der Gemeinden für die Krankenanstaltenfinanzierung auf Basis der Beiträge des Jahres 1994 erfolgt.

Zuweisung: **Finanz- und Wirtschaftsausschuß**

2. Ldtgs.Zl. 240-1/27:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen dahingehend zu setzen, daß es in den nächsten Jahren zu einer schrittweisen Abschaffung der Landesumlage kommen kann.

Zuweisung: **Finanz- und Wirtschaftsausschuß**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Wir sind am Ende der Verhandlungen angelangt. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 13.41 Uhr